



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 47. Sitzung - Endgültige Fassung -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 7. Mai 2015, 12.00 Uhr
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus (MELH)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Anhörungssaal (3.101)

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt	Seite
<i>Zeugenvernehmung</i>	
- Herr R. U., BND, Dienststellenleiter Bad Aibling (Beweisbeschluss Z-39)	4
- Herr K. M., BND, Sachbearbeiter (Beweisbeschluss Z-87)	---
- Herr D. B., BND, Unterabteilungsleiter T2 (Beweisbeschluss Z-86)	37
- Herr T. B., BND, Referat T2A (Beweisbeschluss Z-41)	---
- Herr Dr. M. T., BND, Referent	97



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Lischka, Burkhard Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Lochner, Martin Wendt, Dr. Christina Wodrich, Anja
SPD	Ahlefeldt, Johannes Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Heyer, Christian Leuxner, Alexander Schlucke, Lisa
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina Leopold, Nils Pohl, Jörn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Brunst, Dr. Phillip Kämmerer, Marie
Auswärtiges Amt	Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Blidschun, Jürgen Arthur Darge, Dr. Tobias Hauer, Florian Jacobi, Stephan Weiss, Jochen
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Linden, Stephan
Bundesministerium für Verteidigung	Henschen, Elmar Voigt, Björn

Teilnehmer Bundesrat

LV Bayern	Luderschmid, Florian
LV Hessen	Steinbach, Arvid
LV Nordrhein-Westfalen	Rohlfing, Heinrich
LV Rheinland-Pfalz	Rauth, Jana Elena



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 13.08 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 47. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Pressevertreter darf ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass Sie in so großer Zahl sich heute zur Sitzung angemeldet haben, dass, wie Sie festgestellt haben, wir den Sitzungssaal gewechselt haben, damit sowohl alle Vertreter der Presse, aber auch alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, die sich angemeldet haben, heute der Sitzung beiwohnen können. Ich begrüße auch Vertreter von einigen Botschaften. Ich habe noch nicht genau die endgültige Teilnehmerzahl. Ich freue mich, dass dieser Untersuchungsausschuss auch international auf Interesse stößt.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen, die diejenigen kennen, die regelmäßig unseren Sitzungen beiwohnen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauerhaften Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Beweisaufnahme

- Herr R. U., BND, Dienststellenleiter
Bad Aibling (Beweisbeschluss Z-39)
- Herr K. M., BND, Sachbearbeiter
(Beweisbeschluss Z-87)
- Herr D. B., BND, UAL T2
(Beweisbeschluss Z-86)
- Herr T. B., BND, Referat T2A
(Beweisbeschluss Z-41)

Der Beweisbeschluss Z-39 stammt vom 11.09.2014, der Beweisbeschluss Z-41 vom 25.09.2014, der Beweisbeschluss Z-85 vom 23.04.2015, der Beweisbeschluss Z-86 vom 23.04.2015 und der Beweisbeschluss Z-87 vom 07.05.2015. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung der Zeugen R. U., K. M., D. B. und T. B.

Zunächst werden alle Zeugen hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss finden die nichtöffentlichen Vernehmungen statt. Ich denke, das ist sowohl für alle, aber auch insbesondere für die Presse eine Information von nicht gänzlicher Unwichtigkeit.

Vernehmung des Zeugen R. U.

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen R. U.

Ich stelle fest, dass dem Zeugen die Ladung gestern mündlich übermittelt worden ist - sehr kurzfristig. Sie sind bereits am 25. September 2014 durch diesen Ausschuss vernommen worden. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung so kurzfristig und trotz einer akuten Erkrankung gefolgt sind und dem Ausschuss zu einem zweiten Mal zur Vernehmung zur Verfügung stehen. Ich bedanke mich hierfür herzlich. Es ist verabredet, dass Ihre Vernehmung auf zwei Stunden begrenzt ist. Bitte geben Sie mir einen Hinweis, wenn Sie zwischendrin eine Pause benötigen oder vor diesen zwei Stunden möglicherweise die Vernehmung abbrechen müssen. All das soll möglich sein. Wir freuen uns, dass Sie überhaupt heute hierhingekommen sind. Danke hierfür.

Wie Sie bereits wissen, fertigt die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung, die nach Erstellung des Protokolls gelöscht wird. An dem Protokoll können Sie innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vornehmen und uns dann wieder zurückschicken. Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge R. U.: Nein, keine.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet sind. Auch der Rechtsbeistand ist uns grundsätzlich bekannt. Trotzdem darf ich Sie, Herr Eisenberg, bitten, sich kurz vorzustellen.

RA Johannes Eisenberg: Rechtsanwalt Eisenberg aus Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Auch Sie seien herzlich begrüßt. - Herr R. U., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren:

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestufteten Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss die Frage zurückstellen und Sie dann gegebenenfalls für eine nichtöffentliche Vernehmung erneut laden kann, weil eine heutige nichtöffentliche Vernehmung bei Ihnen ja nicht in Betracht kommt.

Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge R. U.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen, wobei die Angabe Ihrer Initialen und Ihres Dienstsitzes in diesem Fall genügt. - Und dafür bitte das Knöpfchen fürs Mikro drücken.

Zeuge R. U.: Mein Name ist R. U. Ich bin Dienststellenleiter in Bad Aibling. Von Berufsausbildung Diplom-Ingenieur. Meine Anschrift ist Bad Aibling, Grassingerstraße, Mangfall-Kaserne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Und Sie kennen es ja schon: Ich gebe Ihnen heute auch erneut die Gelegenheit, den Sachverhalt, der Gegenstand unseres Beweisbeschlusses ist, im Zusammenhang darzustellen, wenn Sie dies wünschen.

Zeuge R. U.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann komme ich zu einzelnen Nachfragen.

Sie haben sich in der Vergangenheit mit dem Thema von Selektorenlisten beschäftigt. Ist das richtig?

Zeuge R. U.: Jein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt habe ich es akustisch nicht verstanden, hier klingelte irgendwas. War das ein Jein?

Zeuge R. U.: Entschuldigung: Jein. Ja, also „beschäftigt“ natürlich jetzt in den letzten Wochen, bevor ich operiert wurde; aber in dem Sinne, dass wir die Selektoren irgendwie untersucht hätten, davor nicht. Denn das ist nicht in unserem Verantwortungsbereich, also, da haben uns die Inhalte eher nicht interessiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber was ein Selektor ist, wissen Sie?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was ist es denn?

Zeuge R. U.: Zum Beispiel eine E-Mail-Adresse oder eine Telefonnummer.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Was gibt es noch für Selektoren?

Zeuge R. U.: Das wurde ich das letzte Mal auch schon gefragt, und auch da musste ich dann schon wieder auf die nichtöffentliche Sitzung verweisen; denn es gibt natürlich noch weitere Selektoren aus Chaträumen, aus - - ja solche Dinge. Aber dann kommen wir schnell wieder in den Bereich des Methodenschutzes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das ist - -

Zeuge R. U.: Vor allem, weil es in dem Fall auch - Entschuldigung - um Selektoren geht, die noch nicht mehr vom, wenn ich das richtig verstanden habe, BND sind, sondern von einem anderen Nachrichtendienst. Und ich habe auch die letzten Wochen jetzt nur in der Presse mit verfolgen können, wie weit das Fortschreiten dieser Listenübergabe jetzt ist. Insofern kann ich da inhaltlich, glaube ich - - darf ich inhaltlich auch gar nichts dazu sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viele Nachrichtendienste haben denn nach Ihrer Erkenntnis Selektoren eingesteuert?

Zeuge R. U.: Bei uns in Bad Aibling? Die NSA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge R. U.: Aber wie es natürlich in der Zentrale ist, weiß ich nicht. Der BND kooperiert ja mit sehr, sehr vielen Diensten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. - Und neben den von mir erwähnten E-Mail-Adressen, Telefonnummern - wir hören auch von IP-Adres-

sen - hatten Sie Chats erwähnt. Auch zum Beispiel Namen, Kürzel, Nicknames in Chats können Selektoren sein.

Zeuge R. U.: Könnten wahrscheinlich Selektoren sein, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie sind denn diese Selektoren zum BND gekommen? Kommen die auf einem USB-Stick? Kommen die auf einer Papierliste? Das wäre eine lange Liste, vermute ich. Wie bekommt der BND die Selektoren?

RD Philipp Wolff (BK): Bitte zu Einzelheiten der Übergabe, der Kooperation in eingestufte, geheimer Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ist Ihnen bekannt, ab wann - ab welchem Zeitpunkt, welchem Jahr - Selektoren ausgetauscht wurden mit der NSA - jetzt nicht mit anderen Nachrichtendiensten; das will ich jetzt gar nicht wissen -, im konkreten Fall mit der NSA in Bad Aibling?

Zeuge R. U.: Nein, weiß ich nicht genau, aber mit Sicherheit weit vor meiner Zeit. Ich bin seit 2010 dort, und die Kooperation gibt es ja schon länger. Und davor gab es ja auch eine Kooperation. Also, wie lange Selektoren oder Zusammenarbeit da herrscht und ausgetauscht werden, weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber 2010 wurden Selektoren ausgetauscht?

Zeuge R. U.: Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber 2010 wurden Selektoren ausgetauscht, als Sie da waren?

Zeuge R. U.: „Ausgetauscht“ ist auch falsch. Wir haben denen keine Selektoren gegeben, sondern wir haben Selektoren sozusagen bekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das ist ja ziemlich einseitig; aber gut. - Was haben Sie mit den Selektoren dann gemacht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Vor meiner Zeit noch, also als das Ganze begann, diese JSA-Zusammenarbeit, sind Kollegen, nehme ich mal an, von mir zu der Überzeugung gekommen, dass sie sich selber eine Überprüfung der Selektoren nicht zutrauen, und haben dieses in - - Das ist dann in die Zuständigkeit der Zentrale gewandert. Wann das war, weiß ich nicht - vor meiner Zeit. Sprich: Wenn wir Selektoren bekommen, auf welchem Wege auch immer, dann schauen wir die in Bad Aibling erst mal überhaupt nicht an, sondern geben die in die Zentrale zur Prüfung. Und wenn die Zentrale dann grünes Licht gibt - - oder die weist uns dann an, welche Selektoren wir einstellen sollen und welche nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wissen Sie, wie dieser Prüfungsvorgang in der Zentrale vor sich geht?

Zeuge R. U.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie kriegen - -

Zeuge R. U.: Also, mit Sicherheit mit irgendeiner Datenbank - - wird da laufen und irgendwelche Filtersysteme, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie kriegen sie irgendwann wieder, und dann ist die Masse deutlich kleiner oder nicht?

Zeuge R. U.: Na ja, was heißt „deutlich“? Es sind immer wieder wahrscheinlich welche mit dabei, die dann rausfliegen, also die wir dann nicht im Erfassungssystem einsetzen; aber die genauen Zahlenverhältnisse kenne ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie sich mal diese Datei mit den Selektoren angeschaut?

Zeuge R. U.: War ja dadurch, dass es in der Zentrale - - der Zuständigkeitsbereich nie nötig; denn das haben ja die getan.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie haben sie doch in Bad Aibling genutzt, oder nicht?

Zeuge R. U.: Ja, wir haben sie genutzt; aber wir haben lediglich, wie gesagt, die Selektoren bekommen, haben sie weitergereicht an die Zentrale - dort zur Prüfung -; dann kamen die Selektoren wieder zurück und wurden dann entweder in ein Erfassungssystem eingespeist oder eben nicht eingespeist. Aber wir haben uns die Selektoren nicht noch mal speziell angeguckt, welche Selektoren es sind oder welche Inhalte. Das war nicht unser Job, war nie in unserer Zuständigkeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. - Jetzt frage ich noch mal: Was genau ist Ihre Aufgabenbeschreibung in Bad Aibling, also Ihres Dienstpostens konkret?

Zeuge R. U.: Ich bin der Dienststellenleiter in Bad Aibling.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Und Sie sagen, in Bad Aibling haben Sie sich die Selektorenliste, die Gesamtliste nie angeguckt, keiner Ihrer Leute der Dienststelle.

Zeuge R. U.: Nicht im Detail, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber punktuell?

Zeuge R. U.: Also, ich mir gar nicht, weil ich ja - - Mir hat ja gereicht, dass wir einen - - Ich sage jetzt mal: Die Zuständigkeiten sind im BND immer verteilt, und in dem Fall waren sie eben in der Zentrale. Ich wusste, die werden da dort geprüft und kommen geprüft zurück. Warum sollte ich da noch mal drüberschauen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, weil das ja interessant ist, mit welchen Selektoren man hinterher möglicherweise Resultate erzielt. - Wer hat sich denn die Resultate angeschaut?

Zeuge R. U.: Also, das ist dann das andere Ende der Kette sozusagen, ob diese Selektoren tatsächlich auch Treffer erzeugt haben. Da haben natürlich meine Kollegen stichprobenartig immer mal wieder reingeguckt. Wenn zum Beispiel bei uns in einer Krisenregion jetzt - warum auch immer -, die vielleicht neu hochkam, Selektoren gefehlt



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben oder wir wenig Vorwissen hatten, dann hat man geguckt: Haben die Amerikaner da was? Können wir irgendwas übernehmen? Kann man da was nutzen? Erzeugt das Treffer? - Aber eher auf der Ebene.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie haben sich dann schon die Selektoren angeschaut, bevor da ein Output rauskam, und haben geguckt: „Mensch, das könnten ja auch für uns, zum Beispiel im Bereich Force Protection, interessante Selektoren sein“, oder haben Sie sich erst dann, wenn die einen Treffer gekriegt haben - - Weil, dass man einen Selektor hat, heißt ja noch nicht, dass auf dem Selektor auch Kommunikation ausgefördert werden kann. Haben Sie sich schon vorher den Selektor angeschaut und haben gesagt: „Hey, interessant, vielleicht ist der auch für uns, für Force Protection interessant“, oder haben Sie dann erst, wenn der Treffer auch eine Info geliefert hat, gesagt: „Das könnten wir auch nutzen“?

Zeuge R. U.: Erst - -

RD Philipp Wolff (BK): Auch hier: Zu Einzelheiten bitte ich, zum Zeitpunkt der Selektorenprüfung, wie es stattfindet, bitte ich wirklich, das nur in geheimer Sitzung zu verhandeln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann gehe ich mal wieder einen Schritt zurück, weil mich besonders interessiert: Jetzt hat man so einen Kernbereich Ihrer Tätigkeit und nutzt im Grunde - - oder das Ganze funktioniert ja nur auf der Basis von Selektoren; sonst kann man der Masse des Datenstroms ja gar nicht gerecht werden. Und mich wundert halt, dass Sie sich diese Selektoren nicht angeschaut haben. Kann das sein, dass Ihre Kollegen das gemacht haben? Sie als Dienststellenleiter nicht, Sie haben ja auch mehr Aufgaben. Aber irgendwer wird sich doch diese Selektoren mal angeschaut haben, oder nicht?

Zeuge R. U.: Nein, nicht im Detail; denn die Arbeit, die wir in Bad Aibling machen, also um zu unserem eigenen Meldungsoutput zu kommen, basiert ja auf unseren Selektoren. Wir haben ja eigene Selektoren, die der BND auch wiederum

zentral verwaltet und steuert, und der steuert die an seine Außenstellen, unter anderem. Also insofern sind wir auch eine ganz normale Außenstelle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist Ihr Kerngeschäft, dass die Betreuung der deutschen Selektoren, -

Zeuge R. U.: Ganz genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - die durch nachrichtendienstliche Erkenntnis dann irgendwann gewonnen werden, bei Ihnen eingesteuert werden und dann hoffentlich auch Treffer erzeugen, damit Sie wieder Meldungen produzieren können.

Zeuge R. U.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge R. U.: Und in der Regel erzeugen die so viele Treffer, dass meine - - Also, wir haben immer Kapazitätsprobleme, ein personelles Kapazitätsproblem an der Außenstelle, sowohl was die Technik betrifft, aber auch was die Nachrichtensbearbeitung betrifft, und wir haben in der Regel sehr, sehr viele Treffer auf unseren eigenen Selektoren, sodass meine Nachrichtensbearbeiterinnen und Nachrichtensbearbeiter damit mehr als ausgelastet sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und der andere Teil - kann man dann sagen -, der läuft relativ automatisiert von dem, was von der NSA an Selektoren geliefert wird, dann in Pullach rausgefiltert wird, die, die nicht genommen werden, auf eine Negativliste - wie auch immer - gestellt werden, und dann geht es wieder an Sie. Sie schalten die aktiv, und bei Treffern wird die Erkenntnis ausgeleitet. Das ist, glaube ich, jetzt so verklausuliert gesagt, dass es nicht detailliert ist, oder?

Zeuge R. U.: Ja. Ausgeleitet aber natürlich noch mal erst über auch wiederum von der Zentrale bereitgestellte Filter. Also, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: - nur der Treffer reicht natürlich nicht, dass es weitergeleitet wird, sondern bevor man es weiterleitet - automatisiert -, läuft es natürlich noch mal über eine Filterdatenbank, die auch die Zentrale pflegt, um sicherzustellen, dass zum Beispiel keine deutschen Teilnehmer mit dabei sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Also, wenn Sie eine nichtdeutsche Mobilnummer haben und merken, darauf wird Deutsch gesprochen, dann wäre der Selektor im Zweifel aktiv gewesen; aber bei der Gewinnung dieser Inhalte würde dann im Rahmen der nachträglichen G-10-Filterung dieses deutsche Telefonat wieder rausfliegen oder sollte rausfliegen.

Zeuge R. U.: Wenn ein - wie soll man sagen? - Kriterium mit dabei ist, das diese Filter erkennen, dann fliegt es wieder raus, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deutsche Sprache müsste doch so ein Kriterium sein.

Zeuge R. U.: Also, wenn es sich jemand anhört, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und da Sie ja wenig Personal haben, ist das schon nicht gesichert, oder wie?

Zeuge R. U.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge R. U.: Es ist aber die Wahrscheinlichkeit natürlich auch sehr, sehr gering; denn man muss immer im Hinterkopf haben: Die Streckenauswahl, die bei uns in Bad Aibling - - die wir bei uns haben, die ist ja nicht auf irgendwelchen, ich sage jetzt mal, deutschen Großkommunikationsknoten, sondern wir beobachten ja Satelliten und Strecken, die in Krisengebieten Verbindungen geschaltet haben. Also dass da was dabei ist, ist die Wahrscheinlichkeit per se schon sehr, sehr gering.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt erschließe ich mir das so, dass der eine Teil der deutschen Selektoren, die wir durch unsere

nachrichtendienstliche Erkennung gewinnen, auf der einen Seite jetzt läuft, und auf der anderen Seite läuft, relativ für sich, der Bereich Zuarbeit für die NSA, würde ich es mal nennen. Da ist aber auch gewährleistet, einmal dass man am Anfang über die Selektoren schaut und am Ende bei Erstellung des Outputs, will ich es mal benennen. Am Anfang: Wissen Sie, wie dieses Drüberschauen am Anfang stattfindet und seit wann das stattfindet? Hat das schon von Anfang an des gemeinsamen Projektes stattgefunden? Teilweise kann man das Jahr 2002 oder das Jahr 2005 verorten. Sie sagen, Sie waren ab 2010 da. Wissen Sie da was?

Zeuge R. U.: Also, soweit mir es die Kollegen auch berichtet hatten, war es ganz zu Beginn - - waren es ja sehr, sehr wenige - -

RD Philipp Wolff (BK): Also, da würde ich auch wirklich, wenn es jetzt - - was für Selektoren, Anzahl der Selektoren, auf die geheime Sitzung verweisen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Sagen Sie nichts zur Masse und was, sondern nur wann.

Zeuge R. U.: Am Anfang konnte man es händisch noch überprüfen. Und irgendwann hat man festgestellt, also in Bad Aibling, dass es händisch nicht mehr geht, und dann ist die Prüfständigkeit eben in die Zentrale gewandert. Wann das jetzt genau war, weiß ich nicht. Das war vor meiner Zeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, es hat - -

Zeuge R. U.: Aber Prüfungen gab es meines Wissens von Beginn an.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Können Sie sagen, was geprüft wurde? Also Deutsches, das ist dann bei der Handynummer zum Beispiel so eine Erkenntnis, wie wenn +49 davorsteht, bei einer E-Mail wenn „de“ hintendransteht usw. Auch noch andere Ausschlusskriterien dann bei den Selektoren?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Also, ich kenne es nicht genau, weil wir ja, wie gesagt, diese Filter nicht bearbeiten und das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil es über die Zentrale lief.

Zeuge R. U.: Das ist in der Zentrale. Aber ich kann es mir nur vorstellen, dass mit Sicherheit bestimmte IP-Ranges, die deutschen Firmen, Privatmenschen, Providern zugeordnet sind, rausfliegen. Überall, wo man eben weiß, das ist per se deutsch, auf welchen, ich sage jetzt mal, Kriterien auch immer, nehme ich jetzt mal an, ist in der Zentrale das dann auch so eingestellt, dass das dann rausfliegt, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Jetzt hat das stattgefunden, diese Zusammenarbeit, und man hat auch Selektoren festgestellt, die nicht in deutschem Interesse waren, hat die rausgenommen. Im Jahre 2013 hat man sich gesagt: Wir müssen uns doch diese große Zahl an Selektoren noch mal anschauen, ob da nicht welche dabei waren, die wir vielleicht auch hätten rausnehmen sollen. - Ist das so richtig?

Zeuge R. U.: Muss man auch wieder in zwei Teile unterteilen. Also, wir sind ja sozusagen Weisungsempfänger. Wir machen das - - Einmal die Woche kriegen wir Weisungen aus der Zentrale, aus dem zuständigen Bereich, welche Selektoren wir einstellen sollen und welche nicht. Also, nur eine von vielen Weisungen, die wir in Bad Aibling kriegen. Und im letzten Jahr, im Sommer 2013, gab es eben auch eine Weisung, eine mündliche Weisung - -

RD Philipp Wolff (BK): Da bitte ich aber dann auch zu der Weisung und dem Jahre 2013, das in geheimer Sitzung zu verhandeln.

(Martina Renner (DIE LINKE): Warum?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut.

RD Philipp Wolff (BK): Die entsprechenden Unterlagen sind auch eingestuft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

RD Philipp Wolff (BK): Der Sachverhalt ist eingestuft.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber warum?)

- Weil die Details - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich - - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage ja erst mal. Vielleicht kommen wir trotzdem weiter. Okay? - Und dann haben Sie im Sommer 2013 sich den Gesamtpool an Selektoren noch mal angeschaut in Bad Aibling, also nicht Sie in Person, sondern - - in Bad Aibling. Richtig?

Zeuge R. U.: Nein, wir haben uns nicht den Gesamtpool angeschaut, sondern wir haben uns sozusagen ein schon mündlich weitergegebenes Ergebnis angeguckt, also sprich: bestimmte Domains zum Beispiel. Das waren sehr, sehr wenige, die wir dann eben auf Weisung rausnehmen sollten. Da hat aber auch keiner jetzt genau in die Selektorenliste noch mal reingeguckt. Es ist ja in der Zentrale schon passiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, Sie reden jetzt von Bad Aibling.

Zeuge R. U.: Genau, ich kann nur für Bad Aibling sprechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In der Zentrale hat aber möglicherweise ein Blick in den Gesamtpool stattgefunden.

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht, denke ich mal. Aber in Bad Aibling nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge R. U.: Noch mal: Wir empfangen da ja lediglich die Weisung aus dem zuständigen Bereich: Nehmt die Selektoren raus, oder lasst sie drin. - Ob das jetzt fünf sind in der Woche, die wir rausnehmen sollen, oder einmalig dann eben mehr, steht auf einem anderen Blatt Papier. Aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

letztlich setzen wir nur das um, was man in der Zentrale eben feststellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, wenn, müsste das in Pullach passiert sein. Müsste man da, wenn man Sorge hat, dass im Gesamtpool der Selektoren noch Selektoren, die im deutschen Interesse sind, drin sind und noch nicht in die Negativliste eingestellt sind - - dann hätte das in Pullach erfolgen müssen.

Zeuge R. U.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn das nicht in Pullach erfolgt ist, haben Sie weiter mit der Gesamtliste gearbeitet. Sie können ja nur mit dem arbeiten, was Sie aus Pullach kriegen.

Zeuge R. U.: Ganz genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Ich lasse es an der Stelle mal bewenden mit Fragen. Ich würde an die Fraktionen geben und würde jetzt als Erstes die Fraktion Die Linke um ihre Fragen bitten. Frau Kollegin Renner fängt an.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Danke, Herr Vorsitzender. - Herr R. U., in Bad Aibling stand ja am Ende der Datenverarbeitung eine Meldung, die an die NSA ging.

Zeuge R. U.: Wenn ein Selektor getroffen hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge R. U.: Korrekt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hat sich wann diese Meldungen angesehen?

RD Philipp Wolff (BK): Auch die Meldungsdurchsicht, Personen, Zeitpunkte sind Geheim, und das bitte ich - - Der Zeuge wird in geheimer Sitzung das ausführlich schildern; aber wenn wir hier Einzelheiten geben würden - es wird genau beobachtet, was hier auch ausgesagt wird in öffentlicher Sitzung -, kann das erhebliche Nachteile für die Bundesrepublik Deutschland haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, was muss ich mir darunter vorstellen, dass hier genau beobachtet wird, was hier ausgesagt wird? Wer beobachtet hier was?

RD Philipp Wolff (BK): Die Preisgabe von Informationen im Rahmen einer nachrichtendienstlichen Kooperation hat nachteilige Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland. Davon können Sie ausgehen, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die nachteiligen Auswirkungen durch politische und wirtschaftliche Spionage klären wir hier nicht öffentlich auf. Gut.

(Widerspruch bei der
CDU/CSU)

- Ja, nein. Das ist der Fakt.

RD Philipp Wolff (BK): Der Zeuge wird in geheimer Sitzung zu den Sachverhalten aussagen, und darauf verweise ich.

Martina Renner (DIE LINKE): So, dann will ich nicht wissen, wer sich die Meldungen angesehen hat, sondern in welchen zeitlichen Abständen wurden sich die Meldungen angesehen?

Zeuge R. U.: Immer, wie ich es vorher schon sagte, stichprobenartig bzw. - -

Martina Renner (DIE LINKE): Auf Zuruf? Nach einem Turnus? Was muss ich mir darunter vorstellen?

Zeuge R. U.: Kein Turnus, kein Zuruf, sondern - ich hatte es vorher schon mal erwähnt - wenn, nur als Beispiel, wir mit unseren eigenen Selektoren in einem neuen Krisengebiet eben keinen guten Ergebnisse mehr erzielt haben, dann haben wir natürlich auch mal geguckt: Was machen denn die anderen? Kommen da Treffer raus? Also, das war sozusagen eigentlich so der einzige Auslöser. Aber wir hatten nie den Auftrag oder auch die Notwendigkeit, dass wir da jetzt regelmäßig die Treffer sichten; denn wir wussten



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja, dass ein Filter - bevor Sie, Frau Renner, weitergehen - noch dahintergeschaltet ist, der eben auch zentral erstellt und verwaltet wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Treffer, die weitergegeben wurden: Wie lange standen die zur Verfügung, um zum Beispiel nachzusehen?

RD Philipp Wolff (BK): Auch das sind Einzelheiten der Selektorenprüfung, die in geheimer Sitzung zu verhandeln sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das sind nicht Einzelheiten der Selektorenprüfung. Das ist die Frage, inwieweit -

RD Philipp Wolff (BK): Treffer vorgehalten werden. Zu Dauer - -

Martina Renner (DIE LINKE): - Meldungen, die generiert wurden, gespeichert wurden.

RD Philipp Wolff (BK): Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das sind Dinge, die nicht ein operatives Geschäft betreffen, sondern lediglich technische Fragen. Also, wie lange wurden dort Meldungen gespeichert, damit man sie sich gegebenenfalls noch ansehen konnte?

RD Philipp Wolff (BK): Aber die technischen Details sind Sachen, die letztlich auch die Selektorenprüfung betreffen, und bei dem Hintergrund in geheimer Sitzung - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich mal ganz kurz was sagen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir können gerne einen kurzen Beratungsteil - oder ich weiß jetzt nicht, was gewünscht ist - einschieben; aber die Bundesregierung bestimmt natürlich die Reichweite der Aussagegenehmigung. Wenn dort - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich will nur sagen: Die Bundesregierung erzählt in der Öffentlichkeit, wenn die Luft

gerade mal dünn ist, dass sie zur Aufklärung beitragen will.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber das ist - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wirklich. Jetzt wird hier jede relevante Frage, die der Öffentlichkeit erklären könnte, was hier passiert ist - - wird interveniert aus dem Bundeskanzleramt. Ich finde das einfach einen problematischen Vorgang. Das wird man ja wohl noch sagen dürfen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber ich wusste nicht, dass das in so eine Bewertung reingeht. Ich denke, wir sollten mit der Zeugenbefragung weitermachen. Wir haben die Chance, jetzt hier wirklich Zeugen auf der operativen Ebene zu hören, und Frau Kollegin Renner ist dran und hat auch noch über sechs Minuten.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben keine Chance, den Zeugen wirklich zu den relevanten Fragen zu vernehmen. Das ist die derzeitige Situation, aber - -

RD Philipp Wolff (BK): Doch, Frau Renner. Sie haben in geheimer Sitzung die Chance, die Zeugen zu vernehmen. Es sind geheime Sachverhalte. Wir haben die Diskussion schon oft geführt. Ich habe das auch schon oft begründet.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und diese Geheimniskrämerei schützt jetzt diejenigen, die Rechtsbruch begehen. Das ist hier das Setting. Das ist furchtbar; es ist wirklich furchtbar. Okay, also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe ja noch nie in diesem einen Jahr Ordnungsrufe erteilt und habe da auch überhaupt keine Lust drauf. Ich würde sagen, wir machen mit der Zeugenbefragung weiter, -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und Frau Renner, Sie haben noch fast die volle Zeit, weil ich die Uhr eben angehalten habe. Sie müssen sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

aber nicht ausschöpfen. Wenn Sie meinen, dass Sie hier nicht weiterkommen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Doch, wir - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dann müssen wir in den nichtöffentlichen Teil. Aber ich glaube, so wie ich Sie jetzt bisher kenne, kommen Sie weiter.

Martina Renner (DIE LINKE): So, wir machen weiter. - Also, diese Meldungen wurden weitergegeben. Eine technische Frage: Wurden die automatisiert weitergegeben?

Zeuge R. U.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Wie regelmäßig wurden die abgerufen?

Zeuge R. U.: Die Frage verstehe ich jetzt nicht genau - vom Konkretisierungsgrad. Abgerufen von?

Martina Renner (DIE LINKE): Von der NSA?

Zeuge R. U.: Nein, die wurden ja nicht abgerufen, sondern die wurden von uns automatisch weitergeleitet. Das ist ja das gleiche Prinzip - -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Ich wollte jetzt genau diese Frage klären: Pull oder push? Das ist geklärt. Also, sie wurden weitergeleitet, ohne regelmäßig drauf zu sehen, sondern nur stichprobenartig.

In Bad Aibling gibt es eine Datenbank, die unterteilt sich in Wählerverkehre und Internetverkehre. Ist das richtig?

RD Philipp Wolff (BK): Auch zur Art der Datenbank in geheimer Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): In Bad Aibling gibt es eine Datenbank, die unterteilt sich in Wählerverkehre und Internetverkehre. Ist das richtig? Ich denke nicht, dass das irgendwie - -

RD Philipp Wolff (BK): Doch, der Aufbau von Datenbanken in Bad Aibling ist Geheim. Es sind Geheim eingestufte Sachverhalte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das kann ich sehr gut nachvollziehen, dass der Umgang mit den Daten und die Struktur im Bundesnachrichtendienst von der Bundesregierung geschützt werden sollen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Diese Datenbank in Bad Aibling, die ich nicht näher spezifizieren - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe es aber so - ganz kurz, Frau Renner, Entschuldigung - verstanden, dass wir es in der eingestuften Sitzung erfahren.

RD Philipp Wolff (BK): Der Zeuge kann hier vollumfassend in eingestufte Sitzung aussagen, sofern - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ich hätte nur ein Problem damit gehabt, wenn er es gar nicht sagen kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Dann machen wir das anders.

RD Philipp Wolff (BK): Diese Fragen, die Frau Renner gestellt hat, wird er bisher alle in eingestufte Sitzung beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar.

RD Philipp Wolff (BK): Ausnahmslos.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Datenbank, die wir jetzt nicht weiter spezifizieren: Inwieweit haben die Mitarbeiter der JSA auf diese Datenbank Zugriff?

Zeuge R. U.: Keinen.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge R. U.: Keinen.

Martina Renner (DIE LINKE): Keinen Zugriff.

Zeuge R. U.: Keinen Zugriff.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hat Zugriff in Bad Aibling auf diese Datenbank?

Zeuge R. U.: Meine Kolleginnen und Kollegen, die damit arbeiten müssen.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie das ein bisschen konkretisieren? Welche Abteilungen, welche Referate haben Zugang zu dieser Datenbank?

Zeuge R. U.: Es haben keine anderen Abteilungen und keine anderen Referate Zugang, sondern nur Mitarbeiter in Bad Aibling. Ein Referat ist eine Ebene über uns. Also, ich bin Dienststellenleiter und bin damit in meiner Besoldung deutlich unter der Referatebene.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, ich meinte das auch genau so, wie ich Sie verstanden habe. - Also wer im BND hat nach Ihrer Kenntnis Zugang zu dieser Datenbank, die in Bad Aibling verwendet wird? Damit meine ich Pullach und Bad Aibling. Und dann noch mal ganz konkret: Innerhalb der JSA gibt es Zugang zu dieser Datenbank?

Zeuge R. U.: Nein, es gibt keinen Zugang der Amerikaner zu dieser Datenbank. Das ist eine Datenbank, die auf einem deutschen System geführt wird und nur von deutschen Mitarbeitern betreut wird und auch nur von deutschen Mitarbeitern - - oder nur deutsche Mitarbeiter haben Zugang zu dieser Datenbank.

Martina Renner (DIE LINKE): Und auf diese Datenbank kann man aus Bad Aibling und/oder auch aus Pullach zugreifen?

Zeuge R. U.: Nein, nur in Bad Aibling.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn dann Selektoren überprüft werden in Pullach und in dieser Datenbank aktiv gestellt werden oder herausgenommen werden, machen das nur Mitarbeiter aus Bad Aibling oder auch Mitarbeiter aus Pullach?

Zeuge R. U.: Die Überprüfung der Selektoren findet durch Mitarbeiter in Pullach statt. Das ist ein anderes Referat, eine andere Unterabteilung, die

Nachbarunterabteilung. Wie viele das da sind und wer das da genau macht, weiß ich nicht. Auf alle Fälle kriegen wir von denen das Ergebnis zurück - das wandert dann elektronisch wieder nach Bad Aibling -, und dann sitzt da in Bad Aibling ein Mitarbeiter, der dann diese Selektoren in unserer - - dieser Datenbank, wie Sie es genannt haben, eben als aktiv oder inaktiv oder erlaubt/nicht erlaubt einstuft.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es neben aktiv und nicht aktiv noch etwas Drittes?

RD Philipp Wolff (BK): Da verweise ich auch auf die nichtöffentliche Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich versuche es noch mal andersherum: Es werden ja täglich viele, sehr viele Selektoren durch die NSA übergeben an den BND, um sie in das Datenverarbeitungssystem einzustellen. Können Sie uns etwas sagen zu dem Prüfprozess, dahin gehend, ob es aus Ihrer Kenntnis dazu gekommen ist, dass Selektoren vor einer automatisierten oder händischen Prüfung in das Datenverarbeitungssystem eingestellt wurden?

Zeuge R. U.: Nein, das ist nicht der Fall; denn - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also sagen Sie das jetzt für Ihren Zeitraum, in dem Sie die Verantwortung haben, oder können Sie das - -

Zeuge R. U.: Ich kann natürlich nur für meinen Zeitraum sprechen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, also von -

Zeuge R. U.: 2010.

Martina Renner (DIE LINKE): - 2010 ab. Okay.

Zeuge R. U.: Bei uns werden die Daten auch erst - - also die Selektoren, wenn wir sie abholen, erst mal gesammelt und werden natürlich nicht in die Erfassungssysteme eingespeist, bevor nicht die Überprüfung in der Zentrale stattgefunden hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann werden sie eingestellt?

Zeuge R. U.: Oder auch nicht, je nachdem, was das Prüfergebnis der Zentrale ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Jetzt waren Sie ja 2013, zu dem Zeitraum, wo es noch mal eine händische Überprüfung gegeben hat, verantwortlich in Bad Aibling. Können Sie noch etwas dazu sagen, wie es zu dieser Überprüfung in 2013 gekommen ist?

Zeuge R. U.: Nein. Die ist ja in der Zentrale durchgeführt worden. Ich wurde lediglich mündlich informiert bzw. angewiesen - -

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten der Überprüfung in 2013 bitte in nichtöffentlicher Sitzung, da kann der Zeuge das umfassend schildern. Da tun wir uns auch viel, viel leichter, wenn der Zeuge das dann im Zusammenhang umfassend schildert.

Martina Renner (DIE LINKE): Die in Bad Aibling verarbeiteten Kommunikationsdaten, haben Sie Kenntnis darüber, ob die vor 2010 auch aus kabelgestützten Ansätzen kamen?

Zeuge R. U.: Nein, weiß ich nicht. Vor 2010 hat mich nicht interessiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es eine Übergabe, als Sie das Amt übernommen haben in 2010?

Zeuge R. U.: Der Dienststellenleiter, also mein Vorgänger, war ungefähr - ich glaube - zehn Monate lang schon in Rente, bevor ich in Bad Aibling meinen Dienst angetreten hatte.

Martina Renner (DIE LINKE): Derzeit werden hinsichtlich der durch die NSA übergebenen Selektoren lediglich Satellitenverkehre durch diese Selektoren verarbeitet oder mit diesen Selektoren verarbeitet?

Zeuge R. U.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ausschließlich?

Zeuge R. U.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Satellitenverkehre aus Krisenregionen -

Zeuge R. U.: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): - und angrenzenden Ländern? Oder nur aus den Krisenregionen?

Zeuge R. U.: Nur aus den Krisenregionen. Das ist ja, sagen wir mal - - Die Streckenauswahl und die Auswahl der Satelliten bei uns in Bad Aibling obliegt ja nicht der NSA, die obliegt dem BND. Und deswegen wissen wir natürlich auch, auf welchen Strecken in welchen Krisenregionen wir Verbindungen haben. Und wenn da dann ein Selektor von den Amerikanern auch trifft, dann kriegen sie das Ergebnis. Aber die Amerikaner sind in Bad Aibling nicht verantwortlich und hätten auch gar nicht die Möglichkeit, unsere Satellitenschüsseln irgendwie zu drehen oder unsere Modems irgendwie anders einzustellen, um auf anderen Strecken zu sein. Da hat keiner Zugriff.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine letzte Frage - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir müssen jetzt zur nächsten Fraktion kommen, weil die acht Minuten schon lange überschritten sind. Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek mit seinen Fragen.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr U., Sie haben ja als Dienststellenleiter in Bad Aibling womöglich im August 2013 erfahren, dass da, ich sage mal, wie ja jetzt auch allgemein hier diskutiert wird, eine größere Menge an Suchbegriffen im Feuer steht.

Zeuge R. U.: Ob im Feuer steht oder nicht, war mir relativ egal, habe ich auch nicht erfahren, ob da was im Feuer steht. Ich hatte die Weisung einfach aus der Zentrale, gewisse - - ja, Selektoren rauszunehmen. Das haben wir umgesetzt.

Christian Flisek (SPD): Herr Wolff?



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Ich möchte darauf hinweisen, dass der Vorgang in 2013 umfassend in geheimer Sitzung geschildert werden kann.

Christian Flisek (SPD): Mir geht es ja nicht um die Inhalte, Herr Wolff. Ich werde nicht über Inhalte fragen, ich werde über den Umgang von Informationen innerhalb des BND fragen. Das ist das, was mich interessiert, und ich denke, das kann durchaus Teil der öffentlichen Sitzung sein. Mich interessiert überhaupt nicht, was jetzt da drinsteht; da werde ich überhaupt nicht nachfragen. Also da kommen wir zusammen. Das werden wir in einer geheimen Sitzung machen; das werden wir dann umfassend machen. Aber mich interessiert nur - - Insofern war das jetzt schon mal gerade eine interessante Aussage, dass der Leiter der Dienststelle Bad Aibling sagt, es war ihm egal. Ich finde, das ist schon mal eine interessante Aussage. Wenn ich - -

RD Philipp Wolff (BK): Ich bitte einfach auch um Verständnis. Es wird nur manchmal sehr, sehr schwer zu trennen sein.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber ich bemühe mich, das zu trennen, und dann versuchen wir es doch beide mal gemeinsam.

RD Philipp Wolff (BK): Wir versuchen es.

Christian Flisek (SPD): Sie haben ja immer die Möglichkeit zu intervenieren. - Also ich werde nicht über Inhalte fragen, sondern mir geht es jetzt einfach nur noch mal darum: Man ist da in Bad Aibling in einem Projekt mit amerikanischen Geheimdiensten seit längerer Zeit tätig, man kennt die rechtlichen Rahmenbedingungen, man bemüht sich, das entsprechend auch so operativ alles einzuhalten, und dann kommt sozusagen in 2013 da auf einmal, auch wenn es eine Weisung ist, eine Meldung. Da ist eine ganz größere Anzahl von Suchbegriffen problematisch - ich nenne das jetzt mal neutral „problematisch“, ohne jede Bewertung -, und zwar eine größere Anzahl, also etwas, was vermutlich doch aus dem Alltäglichen herausragt; ja, da nicken Sie auch. Das war jetzt kein Standardprogramm.

Jetzt frage ich mich: Wie geht man damit um? Also ganz konkret: Sie haben eine Weisung bekommen. Mit wem haben Sie denn noch darüber geredet? Ohne - - Sie brauchen keine Namen nennen, aber haben Sie überhaupt mit jemandem darüber geredet? Haben Sie gesagt: „Mensch, hier kommen jetzt vielleicht Probleme“? - Ich meine, es war im Kontext der Snowden-Veröffentlichung. Es war Bundestagswahlkampf in Deutschland. Die Parteien haben darüber diskutiert, dass es womöglich einen Untersuchungsausschuss geben muss. Also das Umfeld war schon so, dass man an und für sich hätte elektrisiert sein müssen. Und die Frage ist: Wie waren die Reaktionen?

Zeuge R. U.: Da gehe ich in der Zeit, weil Sie da auch in dem Kontext nachgefragt hatten, mal zwei Monate zurück; Sie hatten ja Snowden erwähnt. Im Juni 2013 - - natürlich waren wir elektrisiert, gerade in Bad Aibling, aber auch in der Zentrale. Wir waren sogar sehr elektrisiert. Ab 2013 begann bei uns die Arbeitszeit dramatisch nach oben zu gehen, begannen bei uns die Wochenenddienste, begann bei uns, dass wir uns überlegt haben: Mhm? - Wir waren ja selber am - wie soll man sagen? - Interpretieren, was wir in den Medien aus den Snowden-Dokumenten immer gelesen haben. Ich hatte ja auch niemanden, der sofort mir sagt: Das ist das; das ist das; das ist richtig; das ist falsch. - Das heißt, in dem Zeitraum August 2013 bis dahin oder seit Juni, muss man sagen: Wir führen ja seit Juni keinen normalen Regelbetrieb mehr in Bad Aibling; denn wesentliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind seit Juni 2013 einfach mit anderen Dingen gebunden und nicht mehr mit dem Regelbetrieb. - Gut, ist so.

Zu dem Zeitpunkt waren wir damit beschäftigt, im - - vielleicht nicht im Minutentakt, das wäre ein bisschen übertrieben, im Stundentakt, im Tagestakt diverse Anfragen zu bearbeiten, die damals von dem Herrn Oppermann zum Beispiel kamen, von den Fraktionen kamen, vom Kanzleramt kamen. Wir waren massiv beschäftigt zu erklären: Wie entstehen Metadaten überhaupt? - Sie erinnern sich, diese große Zahl an Metadaten, die da in so einem Snowden-Dokument mal mit dabei war, bis dahin hatten wir die nicht gezählt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir mussten auf der Ebene - - war bei uns die ganz große Hektik, wenn Sie jetzt sowieso keine Zeit haben. Im Routinebetrieb könnten wir schon an jeder Stelle noch fünf Menschen mehr brauchen, die uns helfen. In so einer Phase seit Juni 2013 hat sich die Lage bei uns, in Teilen der Zentrale bestimmt auch, noch mal dramatisch verschärft, ja. Die Leute waren alle teilweise dann schon unter Überlast. Und deswegen - ich habe jetzt vorher so flapsig gesagt: „Das war uns egal“; das kann man jetzt ausnutzen oder auch nicht -: Es war einfach nicht unser Zuständigkeitsbereich. Wenn Sie sowieso schon unter Überlast leiden, dann ist bei uns, weder bei mir noch bei anderen, irgendwo die Zeit gewesen zu sagen: Jetzt fange ich mal an, auch noch Nachbarbereiche, die für irgendwas zuständig sind, wo ich nicht zuständig bin, zu kontrollieren.

Christian Flisek (SPD): Verstehe ich alles, verstehe ich alles.

Zeuge R. U.: Nein, haben wir nicht getan; muss ich zugeben.

Christian Flisek (SPD): Gut.

Zeuge R. U.: Und ich könnte es auch, wenn die Situation wieder so einträte, nicht anders machen, denn wir hatten keine Zeit. Wir mussten schauen, dass wir das, wo wir liefern konnten, die Systeme, die bei uns in Bearbeitung sind, wo Bad Aibling in Verantwortung ist - warum welche Metadaten, wie schauen die aus? -, dass wir da liefern konnten. Das haben wir getan. Und damit waren wir schon mehr als überlastet.

Christian Flisek (SPD): Jetzt frage ich noch mal: Als dieser Vorfall bekannt wurde mit der größeren Anzahl problematischer Suchbegriffe - - Wir haben ja zumindest jetzt mal auch - da haben Sie genickt - gesagt: Das ist etwas, was aus dem Alltäglichen herausstach. - Und Sie haben auch gesagt: Das war eine Zeit, da waren wir alle elektrisiert durch diese Anfragen, überlastet. - Okay. Mit wem, in welche Richtung haben Sie denn diesen Sachverhalt kommuniziert? Haben Sie den nur nach unten in Ihrer Dienststelle kommuniziert, oder haben Sie den auch nach oben in

der weiteren Hierarchie des Bundesnachrichtendienstes kommuniziert?

Zeuge R. U.: Ich für mich habe es natürlich nur zu meinem Kollegen kommuniziert; denn es kam ja von oben. Was soll ich Kollegen - -

Christian Flisek (SPD): Wer ist Kollege?

Zeuge R. U.: Ein Kollege bei mir, der die Steuerung, also der diese - wie Frau Abgeordnete vorher fragte - Datenbank sozusagen betreut. Dem Kollegen habe ich gesagt: Nimm das raus.

Christian Flisek (SPD): Und das waren die einzigen Gespräche, die Sie dann dazu geführt haben?

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und ansonsten kam das von oben, das heißt von Pullach?

Zeuge R. U.: Genau.

Christian Flisek (SPD): Von wem kam das?

Zeuge R. U.: Das war eine mündliche Weisung aus der Zentrale.

Christian Flisek (SPD): Eine mündliche Weisung aus der Zentrale. - Wissen Sie, von wem?

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wollen Sie mir das sagen?

RD Philipp Wolff (BK): Das kann - -

Christian Flisek (SPD): Sie können ja die Funktion sagen. Sie brauchen ja keinen Namen zu sagen, Sie können ja die Funktion sagen.

Zeuge R. U.: Ja. - Von einem Unterabteilungsleiter.

Christian Flisek (SPD): Von einem? Es gibt ja mehrere beim BND.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Dann muss ich ja doch den Namen sagen sozusagen. Also der - -

Christian Flisek (SPD): Nein. In welcher - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können auch ein Kürzel sagen.

Zeuge R. U.: Die Weisung kam von dem Zeugen, der heute auch noch kommt.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Das heißt, mit dem hatten Sie sozusagen nach oben hin Kontakt, weil von dem kam die Weisung: Mach das. - Und umgekehrt haben Sie dann sozusagen in Ihrem - - bei Ihren Mitarbeitern den zuständigen Mitarbeiter befragt - - oder nicht befragt, sondern ihm die Weisung erteilt: Rausnehmen.

Zeuge R. U.: Korrekt.

Christian Flisek (SPD): Und das waren sozusagen - ich will das ja nur festhalten und wissen, weil wir müssen uns ja hier auch mit diesen ganzen Fragen beschäftigen; haben Sie dafür bitte Verständnis - die einzigen beiden Kommunikationsverbindungen, die Sie da hatten zu diesem Komplex?

Zeuge R. U.: Ganz korrekt, genau. Damit war das für mich erledigt. Wie gesagt, das kam ja von oben aus der Zentrale, aus dem zuständigen Bereich. Also die Information kam von denen, und dann mussten wir es ja nur umsetzen. Also der Gesamtvorgang, mit dem ich persönlich, wenn ich jetzt mal den zeitlichen Ansatz sehe, damit betraut war, dann bewegt sich das in - - keine Ahnung, auf alle Fälle anteilig in wenigen Prozent, Promille von meiner täglichen Arbeit.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie dann einfach Vollzug gemeldet, und dann war die Sache erledigt und ist nie mehr wieder aufgetaucht bei Ihnen? Oder kam da mal jemand runter von Pullach?

Zeuge R. U.: Nein, zu mir nicht, nein.

Christian Flisek (SPD): Also Sie haben dann Vollzug gemeldet?

Zeuge R. U.: Ich war - - Wie gesagt, dieser Vorgang - - Ob ich jetzt formal noch Vollzug gemeldet habe oder nicht, könnte ich Ihnen wirklich nicht sagen. Ich habe aber versucht, jetzt im Vorfeld vor dieser Vernehmung, mir das im Kopf noch mal ablaufen zu lassen, wie denn das da damals ablief. Ich habe mich ganz ehrlich schwergetan, weil das einfach so ein Randbereich war. Wir haben vollzogen, wir haben die Weisung vollzogen, und damit war der Fall für mich erledigt.

Christian Flisek (SPD): Na ja, klar, manchmal sind es die Randbereiche, die dann plötzlich im Zentrum liegen. - Jetzt noch mal eine andere Frage: Bei Ihrer ersten Vernehmung hatten Sie ja damals mal gesagt - in öffentlicher Sitzung, Herr Wolff -, dass die Daten aus Bad Aibling direkt an die USA weitergegeben werden. Also ich hatte Sie damals gefragt: Werden die Daten direkt weitergegeben? Ist da noch was dazwischengeschaltet? - Ihre Antwort war damals: Von Bad Aibling aus werden die Daten direkt an die Amerikaner - - werden die Informationen direkt an die Amerikaner weitergegeben.

Zeuge R. U.: Ich habe aber mit Sicherheit auch immer dazu gesagt, dass von der Zentrale gestellte Filter nach zum Beispiel den deutschen Interessen - -

Christian Flisek (SPD): Absolut.

Zeuge R. U.: Filtermechanismen sind natürlich noch drin, aber ansonsten - -

Christian Flisek (SPD): Absolut, ja. - Jetzt interessiert mich noch mal, auch heute, der Umstand: Bevor das dann weitergegeben worden ist nach Filterung, hat sich, ich sage mal, die Ernte - ich bezeichne das mal so -, die nachrichtendienstliche Ernte, die da eingefahren wurde, hat sich das jemand angeguckt vorher noch beim BND? Gab es da ein Interesse? Oder hat man gesagt: Nein, das ist ja sozusagen - - das sind die Amerikaner, das interessiert uns nicht, das geben wir nur weiter?

Zeuge R. U.: Hatte ich vorher schon mal erwähnt. Wir haben über diese Treffer nur stichprobenartig



Nur zur dienstlichen Verwendung

geguckt und auch nur dann, wenn von uns aus, von meinen Nachrichtensbearbeiterinnen und Nachrichtensbearbeitern, eine gewisse Notwendigkeit, eine Not - in Anführungszeichen - daraus erstand. Denn meine Nachrichtenbearbeitung ist mit den deutschen Selektoren oder mit - ja, mit denen, die der BND sich selbst erarbeitet hat im Laufe der vielen Jahre, die wir auch wiederum aus der Zentrale gesteuert bekommen, mehr als ausgelastet. Also es - -

Christian Flisek (SPD): Es ist eine Kapazitätsfrage am Ende, es wäre gar nicht jetzt eine Frage des Interesses? Also ich stelle mir jetzt einfach mal die Frage - also ich würde mich als BND schon dafür interessieren -: Was kriegen da die Amerikaner? Ist das nicht irgendwas, was ich auch gebrauchen könnte für meine eigene Arbeit?

Zeuge R. U.: Ja, aber solange Sie mit - - Oder ich sage jetzt mal: Solange unsere Leute mit unserem Interessenprofil, das ja noch viel genauer gesteuert wird durch die Bundesregierung letztlich und die Zentrale, schon mehr als ausgelastet sind und solange wir jeden Tag, wenn sie jetzt mal deutsche Treffer, die im Auftragsprofil der Bundesregierung quasi gesteuert aus der Zentrale bei uns getroffen haben - - davon schon mehr oder weniger jeden Tag welche nicht bearbeiten können, welchen Sinn soll es für mich machen zu sagen: „Ich ziehe jetzt da so und so viele Nachrichtensbearbeiter ab und riskiere unter Umständen, dass wir - Thema Force Protection oder wo auch immer - Meldungen liegenlassen, nur um zu sehen, was die da jetzt genau machen und ob das besser ist“? Wenn ich zu viele Menschen und Kolleginnen und Mitarbeiter hätte, dann kann man darüber nachdenken. Aber die haben wir leider nicht.

Christian Flisek (SPD): Okay. Also Kapazitätsprobleme, wenn man so will. - Bei dem ganzen Komplex, der uns ja interessiert, stellt sich ja die Frage - noch mal -: Was sind deutsche Interessen? - Beziehungsweise umgekehrt - negativ gesprochen -: Was ist gegen deutsche Interessen gerichtet? - Es ist ja auch dann die Frage, wie die Filter eingestellt sind, wie man da arbeitet. Noch mal auch an Sie gerichtet die Frage: Wie gehen Sie mit diesem Begriff um?

Zeuge R. U.: Die deutschen Interessen werden an der Stelle, wenn es um die Selektoren geht, sowohl die amerikanischen als auch unsere, in der Zentrale beachtet. Wir haben an der Stelle keine Zuständigkeit. Und deswegen kann ich Ihnen leider auch nicht sagen, wie die Filtermechanismen, die Algorithmen - - Wie auch immer das genau in der Zentrale funktioniert, ich weiß es nicht. Ich weiß nur, dass es gemacht wird; aber ich weiß nicht im Detail, wie es funktioniert. Das müssten Ihnen dann wirklich bitte die Kollegen, die, glaube ich, heute auch noch geladen sind, erklären. Ich kann es nicht.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Dann haben wir jetzt momentan keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr R. U., ich wollte zunächst mal vorwegschicken: Für welchen Zeitraum sagen Sie Belastendes, wenn ich frage? Sagen Sie Dinge zum heutigen Zustand oder ab 2010, oder wie antworten Sie auf meine Fragen, wenn ich Sie frage, wie Dinge gehandhabt werden in Bad Aibling?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Belastbares, nicht Belastendes, glaube ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann manchmal miteinander Hand in Hand gehen, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte nur noch mal fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Ich bin ganz ehrlich: Ich verstehe die Frage nicht genau. Ich könnte mir vorstellen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir über Vorgänge vor dem Jahr 2010 berichten?

Zeuge R. U.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das eben gesagt, wegen einer zehnmonatigen Übergangszeit ist keine geordnete Übergabe erfolgt offenbar, was ja auch schon interessant ist. Also Sie haben von Dingen im Zusammenhang mit Nachrichtendienstaufklärung im digitalen Bereich, Nachrichtengewinnung nichts aus den Jahren vor 2010 gehört?

Zeuge R. U.: Nicht konkret und nicht in Bad Aibling. Wirklich nur, das hatte ich bei meiner letzten - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Konkret muss gar nicht sein, aber so ungefähr.

Zeuge R. U.: Das hatte ich bei meiner letzten Vernehmung auch schon zu Protokoll gegeben, ich glaube sogar, auch in öffentlicher Sitzung: Ich war damals in der Zentrale eingesetzt und habe mitgekriegt, dass es Projekte gibt. Aber was die da genau machen, wo da genau irgendwas passiert und wer da mit wem spricht, weiß ich nicht, auch nicht vor 2010 und auch nicht in meiner - - Also ich war mit solchen Dingen, mit solchen Vorgängen in der Zentrale eben auch nicht betraut. Also kann ich Ihnen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das frage ich auch nicht, ob Sie damit betraut waren in der Zentrale, sondern ob Sie, nachdem Sie nach Bad Aibling gekommen sind, von Vorfällen vor dem Jahr 2010 gehört haben? Ich nehme ein Beispiel, um das zu konkretisieren. Es wird ja jetzt viel gesprochen über den Vorfall, der im Jahr 2005/2006 gewesen sein soll, wo zu Beginn des Projekts „Eikonol“ die Begriffe Eurocopter und EADS aufgetaucht sind. Haben Sie davon in Ihrer Funktion mal was gehört?

Zeuge R. U.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist interessant - -

Zeuge R. U.: Entschuldigung, wenn ich es ergänze: Davon habe ich auch nicht - ich hatte da keine Funktion - - aber auch nicht auf dem sogenannten Flurfunk oder sonst wo was darüber gehört. Ich habe darüber nichts gehört.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist krass, nicht? Weil nämlich der BND das immer noch in die Sprechzettel für das Bundeskanzleramt reinschrieb als ganz krassen Vorgang. Und wenn Sie als Verantwortlicher einer Abteilung davon noch nie gehört haben, ist das ein ungeheuer kurioser Vorgang.

Zeuge R. U.: Der Verantwortliche einer Abteilung im BND ist in der Regel B-6-besoldet. Ich bin ein Dienststellenleiter, der ist A-15-besoldet. Das ist eher herausgehobene Sachgebietsleiterebene. Ich kommuniziere nicht, also es ist einfach nicht meine Ebene, mit dem Kanzleramt oder mit dem Präsidenten von mir aus zu kommunizieren, ja?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich. Trotzdem scheint mir eine Kontrolle eines Hauses, wo die Leute, die da in Verantwortung sind, diese relevanten Informationen nicht bekommen - - scheint mir ein problematischer Vorgang.

(RA Johannes Eisenberg:
Von wem ist denn der
Brief?)

- Welcher Brief?

(RA Johannes Eisenberg:
Den Sie gerade zitieren!)

- Welchen Brief zitiere ich denn? Lesen Sie mal Zeitung, Herr Rechtsanwalt, dann wissen Sie, wovon ich spreche.

(RA Johannes Eisenberg:
Haben Sie nicht einen Brief
ans Bundeskanzleramt
gerade zitiert?)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde darum bitten, nicht in bilaterale Diskussionen zu verfallen. Das kann man in den Pausen machen. Wenn der Zeuge etwas nachfragt - Sie können sich ja beraten -, dann kann das Herr R. U. machen; aber sonst muss ich immer die Uhr anhalten, und dann wird das nicht so effektiv. - Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Welche Daten wurden denn überhaupt zu Ihrer Zeit über diese Selektoren laufengelassen? Rohdaten, Inhaltsdaten, Metadaten? Wie bezeichnen Sie diese Daten intern?

Zeuge R. U.: Na ja, die Daten, die wir eben aus unserer Satellitenerfassung erfassen. Also, sprich, die Daten, die wir aus den Krisengebieten, aus den Krisenstrecken erfassen, werden gegen die Selektoren laufengelassen, und je nachdem, ob dann ein Selektor trifft - - oder wenn ein Selektor trifft, wird so ein Verkehr dann eben auch erfasst, und der Rest wird verworfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch Rohdaten?

Zeuge R. U.: Ja, das sind ja zu dem Zeitpunkt noch Rohdaten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Okay. - Ist Ihnen bekannt, dass die Datenschutzbeauftragte im August 2013 den BND befragt hat zu bestimmten Dingen - Prism, Tempora -, und eine Frau Dr. F., die Sie wahrscheinlich kennen, hat dem Bundesdatenschutzbeauftragten geantwortet? Sind Sie mit diesem Vorgang betraut gewesen?

Zeuge R. U.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff, zum Glück „Für den Dienstgebrauch“, also man darf daraus zitieren, und das will ich jetzt auch tun. Ich zitiere jetzt aus diesem Dokument, das ist MAT A BND-1/6a.pdf, Blatt Nr. 239, Paginierung 0227. Da antwortet sozusagen die beim BND mit der Beantwortung der Frage des BfDI beauftragte Frau Dr. F. im Hinblick auf Datenerhebung:

Herr B.

- Herr B. ist der Zeuge, den wir heute hier noch haben -

erklärte telefonisch einige Stunden später, die seitens PLSA erwähnte Weitergabe von Rohdaten an US-SUSLAG sei in der Tat nicht explizit im Rahmen des Besuchs des behördlichen Datenschutzes in Bad Aibling erwähnt worden. Grund hierfür sei, dass man das Thema „Metadatenanalyse bzw. -erhebung“ habe zugunsten der Erörterung anderer Themen ausklammern wollen.

Das ist schon mal lustig, aber es geht weiter - ich zitiere -:

Herr B. bestätigt auf Nachfrage, dass die vorgenannte Weitergabe von Rohdaten an US-SUSLAG in großem Umfang stattfinde. Es würden auf bestimmten Übertragungswegen im Ausland alle durch den BND erhobenen Daten an US-SUSLAG weitergegeben. Eine inhaltliche Sichtung bzw. eine Eingrenzung der erhobenen Daten anhand von wie auch immer gearteten Kriterien finde nicht statt.

Wie ist eine solche Aussage von Frau Dr. F. auf die Anfrage des Bundesdatenschutzbeauftragten mit Ihrer Aussage vereinbar, dass auch die Rohdaten durch Selektoren und durch Filter kontrolliert werden, wenn sie hier schreibt, dass eine Eingrenzung bzw. Sichtung dieser Metadatenanalyse und -erhebung nicht stattfindet?

Zeuge R. U.: Dürfte ich das Dokument mal sehen? Ich kenne das Dokument nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich halte auch so lange die Zeit an.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nett.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir geben dem Zeugen jetzt erstmal die Möglichkeit, das Dokument zu sichten.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge R. U.: Also so, wie ich das - - Ich kenne das Schreiben - - Oder ich habe es jetzt mal so gut, wie ich es in der Nervosität verinnerlichen kann, gelesen. Als Sie mir diese ungefilterte Weitergabe benannt haben, habe ich sofort an Metadaten gedacht und nicht an Inhaltsdaten gedacht. Also mein Kenntnisstand ist: Inhaltsdaten erfolgt auf Treffer und wird weitergeleitet; Metadaten werden also ohne Treffer weitergeleitet - alle -, aber nach Filter auf „de“.

Und zu dem Thema BfDI-Besuch, Besuch der Datenschutzbeauftragten: Wir haben zu keiner Zeit irgendetwas verheimlicht. Wir haben immer, wenn ein solcher Besuch anstand, von Beginn an vorgestellt, welche Bereiche wir haben, wo wir was haben und haben es dann natürlich der Datenschutz- - sowohl unserer internen Datenschutzbeauftragten als auch dem BfDI, der mittlerweile, glaube ich, zweimal bei uns war, einmal sogar zu einem vier- oder fünftägigen Kontrollbesuch mit sechs, sieben Kolleginnen und Kollegen - - Also wir haben natürlich die Themenauswahl den Kontrolleuren überlassen. Ich kann ja dem Kontrolleur nicht vorschreiben, was er sehen will. Zu dem Zeitpunkt, als das BfDI das erste Mal bei uns war, soweit ich mich noch richtig erinnere - das war ja auch so ein bisschen immer noch die, wie Sie gesagt haben, elektrisierende Phase - wollten die sich eher damals die Systeme anschauen, die bei uns im Einsatz sind. Das war das, was wirklich bei uns in der Verantwortung auch liegt in Aibling, und das haben wir denen natürlich gezeigt. Die saßen mit Ingenieurskollegen am Computer und haben da getippt und haben da geprüft und haben sich das anschauen dürfen, natürlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da verstehe ich gar nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt würden wir zur Fraktion der CDU/CSU kommen, weil die Zeit auch hier schon abgelaufen ist. Die Fragen für die CDU/CSU-Fraktion stellt Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich versuche mal, nicht direkt in die geheime Sitzung zu kommen mit meinen Fragen, bin da aber ganz guter Dinge. Herr U., Sie haben vorhin gesagt, aus Bad Aibling wurden keine Selektoren an die NSA gegeben, man hat nur welche bekommen. Diese Selektoren, wurden die aber in die gleichen Ansätze eingespeist? Also man hat aber trotzdem eigene Selektoren gehabt des BND, und die BND-Selektoren und die der Amerikaner, wurden die in dieselben Erfassungsansätze eingespeist?

Zeuge R. U.: Die wurden bei uns in Bad Aibling in die gleichen Erfassungssysteme eingespeist, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und aus welchen Erfassungsansätzen kamen diese Daten, über die man dann die Selektoren hat laufen lassen?

RD Philipp Wolff (BK): Konkrete Erfassungsansätze definitiv in eingestufte Sitzung.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Die Meldungen, die dann ja generiert wurden, da sagten Sie, die wurden dann bei Ihnen noch mal gefiltert und dann weitergegeben. Hat man die auch selbst irgendwie ausgewertet?

Zeuge R. U.: Man hat die Meldungen, also die Treffer, nur stichprobenartig ausgewertet. Und immer nur dann, wenn bei uns die Notwendigkeit dafür da war, sprich, wenn bei uns zum Beispiel in einem Krisengebiet, in einem Zielgebiet wir zu wenige BND-eigene Selektoren hatten, dann haben wir da draufgesehen. Aber es gab keinen Regelautomatismus, keine bestimmten Abstände; denn - ich habe es vorher, glaube ich, schon mal erwähnt - die Selektoren, die BND-eigenen Selektoren treffen bei unseren Erfassungsansätzen schon - - sind Gott sei Dank so genau, dass sie so viele Vorprodukte oder Treffer erzeugen, dass meine Kolleginnen und Kollegen Nachrichtenbearbeiter ausgelastet bzw., wenn man so will, überlastet sind, sprich: sich auch die



Nur zur dienstlichen Verwendung

deutschen Treffer schon alleine nicht angucken können.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt stand vorhin kurz die Frage im Raum bezüglich des Zugriffs oder der Zugriffsmöglichkeit auf die Datenbank, also, sprich, ob die Amerikaner, die NSA Zugriffsmöglichkeiten auf die Datenbank hatten im Rahmen der JSA. Nur für mein Verständnis: JSA wurde ja 2012 beendet, die Zusammenarbeit, also seitdem stellt sich diese Frage dann nicht mehr?

Zeuge R. U.: Korrekt.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Jetzt würde ich Ihnen gerne doch noch Fragen stellen, die jetzt die Selektoren bzw. die Art und Weise, wie die Selektoren nach Bad Aibling kommen, betreffen. Und zwar hatten Sie ja in Ihrer letzten Vernehmung in öffentlicher Sitzung gesagt - dazu haben wir auch ein öffentliches Protokoll -:

Wir holen aktiv von einem amerikanischen Server deren Selektoren ab und beteiligen sie weiterhin an der Erfassung. Aber wir liefern den Amerikanern keine Selektoren.

Also muss ich das doch so verstehen, dass Ihnen die Selektoren nicht zugespielt werden, sondern dass Sie die Selektoren abrufen.

Zeuge R. U.: Das ist korrekt. Das ist eine - wie soll man sagen? - eine Grundlage unserer Netzwerksicherheit, die wir in Bad Aibling haben, dass eben nur BND-Mitarbeiter auf unser Netzwerk zugreifen. Deswegen können wir den Amerikanern ja auch nicht gestatten, dass sie uns Selektoren schicken oder auf einem BND-Server ablegen und dort einen Zugriff haben, sondern es muss umgekehrt sein: Wir holen über eine sichere Verbindung von einem amerikanischen Server die Selektoren ab.

Und die BND-Selektoren: Also, die werden ja auch bei uns in der Zentrale in dem gleichen Zuständigkeitsbereich gepflegt und geprüft. Mit wem und wann und außerhalb der NSA oder auch nicht die getauscht, geteilt werden, weiß ich nicht; ist nicht meine Zuständigkeit, ist in der

Zentrale. Kann ich Ihnen leider nichts sagen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir holen auf sicherem Wege Daten von den Amerikanern ab und geben die dann sofort, bevor sie an die Erfassung bei uns, an die Erfassungssysteme gehen, zur Überprüfung in die Zentrale weiter.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wie oft holen Sie die Selektoren ab?

RD Philipp Wolff (BK): Da bitte ich auch, das in eingestufte Sitzung zu behandeln.

Nina Warken (CDU/CSU): Also in der letzten öffentlichen Sitzung haben Sie gesagt: in gewissen Rhythmen, zwei-, drei-, viermal am Tag. Also Sie haben - - Ich zitiere Sie mal:

Wir holen aktiv von einem amerikanischen Server in gewissen Rhythmen - ich glaube, zwei-, drei-, viermal am Tag - Daten ab, Selektoren, die wir dann einstellen.

Zeuge R. U.: Ja, das ist der Rhythmus ungefähr. Wir sammeln die auch eine Zeit lang bei uns erst mal in Bad Aibling, ohne dass sie natürlich im Erfassungssystem sind, und geben sie dann gebündelt an die Zentrale weiter zur Überprüfung.

Nina Warken (CDU/CSU): Und können Sie uns eine Einschätzung geben, um wie viele Selektoren es sich dann handelt, zahlenmäßig?

RD Philipp Wolff (BK): Zur Anzahl der Selektoren bitte auch in eingestufte Sitzung.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Können Sie Auskunft geben in der öffentlichen Sitzung, ob auch insbesondere bei Kabelerfassungen diese Selektoren verwendet wurden?

Zeuge R. U.: Wir haben aktuell keine Kabelerfassung. Also die Selektoren der Amerikaner werden in der Satellitenerfassung Bad Aibling eingesetzt.

Nina Warken (CDU/CSU): Aktuell. - Und wie war es vorher?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Wie es vor 2010 war, weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay, gut. Dann hätte ich im Moment keine weiteren Fragen in der öffentlichen Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das gilt für die gesamte Fraktion, nehme ich an? - Okay. Ganz herzlichen Dank.

Dann kommen wir jetzt zur zweiten Fragerunde mit der Reihenfolge: Fraktion Die Linke, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. - Es fängt an die Fraktion Die Linke mit Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr R. U., in welchen Fällen haben Sie als Dienststellenleiter die Pflicht, Vorgänge aus Ihrer Dienststelle Dienstvorgesetzten in Pullach zu melden?

Zeuge R. U.: Ich hatte zum Glück noch nicht die Notwendigkeit, dass ich das machen musste, aber -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das habe ich auch nicht gefragt.

Zeuge R. U.: - wenn jemand - Entschuldigung - ein Dienstvergehen begeht, wenn jemand irgendwas klaut, wenn jemand nicht zur Arbeit kommt, also wenn es um disziplinare Dinge geht, muss man so was natürlich - - würde ich so was melden müssen, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie kennen das Memorandum of Agreement, was die Zusammenarbeit in Bad Aibling regelt?

Zeuge R. U.: Ich habe mir das vor längerer Zeit mal durchgelesen. Also, ich kann es Ihnen nicht auswendig zitieren. Aber vom Prinzip her, vom Prinzip.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es dort Regelungen dahin gehend, wann zu Datenverarbeitung im Zusammenhang mit dem Memorandum Vorgesetzte informiert werden müssen?

RD Philipp Wolff (BK): Also, das Memorandum an sich ist eingestuft.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Ich zitiere ja auch nicht daraus.

RD Philipp Wolff (BK): Und dann bitte ich auch - - Hier wird immer nach Inhalten gefragt: „Gibt es dort Regelungen?“ Die bitte ich auch, die entsprechenden Inhalte - wenn der Zeuge das überhaupt weiß -, in eingestufte Sitzung zu behandeln.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann frage ich anders.

Zeuge R. U.: Ich weiß es aber auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es für den Dienststellenleiter von Bad Aibling Vorschriften, die regeln, in welchen Fällen er zu Datenverarbeitungsprozessen, Datenerhebungen, aber auch Ergebnissen Vorgesetzte informieren muss?

Zeuge R. U.: Mir ist jetzt nicht bekannt, dass es da spezielle Regelungen gäbe; nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann würden Sie denn einen Vorgesetzten informieren, bezogen jetzt auf Datenverarbeitung?

Zeuge R. U.: Auch wenn ich das letzte Mal gerügt wurde: Ich muss jetzt trotzdem - - Ich frage bitte konstruktiv: Geht es jetzt um die Datenverarbeitung oder die Selektoren?

Martina Renner (DIE LINKE): Der Selektoreinsatz ist doch ein Teil der Datenverarbeitung.

Zeuge R. U.: Ja, aber die Selektorenüberprüfung findet ja in der Zentrale statt. Da habe ich keine - - Da kann ich auch nichts beeinflussen. Also selbst wenn in diesen Selektoren jetzt was wäre, zum Beispiel ein deutscher Selektor oder so was, ja, dann würde ich den zuerst gar nicht sehen, sondern der würde in der Zentrale gesehen werden und würde dann in der Zentrale auch rausfliegen, und ich hätte gar nicht die Möglichkeit, den zu sehen und das meinem Vorgesetzten zu melden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Nein, ich meinte: Sie erheben Daten, Sie verarbeiten Daten, Sie produzieren Meldungen und geben die an einen AND weiter. Diesen ganzen Prozess meine ich. Wann wäre in diesem Prozess für Sie die Notwendigkeit, dass zu diesem Datenverarbeitungsprozess ein Vorgesetzter informiert werden muss?

Zeuge R. U.: Wenn jetzt beispielsweise einem meiner Kolleginnen oder Kollegen aus der Nachrichtenbearbeitung bei stichprobenartigem Durchgucken der Treffer der Amerikaner auffallen würde, da ist jetzt ein Deutscher durchgerutscht oder wie auch immer, der aufgrund des Selektors vielleicht nicht herausfilterbar war durch die Zentrale, dann würden wir so was natürlich weitergeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Und für Ihren Dienstzeitraum gab es solche Meldungen?

Zeuge R. U.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht ein Mal?

Zeuge R. U.: Nein. Mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist denn einer Kollegin oder einem Kollegen mal aufgefallen, dass da ein deutscher Staatsbürger/eine deutsche Staatsbürgerin durchgerutscht ist?

Zeuge R. U.: Nein, ist mir nichts bekannt. Wäre auch - auch das hatte ich vorher schon erwähnt - sehr, sehr unwahrscheinlich. Da wir auf Strecken in Krisengebieten im Ausland sind, ist die Wahrscheinlichkeit, dass uns so ein Selektor treffen würde, einfach sehr, sehr gering.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist Ihnen oder einer Kollegin/einem Kollegen mal aufgefallen, dass dort Daten zu europäischen Bürgern und Bürgerinnen erhoben wurden?

Zeuge R. U.: Nein. Also, ich habe es dann gesehen, als diese Überprüfung war. Aber davor hatte ich mich um die Selektoren nicht gekümmert. Das war Sache der Zentrale.

Martina Renner (DIE LINKE): Als diese Überprüfung in 2013 war, gab es danach noch weitere Überprüfungen, nach August 2013?

Zeuge R. U.: Es gab seit Beginn der Kooperation Überprüfungen der Selektoren.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie weichen immer meinen Fragen aus, und ich habe nicht so viel Zeit, weil Sie ja nur begrenzt hier uns zur Verfügung stehen. Also: Gab es nach der Überprüfung im August 2013 weitere Überprüfungen hinsichtlich Selektoren, die deutsche oder europäische Merkmale beinhalten?

Zeuge R. U.: Also, nicht über mich, nicht über meinen Tisch, nein. Also, so eine mündliche Weisung habe ich nicht noch mal erhalten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe auch nicht gefragt, ob über Sie, sondern: Gab es nach - -

Zeuge R. U.: Nach meinem Kenntnisstand: nein. Also, mir ist darüber nichts bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ihnen ist darüber nichts bekannt, dass es nach August 2013 weitere Überprüfungen zu Selektoren gab?

Zeuge R. U.: Die regelmäßigen Überprüfungen: natürlich. Die gab es nach 2013 auch weiterhin.

Martina Renner (DIE LINKE): Spezielle Überprüfungen?

Zeuge R. U.: Nein. Darüber ist mir nichts bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind Sie jetzt im Zusammenhang mit der hausinternen Revision seit diesem Frühjahr im Haus involviert gewesen, also im Haus des BND involviert gewesen?

Zeuge R. U.: Ich gehe jetzt davon aus, dass Sie von der - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wir haben einen Beweisbeschluss hier gefasst. Daraufhin



Nur zur dienstlichen Verwendung

irgendwie will man erstmalig in der BND-Hausspitze zu diesem Vorgang Kenntnis genommen haben, hat das BK informiert, und es gibt jetzt eine Arbeitsgruppe, die sich hausintern damit auseinandersetzt; ich nenne das jetzt mal „hausinterne Revision“. Sind Sie in diesen Prozess einbezogen?

Zeuge R. U.: Wir sind - oder ich - dann mit einbezogen, wenn die Gruppe zu uns kommt, dass man sicherstellt, dass die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da sind, die Auskunft geben können, dass die Systeme verfügbar sind. Also, ich bin sozusagen für das Formale dann zuständig. Aber was die in welcher Reihenfolge prüfen, damit bin ich nicht eingebunden; das weiß ich nicht. Also, was heißt „Weiß ich nicht“? Ich kriege es dann nur mit, wenn sie kommen und uns eben überprüfen. Aber da habe ich ja keine Entscheidungsgewalt darüber.

Es ist ähnlich wie mit den anderen Besuchen, die wir auch von den externen Kontrollbehörden hatten. Wir versuchen natürlich, im Vorfeld zu fragen: „Was interessiert Sie denn? Was wollen Sie denn anschauen? Können Sie es konkretisieren?“, sodass wir sicherstellen, dass die Leute da sind, die das dann auch zeigen und vorführen können. Das ist unsere vorbereitende Arbeit sozusagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie in den Vorgang, der heute in der Presse zu lesen ist, involviert, der vor ungefähr einer Woche stattgefunden haben soll, dass die sogenannte Selektoreneinstellung bei Internetverkehren herausgenommen wurde?

Zeuge R. U.: Ich kenne den Vorgang nicht, der vor einer Woche - - Also, es sind ja jetzt viele Artikel in der Presse.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, es heißt irgendwie, dass ja im Haus Wählverkehre und Internetverkehre verarbeitet werden in Bad Aibling und dass man das Selektoreneinstellen bei den Internetverkehren vor einer Woche beendet hat.

RD Philipp Wolff (BK): Bitte den Zeugen - - Der Zeuge kann dazu was sagen, wenn er dazu was

weiß. Ich bitte, das aber wirklich in eingestufte Sitzung zu behandeln.

Martina Renner (DIE LINKE): Das steht heute in der Zeitung.

RD Philipp Wolff (BK): Ja. Das steht in der Zeitung, aber das heißt nicht, dass der Vorgang an sich nicht Geheim wäre. Das ist was ganz anderes, wenn die Bundesregierung oder der BND so was bestätigen würde, als wenn es in der Zeitung steht.

(RA Johannes Eisenberg:
Der Zeuge ist krank-
geschrieben! Der weiß eh
nichts!)

Deswegen bitte ich, dass wir das wirklich in eingestufte Sitzung behandeln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zumal ich ergänze, dass wir ja auch immer hoffen, dass die Zeugen über die Zeitung hinaus etwas sagen können. Sonst würden wir ja eine Zeitung verlesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, deswegen frage ich ihn ja auch zu diesem - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also von daher hoffe ich schon, dass wir hier mehr Erkenntnisse kriegen.

(RA Johannes Eisenberg:
Der Zeuge kann nichts
dazu sagen, weil er krank-
geschrieben war!)

Zeuge R. U.: Ich bin operiert worden. Ich bin seit längerer Zeit - was heißt „seit längerer Zeit“? -, seit einiger Zeit nicht im Dienst und habe da natürlich auch nicht mitgekriegt, was jetzt in der letzten Woche an Weisungen, Entscheidungen oder sonst was im BND gefallen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das klären wir gleich in eingestufte Sitzung - Frau Kollegin Renner, Sie haben immer noch ein bisschen Zeit. Ich habe angehalten gehabt. Falls Sie was sagen, fange ich jetzt wieder an.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein, ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch.

Martina Renner (DIE LINKE): Es ist alles in Ordnung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es sind noch 30 Sekunden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich finde das - - Ich würde gerne noch mal bei dem Punkt bleiben, was Ihre Pflichten als Dienststellenleiter angeht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in einer Dienststelle, in der wesentliche Aufgabe die Datenverarbeitung ist, nicht zur Kenntnis genommen wurde, dass es spezielle Regelungen dafür gibt, was dann zu geschehen hat, wenn Feststellungen getroffen sind, dass zum Beispiel in dem Datenverarbeitungssystem Grundrechtsträger und -trägerinnen einbezogen sind, dass womöglich gegen sogenannte deutsche Interessen verstoßen wurde - ich sage „sogenannte“, weil das ein sehr schwammiger Begriff ist, der wenig justiziabel ist -, dass keine Regelungen dahin gehend getroffen werden, wenn Verdachtsmomente hinsichtlich von politischer oder Wirtschaftsspionage auftreten, dass es dort für den Dienststellenleiter überhaupt keine sozusagen Rahmenbedingungen gibt, was er in diesen Fällen unternehmen soll, mit wem er sich sozusagen verständigen muss zwingend, dass das sozusagen außerhalb dessen steht, was Sie sozusagen in Ihrem Aufgabenbereich sehen. Weil die wesentliche Aufgabe von Bad Aibling ist ja Datenverarbeitung, ja? Und dann muss es doch auch Regularien geben, was ein Dienststellenleiter, der ja auch wenigstens einen Teil irgendwie der Aufsicht innehat, tun muss, wenn es dort zu sozusagen Regelverstößen oder Auffälligkeiten kommt. Gibt es da wirklich keine Vorschriften, die Ihnen auf den Weg gegeben wurden?

Zeuge R. U.: Entschuldigung. Es gibt kein Handbuch für Dienststellenleiter oder irgendwie so was im Bundesnachrichtendienst. Aber es gibt natürlich, was G 10 betrifft, Vorschriften in der Richtung, dass, wenn einem Nachrichtensachbearbeiter ein G-10-Fall auch aufgrund eines BND-Selektors - also ein zufälliger Treffer - sozusagen auf

den Tisch kommt, man das dann auch wirklich formal und sofort in der Zentrale melden muss, dass das unter Aufsicht von Juristen dann auch sofort wieder gelöscht wird, ja? Das ist natürlich eine feste Vorschrift. Zu den, was Sie ansprechen, politischen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Deutsche Interessen, ja.

Zeuge R. U.: Oder Interessen. Also, immer wenn da kein Deutscher dabei ist, dann - - Bei unseren Bearbeitern ist es ja sowieso so, dass sie auf den deutschen Selektoren die Auslandsstrecken haben, sprich: Da tritt der Fall nicht auf. Die amerikanischen Selektoren und Treffer - - Die Selektoren überprüfen wir überhaupt nicht in Bad Aibling. Also, da kann ich an keiner Stelle auch ein - -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie können auf die Meldungen sehen. Darauf wollte ich ja hinaus.

Zeuge R. U.: Auf die Meldungen schauen wir aber nicht regelmäßig, sondern nur stichpunktartig und auch nur auf die, die aufgrund - - die wir in irgendeinem Krisengebiet getroffen haben. Also - -

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss jetzt leider die nächste Fraktion drannehmen. Und wir kommen jetzt in der zweiten Runde zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Die übermittelten Selektoren der Amerikaner, wurden die dann, nachdem sie wieder bei Ihnen angekommen waren nach der Prüfung in der Zentrale, auch für eigene Erfassungsansätze genutzt, bei denen man nicht mit den Amerikanern zusammengearbeitet hat?

RD Philipp Wolff (BK): Auch da bitte ich, in eingestufte Sitzung Stellung zu nehmen, wenn es um die Nutzung der Selektoren geht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Das habe ich mir fast gedacht.

Zeuge R. U.: Wenn ich es ergänzen darf: Das wäre mir an der Stelle aber auch so oder so nicht bekannt; denn die zentrale Selektorenverwaltung ist in der Zentrale und nicht bei mir. Also, wenn es so wäre oder auch nicht so wäre, wäre mir persönlich das nicht bekannt in Aibling.

Nina Warken (CDU/CSU): Also Sie wissen nur, dass diese Selektoren in der Zusammenarbeit mit den Amerikanern benutzt wurden?

Zeuge R. U.: Für mich in Bad Aibling werden die in der Zentrale einfach nur geprüft, und dann kriegen wir sie wieder zurück und stellen sie ein oder nicht. Ob oder was darüber hinaus mit diesen Selektoren aus der Zentrale passiert, weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie ja vorhin berichtet, dass Sie dann die Weisung hatten, Selektoren herauszunehmen. Können Sie was dazu sagen, ob und gegebenenfalls wie lange, wie intensiv eine Erfassung denn dann tatsächlich mit diesen Selektoren schon stattgefunden hatte?

Zeuge R. U.: Also, eine Erfassung an sich hat - - Die Selektoren waren aktiv, aber eine Erfassung an sich - -

RD Philipp Wolff (BK): Also, auch da bitte ich, in eingestufte Sitzung Stellung zu nehmen. Jetzt geht es genau um das Erfassungssystem. Das bitte ich in eingestufte Sitzung zu behandeln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann erlaube ich mir noch ein paar Fragen. Ich komme noch mal zurück auf den Fluss der Selektoren. Die Amerikaner oder, ich sage mal, wahrscheinlich jeder AND stellt Selektoren auf seinem eigenen Server zur Verfügung. Die werden dann abgeholt durch den BND auf einer sicheren Datenleitung. Im BND macht das Abholen der Daten Bad Aibling oder Pullach?

Zeuge R. U.: Das Abholen der Daten macht Bad Aibling.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber wird dann mit den Selektoren erst mal nichts angestellt, sondern dann müssen sie erst mal überprüft werden in Pullach? So hatte ich es eben verstanden.

Zeuge R. U.: Korrekt. Wir leiten die dann, ohne die in Erfassungssysteme einzuspeisen, direkt nach Pullach, und die werden dort überprüft und werden uns dann zurückgegeben mit der Weisung „einstellen“ oder eben „nicht einstellen“.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Die Einzustellenden werden dann in das Erfassungssystem eingestellt und liefern, wenn auf der Strecke ein entsprechender Verkehr ist, der dem Selektor entspricht, einen Output. Richtig?

Zeuge R. U.: Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie jetzt Strecken bei der Satellitenerfassung, sage ich jetzt nur, drin haben, zum Beispiel Afghanistan - - Wenn ich jetzt mit meiner deutschen SIM-Karte durch Afghanistan fahre und telefoniere, dann würde ich im Zweifel auf Ihrer Strecke landen, -

Zeuge R. U.: Könnte passieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - würde aber nicht erfasst, weil - hoffentlich - die +49 in Pullach rausgenommen wurde.

Zeuge R. U.: Korrekt. Und auch am Ende die +49 mit Sicherheit. Also, wie gesagt, auch diese Filter werden in der Zentrale befüllt. Meldungsausgang, bevor es weitergesandt werden würde, so ein Gespräch, da natürlich der +49-Filter dann auch ... (akustisch unverständlich) also zur Sicherheit noch mal da ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, er müsste schon am Anfang in Pullach rausgenommen worden sein -

Zeuge R. U.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - bei der Auswahl der Selektoren.

Zeuge R. U.: Davon gehe ich aus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und sollte er aus irgendeinem Grund fiktiv nicht rausgenommen worden sein und mein Telefonat, weil der Selektor in meiner Handynummer aktiv war, auf der Strecke Afghanistan erfasst worden sein, dann würde das nicht automatisch an die Amerikaner geleitet, das Telefonat, sondern?

Zeuge R. U.: Nein, das läuft - - Also, dann zu dem Zeitpunkt wäre es dann, wenn sozusagen vorher - - Warum auch immer. Ich kann es mir nicht erklären. Normalerweise muss es vorher - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich mache einen fiktiven Fall. Ich gehe auch nicht davon aus, dass meine Handynummer drin ist.

Zeuge R. U.: Genau. Ich auch nicht. Aber wenn das passieren sollte, dass es dieses Gespräch sozusagen so weit schafft, dann würde, bevor das an die Amerikaner weitergeht, noch mal ein Filtermechanismus greifen, der auf +49 ausfiltert und das Gespräch dann natürlich verwirft und nicht weiterleitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt nehme ich aus Kostengründen auf meiner Dienstreise nach Afghanistan eine afghanische Prepaidkarte und reise durch Afghanistan und rufe dort vor Ort wen an. Jetzt ist diese afghanische SIM-Karte aus irgendeinem Grund auf der Selektorenliste, die die NSA zugeliefert hat. Sie wird auch nicht vermutlich in Pullach rausgenommen, weil sie ja keine G-10-Entsprechung hat. Jetzt telefoniere ich in Afghanistan auf der SIM-Karte. Die Strecke wird von Ihnen abgefangen, und ich telefoniere da auf Deutsch. Wird das von Ihnen erkannt?

Zeuge R. U.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also hätte ich Pech gehabt.

Zeuge R. U.: Ja und nein. Also, Sie hätten die - - Man muss noch mal dazusagen: Da sind schon

sehr, sehr viele fiktive Dinge jetzt mit dabei, und die Wahrscheinlichkeit, dass so ein Gespräch aufgezeichnet werden würde, ist meiner Meinung nach schon sehr gering. Denn auch die Amerikaner haben in ihren Selektorenlisten ja nicht die, ich sage jetzt mal, die -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Irgendwelche - -

Zeuge R. U.: - afghanische einheimische Bevölkerung, die nichts Böses will, sondern eben Taliban oder sonstige Menschen, sprich: Dass sich Ihr Verkehr qualifiziert, müssten Sie sehr, sehr wahrscheinlich schon auch mit einem, ich nenne es mal, „bösen Buben“ telefonieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder mit einem Handy eines bösen Buben.

Zeuge R. U.: Oder mit einem Handy eines bösen Buben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge R. U.: Und wenn Sie das täten, dann würde das in der Tat dann bei uns nicht - - Also, wenn das dann einen Treffer generieren würde, würde es nicht rausfallen, weil die deutsche Sprache nicht automatisch erkannt wird, also das Gesprochene.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn Politiker, auch ausländischer Staaten, im Ausland sind, müssen die schon mit bösen Buben telefonieren, um da mit reinzukommen?

Zeuge R. U.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zum Beispiel Außenminister.

(Heiterkeit)

Okay. Gut. Kann man ja mal nachfragen in der aktuellen Zeit. - Es gibt also diese unterschiedlichen Ebenen der Herausfilterung, die sich nach Ihrer Erkenntnis nur auf G-10-Filterung bezieht. Richtig?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Nein. Also, die bezieht sich mit Sicherheit auf G 10; da bin ich mir zu 100 Prozent sicher. Was darüber hinaus noch gefiltert wird, weiß ich nicht. Da wird noch was gefiltert - die berühmten deutschen Interessen -, aber das wird in der Zentrale gemacht. Also, ich kann Ihnen dazu nichts sagen. Da müssten Sie wirklich den Bereich T2 bitte befragen und nicht mich. Ich bin da nicht auskunftsfähig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Werden wir machen. Okay. Aber den Teil wollte ich noch mal klarhaben. - Wenn ich keine weiteren Fragen mehr der Fraktion CDU/CSU sehe, würde ich zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kommen, und Herr Kollege Ströbele beginnt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Herr Zeuge R. U., ich lese im *Spiegel* dieser Woche - haben Sie wahrscheinlich auch gelesen oder kann ich Ihnen anraten - folgenden Satz:

Am 14. August 2013 teilte der BND-Sachbearbeiter seinen ungeheuerlichen Fund dem Verantwortlichen des BND in Bad Aibling mit dem Kürzel R. U. mit:

Jetzt kommt Zitat:

„Was soll ich damit machen?“,

- gemeint ist der Fund -

schrrieb der Beamte. Die Antwort war: „Löschen.“

Gibt es da eine Namensverwechslung? Bei zwei Buchstaben könnte das ja sein: R. U. Sind Sie R. U., und können Sie mir erklären, was man unter dem Begriff „Löschen“ versteht?

Zeuge R. U.: Ich bin R. U. - korrekt -, und ich gehe auch davon aus, dass dieser interne E-Mail-Verkehr, den Sie da zitieren, tatsächlich auch aus den Unterlagen stammt, die wir logischerweise im Rahmen des Beweisbeschlusses vorgelegt haben.

Wie das immer so ist, wenn man dann E-Mail-Verkehre von, ich sage jetzt mal, Bereichen versucht zu interpretieren, die man nicht genau kennt - und da mache ich der Presse überhaupt keinen Vorwurf; es fehlt einfach die Kenntnis -, dann können einfach Missverständnisse entstehen. „Löschen“ war die Weisung, die ich erhalten habe aus der Zentrale. „Löschen“ heißt aber nicht - und das ist jetzt ganz wesentlich -, dass wir irgendwie versucht haben, was zu drehen oder wie auch immer. „Löschen“ heißt: Wir haben es aus den Erfassungssystemen gelöscht - logischerweise; das war die Weisung -, und „Löschen“ heißt in unserem Falle, dass es in der Datenbank, die die Frau Abgeordnete vorhin genannt hat, weiterhin auftaucht. Alle diese Selektoren tauchen da natürlich auf, aber eben mit dem Kürzel oder dem Vermerk „Verboten“, also sprich: nicht an die Erfassungssysteme liefern. Wenn das nicht so wäre, dann hätten wir diese Listen gar nicht Ihnen oder - - Beziehungsweise jetzt liegen sie ja - - Ich weiß nicht, wo die Listen jetzt liegen. Ich habe es nur aus der Presse mitgekriegt. Jedenfalls hätte Bad Aibling diese Listen gar nicht abgeben können.

Also „Löschen“: Das ist natürlich sehr, sehr irreführend dargestellt worden. Da riecht man gleich immer den Vertuschungsmoment. Nein, es ist nichts vertuscht worden. Wir haben nur dafür gesorgt, dass diese Weisung umgesetzt wird und an den Erfassungssystemen die Selektoren nicht mehr sind. In der Datenbank - -

RD Philipp Wolff (BK): Wenn es jetzt um Details geht, wie das mit den Erfassungssystemen geht, bitte ich, das wirklich dann in eingestufter Sitzung zu behandeln.

Zeuge R. U.: Mir geht es nur -

RD Philipp Wolff (BK): Ja.

Zeuge R. U.: - ganz wesentlich eben noch mal darum - denn das kam auch in der Presse falsch rüber -: Dieses „Löschen“ heißt nicht „Löschen und Vertuschen“, sondern „Löschen“ heißt: in den Erfassungssystemen löschen, unscharf stellen sozusagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Wissen Sie, ich bin so mit „Löschen“ und „Schreddern“ bei Geheimdiensten inzwischen sehr sensibel und empfindlich - das sind wahrscheinlich andere auch -, und wenn dann da „Löschen“ steht, der fragt: „Was soll ich damit machen?“, also, dann kommt nicht die Antwort: „Geben Sie das in die und die Datei“, sondern nur dieses eine Wort. Hätte das nicht auch missverstanden werden können aus Ihrer Sicht jetzt?

Zeuge R. U.: Nein. Aus meiner Sicht überhaupt nicht. Der zuständige Bearbeiter - da gibt es nur einen -, der das System betreut und bedient, der hat - - Wie soll man sagen? Das System ist so aufgebaut, dass er da gar nichts rausmanipulieren könnte. Es ist sonnenklar, wie er den Vorgang zu behandeln hat, sprich: diese Selektoren inaktiv stellen, und andere Skripte nehmen die dann nicht mehr her, sodass beim nächsten Befüllen der Einsatzsysteme sozusagen diese Selektoren immer auftauchen. Ein Missverständnis ist da unmöglich, und auch ein Eingriff von dem Kollegen in das System ist da unmöglich. Er kann es nicht anders machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn auf diese Botschaft hin, was der Ihnen da geschickt hat, nur dieses eine Wort gesagt oder geschrieben, oder haben Sie dann auch mal zum Hörer gegriffen oder sonst wie versucht, ein direktes Wort mit dem zu reden? Das war ja - - Hier steht ja auch - und nach den Folgen, die diese Geschichte gehabt hat, ist das ja nicht übertrieben -: „seinen ungeheuerlichen Fund“. Oder war das für Sie ganz normal?

Zeuge R. U.: Das war aus meiner Sicht kein ungeheuerlicher Fund, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War er nicht?

Zeuge R. U.: - sondern der Fund fand an anderer Stelle in der Zentrale statt. Wir hatten die Weisung, das zu löschen. Und ich hatte es vorher schon mal erwähnt: Im August/September 2013, wo das war, war bei uns der Hektik- und Auslastungs-/Überlastungsgrad sehr, sehr hoch. Ich musste an der Stelle feststellen: Es betrifft uns

eine weitere Prüfung oder wie auch immer nicht. Wir sind nicht zuständig für die Selektoren. Wir führen nur kurz aus, was uns da angewiesen wurde, und dann wenden wir uns wieder den Aufgaben zu, die wir in Bad Aibling auch tatsächlich zu liefern hatten. Also, da gab es nichts Weiteres.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: Es gab auch kein Telefonat, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: - dass man da noch mal expliziter irgendwie was getan hätte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wundert mich ja auch. Ich meine, seit Bekanntwerden dieser Liste brennt im Kanzleramt die Hütte, sage ich mal etwas übertrieben; der Kollege formuliert das auch manchmal so. Für Sie war das aber nicht ein Vorgang, wo Sie gesagt haben: „Ach du Schreck, was haben wir da?“, gerade angesichts der Diskussion über die Dokumente oder das, was sich aus den Dokumenten von Edward Snowden ergab? Das war ja geradezu ein Beleg dafür, dass die stimmten, die Dokumente. Oder haben Sie das nicht so gesehen?

Zeuge R. U.: Ich habe das überhaupt nicht so gesehen. Die ersten Anschuldigungen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, ich meine jetzt die von Anfang August.

Zeuge R. U.: Ich habe das nicht so gesehen. Für mich war das ein Routinevorgang: eine Weisung ausführen, fertig. War keinerlei Veranlassung mehr, da noch weiter was zu tun.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: Ich bin da auch nicht aufgeschreckt, so wie Sie das jetzt sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und auch nicht dafür zu sorgen, dass das nach oben weitergegeben wird an den Chef oder an den Präsidenten oder auch nur die nächste Stufe?

Zeuge R. U.: Es kam ja von oben. Beide Vorgesetzten wussten es ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer wusste das denn?

Zeuge R. U.: Bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer wusste das?

Zeuge R. U.: Der Zeuge, der heute noch kommt, von dem - - und der dafür verantwortlich ist; das ist ein Unterabteilungsleiter, der weit über mir steht. Von dem kam ja die Information zu mir.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und wusste es sonst noch jemand?

Zeuge R. U.: Ich meine - da bin ich mir jetzt aber nicht hundertprozentig sicher - der andere Unterabteilungsleiter auch; bin ich mir aber nicht ganz sicher. Ich für mich kann nur sagen: Ich bekam ja den Anruf von dem Unterabteilungsleiter, und der steht ja über mir.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: Ich verstehe die Frage, ja, aber die hätte natürlich - - Die würde Sinn machen, wenn mir was auffallen würde; wenn ich sage: „Oh, alles schlimm“, dann muss ich natürlich meine Vorgesetzten informieren. Wenn aber meine Vorgesetzten mich informieren bzw. anweisen, was zu tun, dann ist es da oben ja bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Das war ja ein Mitarbeiter von Ihnen, der Ihnen das gemeldet hat und der gefragt hat: Was soll ich jetzt damit tun? - Sonst hätte er Sie ja nicht gefragt, sondern den Präsidenten oder den Abteilungsleiter oder weiß ich, wer da zuständig ist. Der hat Sie ja gefragt.

Zeuge R. U.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der muss doch irgendeinen Grund gehabt haben, sich an Sie zu wenden.

Zeuge R. U.: Der Mitarbeiter hat mich nicht initiativ gefragt, sondern ich habe die Weisung von dem Unterabteilungsleiter entgegengenommen und habe exakt diesem Mitarbeiter gesagt: Da sind diese und diese Adressen drin. Nimm die raus! Such danach, und nimm die raus! - Und dann hat er mir die Mail geschrieben und hat gesagt: „Ich habe die gefunden. Was soll ich damit machen?“, und ich habe geantwortet: „Löschen“. Fall erledigt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie irgendwelche Erkenntnisse, ob das jetzt an die Spitze des Bundesnachrichtendienstes gelangt ist, vielleicht durch Rückmeldung, Rückfragen?

Zeuge R. U.: Nein, keine Ahnung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht noch eine kleine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - zur Fraktion der SPD. Ich weiß nicht, ob der Kollege Flisek die Fragen stellt? - Ja. Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ja. Danke, Herr Vorsitzender - Die SPD-Fraktion würde jetzt keine weiteren Fragen mehr stellen, auch unter dem Aspekt natürlich, dass Sie sowieso zeitlich aufgrund Ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung eingeschränkt sind, aber auch unter dem Aspekt, dass ich es eigentlich für ganz sinnvoll halten würde, wenn wir jetzt möglichst schnell in die öffentliche Befragung des Unterabteilungsleiters D. B. kämen. Weil das scheint, nach dem auch, was wir hier gehört haben, für uns die entscheidende Person zu sein, was nicht ausschließt, dass wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann noch mal eine eingestufte Vernehmung natürlich von Ihnen machen, Herr R. U., wahrscheinlich dann eben ja nicht heute aufgrund dieser gesundheitlichen Beeinträchtigung, aber ich rege halt an, dass wir uns darauf verständigen, jetzt möglichst schnell zu D. B. zu kommen. Und um das zu forcieren, stellen wir keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich finde das eine vernünftige Anregung, muss aber trotzdem die Fraktionen fragen, weil jetzt die Fraktion Die Linke als Nächstes mit ihren Fragen dran wäre. Ich sehe nur keinen mehr von der Fraktion Die Linke. - Dann komme ich zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken?

Nina Warken (CDU/CSU): Wir sind mit dem vom Kollegen vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Herr Kollege von Notz?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch zwei, drei kleine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar. - Dann haben Sie das Wort, Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr R. U., ich will noch mal nachhaken an der Stelle, an der eben der Kollege Ströbele gefragt hat, wie die genauen Abläufe waren. Sie sagen, Sie haben die Weisung vom Unterabteilungsleiter bekommen, noch mal nachzuhaken. Und was genau sollten Sie nachhaken?

Zeuge R. U.: Ich sollte nicht noch mal nachhaken, sondern der Unterabteilungsleiter hat mir gesagt: „Da sind“ - aber ich darf ja die Inhalte jetzt nicht nennen - „Sachen drin. Bitte aus der Erfassung nehmen.“ Und das war eine Weisung vom Unterabteilungsleiter. Nachdem ich ansonsten ja nichts zur Hand hatte, musste ich meinem Kollegen sagen: Die und die Sachen schau mal nach! Sind die in der Datenbank drin? - Und dann hat er mir das rückgemeldet, und daraufhin

habe ich gesagt: Löschen. - Das war der ganze Vorgang.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich verstanden. Aber warum - - Sie müssen ja die Begriffe nicht nennen. Wobei sie in allen Zeitungen standen; aber ich mache das Spielchen jetzt mal mit. Wir müssen die Begriffe nicht genau nennen. Aber um welche Thematik ging es denn? Was haben Sie denn dem Mitarbeiter gesagt?

Zeuge R. U.: Gar nichts. Was heißt „gar nichts“? Das ist falsch. Natürlich habe ich ihm was gesagt, und zwar, dass wir eine Weisung aus der Zentrale haben, folgende Adressen aus der Erfassung zu nehmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also es kamen konkrete Adressen?

Zeuge R. U.: Nicht Adressen, sondern sozusagen Domains, also auf sehr viel höherer Ebene.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kamen - -

Zeuge R. U.: Und der hat die dann auch blockweise eben rausgenommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und stand dieser Vorgang im Zusammenhang mit der Aussage des Bundeskanzleramtsministers Pofalla zwei Tage vorher? Wie erklären Sie sich denn den Zeitpunkt, dass der BND ausgerechnet am 14. August auf diesen Gedanken gekommen ist - oder kurz davor -, da noch mal nachzugucken?

Zeuge R. U.: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge R. U.: Ich habe es auch mehrfach schon erwähnt: Ich habe keinen Kontakt mit dem Kanzleramt. Da bin ich zu klein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann können wir ja den nächsten Zeugen



Nur zur dienstlichen Verwendung

fragen. - Noch einen Punkt. Sie haben vorhin gesagt, man hat sich die Ergebnisse der Selektoren selbst nicht angeguckt, ja, weil man sowieso schon ausgelastet war mit den Sachen, die man selbst hatte. Haben Sie sich denn die abgelehnten Selektoren angeguckt?

Zeuge R. U.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Finden Sie nicht jetzt - also, ich bin ja kein Geheimdienstler, aber Sie sind es ja -, dass unter dem Gesichtspunkt auch der Abwehr von Spionage und Übergriffigkeiten anderer Dienste das Bundesamt für Verfassungsschutz hätte informiert werden müssen, was die Amerikaner hier offensichtlich weltweit - weltweit! - an allen anderen Punkten für Auftragsprofile haben, die sich gegen deutsche Interessen wenden?

Zeuge R. U.: Nicht an meiner Stelle. Noch mal: Ich bin für die Prüfung der Selektoren und die Filtermechanismen wie das Rauskommen nicht zuständig. Wenn solche Sachen, die Sie jetzt ansprechen, Herr Abgeordneter, hätten geschehen müssen, dann aus der Zentrale heraus; denn dorten war das Wissen, dadorten waren die Filter, nicht bei mir. Wir waren lediglich diejenigen, die Weisungen entgegennahmen und dann das aktiv oder inaktiv gestellt haben. Mehr haben wir da nicht getan.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Letzte Frage, noch mal zurückgehend auf die Akte, die ich Ihnen eben vorgehalten habe mit diesem Besuch der Datenschutzbefragten. Nur um das noch mal klarzustellen: Sie haben vor allen Dingen jetzt auf den Punkt abgestellt, dass man die Datenschutzbeauftragte nicht hintergangen hat, und das war eigentlich auch gar nicht meine Frage, und ist ja auch eine Selbstverständlichkeit. Aber die Frage, inwieweit eben Metadatenanalysen und -erhebungen und daraus gewonnene Rohdaten an die US-SUSLAG in großem Umfang weitergegeben wurden, das haben Sie bestätigt, ja? Und jetzt frage ich Sie: Erfolgte das ohne Selektoren?

Zeuge R. U.: Die Metadaten ohne Selektoren, aber natürlich auch gefiltert, auch wieder mit den von der Zentrale zur Verfügung gestellten Filtern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit einem G-10-Filter? Aber im Hinblick auf Frankreich, auf französische Interessen, auf Österreich oder so, da wurde nichts gefiltert, da hat man Rohdaten einfach weitergeleitet?

Zeuge R. U.: Ich kann Ihnen zu den Filtern leider - ich würde es gerne - - Ich kann Ihnen nichts sagen. Ich erstelle diese Filter nicht. Ich habe es vorher dem Herrn Vorsitzenden auch gesagt: Ich bin mir zu 100 Prozent sicher, dass natürlich G-10-gefiltert wird, aber darüber hinaus bestimmt auch noch deutlich mehr. Aber was genau gefiltert wird und was genau da drin steht, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das müssen Sie jetzt ganz genau sagen.

Zeuge R. U.: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Denn das ist eine sehr viel - - Also, bei G 10 wissen Sie es?

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und bei anderen europäischen Interessen wissen Sie es nicht?

Zeuge R. U.: Da weiß ich, dass über G 10 hinaus was gemacht wird, aber was genau eben nicht. Das ist nicht meine Zuständigkeit. Das ist in der Zentrale. Da kann ich Ihnen keine Auskunft geben, tut mir leid.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht deutsche Botschafter in Washington, die eine amerikanische Handynummer haben oder so?

Zeuge R. U.: Ich weiß es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann alles sein. Aber Sie wissen nicht, dass wir unsere europäischen Partner in irgendeiner Form bei diesen Metadatenerfassungen, die ohne Selektoren erfolgen, ausnehmen, systematisch aussortieren?

Zeuge R. U.: Ich kann Ihnen zu diesen Filtern nichts sagen. Ich erstelle die nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar.

Zeuge R. U.: Tut mir leid.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Herr Kollege Ströbele, Sie können direkt weitermachen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Eine Frage nur. Habe ich Sie richtig verstanden: Diese Kürzel - -

(RA Johannes Eisenberg:
Darf ich mal kurz sagen,
Herr Professor Sensburg,
dass der Zeuge nach der
Runde nicht weitermachen
wird heute?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe das super im Blick, und ich glaube, wir kriegen das genau hin. Aber ich habe es angenommen und bedanke mich schon mal, dass Sie so engagiert sind, will aber nicht mehr Zeit vergeuden, sondern Herrn Kollegen Ströbele das Wort lassen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut. Danke. - Herr Zeuge, habe ich Sie richtig verstanden, dass diese Kürzel, die uns zum Teil jetzt im *Spiegel* oder in anderen Publikationen vorgegeben sind oder - - die stimmen oder nicht stimmen, also wie zum Beispiel „diplo“, „bundesamt“ und „gov“, dass diese nicht von Ihnen ausgedacht wurden, auch nicht von Ihrem Mitarbeiter, sondern dass die Ihnen aus dem Amt vom Abteilungsleiter vorgegeben worden sind?

Zeuge R. U.: Aus der Zentrale. Ich kann mich wirklich nicht mehr an den Detaillierungsgrad erinnern; denn es war für mich, wie gesagt, ein Nebenvorgang.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie müssen doch wissen, ob Sie sich Gedanken gemacht haben: „Was geben wir da jetzt ein?“ oder so was.

Zeuge R. U.: Ich habe mir überhaupt keine Gedanken gemacht, sondern wir haben die Weisung von dem Unterabteilungsleiter ausgeführt, und der hat uns die Hinweise da gegeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die haben die Kürzel gesagt?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht mehr en détail.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Ich frage jetzt mal in die Runde: Gibt es noch Fragen?

(Martina Renner (DIE
LINKE): Eine einzige!)

- Eine einzige. Schafft das der Zeuge noch? - Ganz herzlichen Dank. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei der Satellitenerfassung, die Sie erwähnten, handelt es sich dabei auch um Satelliten, die von europäischen Konsortien oder Einzelbetreibern betrieben werden?

RD Philipp Wolff (BK): Das wäre etwas, was in eingestufte Sitzung - -

Martina Renner (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weitere Fragen der Fraktionen sehe ich an dieser Stelle nicht. Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, darf ich mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie heute zu uns gekommen sind. Sie sind als Zeuge dann für heute auch für den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Rest des Tages entlassen. Ich wünsche Ihnen gute Besserung, guten Heimweg. Ganz herzlichen Dank.

Jetzt habe ich von den Fraktionen gehört, dass wir mit dem Zeugen D. B. weitermachen wollen. Ist das richtig? Da müsste ich jetzt mal ein Bild aus allen Fraktionen kriegen. - Ich sehe einhelliges Nicken. Dann ist das Konsens, dass wir statt des Zeugen K. M. jetzt den Zeugen D. B. hören. Den werden wir jetzt bitten, schnellstmöglich zu uns in den Sitzungssaal zu kommen. Ich denke, das wird einige Minuten dauern, weil wir jetzt K. M. gebeten haben, sich bereitzuhalten. Aber aus der Zeugenvernehmung gerade von R. U. hat sich mehrmals der Hinweis auf D. B. ergeben, wenn ich das richtig sehe, aus Sicht der Fraktionen. Deswegen kann ich den Tausch nachvollziehen. Der erfordert natürlich einige Minuten jetzt, um den Zeugen D. B. auch in den Sitzungssaal zu führen. Ich unterbreche daher die Sitzung für erst mal zehn Minuten und hoffe, das reicht. Wir sehen uns also um 15.05 Uhr hier wieder.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
14.52 bis 15.19 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses fort. Ich darf begrüßen unseren nächsten Zeugen, Herrn D. B.

Vernehmung des Zeugen D. B.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr B., Sie haben die aktuelle Ladung am 3. Mai 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen daran vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge D. B.: Nein, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Herr Eisenberg, Sie haben sich bereits beim Zeugen zuvor vorgestellt. Darum braucht es jetzt keine erneute Vorstellung. Ich freue mich, dass Sie auch für den Zeugen D. B. dabei sind.

Vor Ihrer Anhörung, Herr D. B., habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die

Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also in eingestufte Sitzung dann die Vernehmung fortführen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge D. B.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz vorstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also nicht durch Fragen der Abgeordneten unterbrochen zu werden. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Herzlichen Dank. - Ich darf Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen, wobei in Ihrem Falle die Angabe Ihrer Initialen und Ihres Dienstsitzes genügt.

Zeuge D. B.: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mein Name ist D. B. Ich bin Oberst und 55 Jahre alt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich schließe aus dem Beruf Oberst: Sie sind Berufssoldat.

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen - ich hatte es ja gerade schon gesagt -, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung, zum Beweisthema, zu äußern. Möchten Sie dies?

Zeuge D. B.: Ja, ich möchte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann gebe ich Ihnen jetzt das Wort.

Zeuge D. B.: Ich bin seit dem Jahre 2000 beim Bundesnachrichtendienst. Ich habe zuvor Nachrichtentechnik studiert und war danach im technischen Bereich der fernmeldeelektronischen Aufklärung der Bundeswehr tätig.

Vor meiner Zeit beim BND war ich in meiner letzten Verwendung Referent im Bundesverteidigungsministerium und auch dort zuständig für Grundsatzangelegenheiten der fernmeldeelektronischen Aufklärung.

Beim Bundesnachrichtendienst im Jahr 2000 war ich zunächst Leiter einer Außenstelle zur Fernmelde Satelliten aufklärung, bevor ich später in das Führungsunterstützungsreferat des Abteilungsleiters Technische Aufklärung gewechselt bin. Dort wurde ich kurze Zeit später Referatsleiter.

Von 2008 bis 2011 war ich in der Abteilung Technische Entwicklung und dort zuständig für den Bereich Nachrichtentechnik.

Mitte 2011 wurde ich Unterabteilungsleiter für Nachrichtenbearbeitung, wiederum in der Abteilung Technische Aufklärung. Diese Unterabteilung war das Bindeglied der Abteilung zu den auswertenden Abteilungen. Sie setzte die Aufklärungsforderungen um, koordinierte die inhaltliche Meldeerstellung innerhalb der Abteilung und war federführend zuständig für Fachgespräche zu Aufklärungsergebnissen mit anderen ausländischen Partnern.

Aus meiner Sicht ist der Bundesnachrichtendienst ein wichtiger Dienstleister für die Bundesregierung. Und damit er das gut machen kann, benötigt er internationale Zusammenarbeit.

Nach meiner Ansicht gibt es im BND pflichtbewusste Mitarbeiter, die am Auftrag orientiert ihren Dienst versehen und dabei auch mit ausländischen Partnern effektiv zusammenarbeiten. Mir sind bislang keine Mitarbeiter bekannt geworden, die bei der Zusammenarbeit wesentlich und willentlich deutschen Interessen geschadet haben oder dies bewusst in Kauf genommen haben.

Vielen Dank. - Ich bin gespannt auf Ihre Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ganz kurz zu Ihrem technischen Hintergrund: Sie sind Berufssoldat. Sie haben eine militärische Karriere begonnen, haben auch bei der Bundeswehr studiert?

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In München?

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was haben Sie genau studiert?

Zeuge D. B.: Elektrotechnik/Nachrichtentechnik.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Elektrotechnik/Nachrichtentechnik. Sind dann nach dem Studium als Berufssoldat übernommen worden, denke ich mir. Oder waren Sie zwischen - -

Zeuge D. B.: Nein, das war das später.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war später. - Waren Sie zwischendrin zwischen Bundeswehr und BND noch mal woanders, also sprich: zum Beispiel bei einer privaten Firma? Waren Sie - -

Zeuge D. B.: Nein. Ich bin ja immer noch Soldat. Also, der BND war die Anschlussverwendung, wobei ich ja Soldat geblieben bin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hätte ja sein können, -

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dass Sie vor der Übernahme als Berufssoldat noch mal woanders waren - Wiedereinsteller; gibt ja alles.

Zeuge D. B.: Okay. - Nein, nicht der Fall.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Und Sie waren auch immer in Deutschland tätig und nicht abgeordnet zu ausländischen Dienststellen oder ausländischen Partnern?

Zeuge D. B.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Alles klar. - Sie haben kurz Ihren Werdegang im Bundesnachrichtendienst aufgezeigt. Wie würden Sie den Anteil der technischen Kompetenzen, die Sie einbringen können - Sie haben ja hinterher Führungsaufgaben gehabt -, bezeichnen? Würden Sie sagen, Sie sind noch auf dem technischen Stand der Dinge? Ich frage jetzt nicht, um eine Prüfung abzunehmen, sondern wenn wir Fragen hinterher stellen, dann möchte ich wissen, ob Sie über die aktuellen Dinge auch technisch versiert berichten können.

Zeuge D. B.: Also, mein Studium habe ich beendet Ende 1982. Das ist über 30 Jahre her. In der

Elektrotechnik hat sich so viel getan, dass ich nicht, ich sage mal, fachkompetent mit Ingenieuren in der Entwicklung mitreden kann. Ich kann grob die Zusammenhänge erkennen, wie das auch für eine Führungsperson im technischen Bereich notwendig ist. Aber in Detailfragen kann ich nicht mehr mitreden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber was ein Selektor ist, wissen Sie heute noch?

Zeuge D. B.: Was ein Selektor ist, weiß ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist schon mal gut. - Was ist denn das? Was ist denn ein Selektor?

Zeuge D. B.: Also, unter Selektor wird hier verstanden, ich sage mal, eine amerikanische Abart; ich will es mal so sagen. Wir beim Bundesnachrichtendienst haben Telekommunikationsmerkmale. Telekommunikationsmerkmal ist eine E-Mail-Adresse, eine Telefonnummer oder Ähnliches, also wo ich ein Telekommunikationsgerät oder einen entsprechenden Account erkennen kann. Die Amerikaner haben das auch. Die haben bloß zu manchen Telekommunikationsmerkmalen wie E-Mail-Adressen verschiedene Schreibweisen, sodass die Amerikaner zu einer deutschen E-Mail-Adresse oder einer E-Mail-Adresse, keine deutsche E-Mail-Adresse, acht unterschiedliche Schreibweisen haben. Und daher ist, ich sage mal, die Anzahl der Selektoren zu den Telekommunikationsmerkmalen so irgendwie um den Faktor 5 bis 20 erhöht. Deshalb, das wird wahrscheinlich dann auch in der Vernehmung - - werden wir immer aufpassen müssen, ob wir über Brutto- oder Nettozahlen reden, weil Selektorzahlen sind in aller Regel wesentlich höher als Telekommunikationsmerkmalzahlen. So kommt man leicht durcheinander, und ist auch für Außenstehende schwierig zu verstehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen fragte ich danach. Aber das habe ich jetzt verstanden, dass es zu einem Telekommunikationsmerkmal deutlich mehr Selektoren gibt. - Jetzt geht es ja um die Frage der Selektoren, die von ausländischen Nachrichtendiensten, speziell der NSA, dem BND zur Verfügung gestellt werden oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurden. Ist Ihnen bekannt, wie das abläuft? Wie kommt der BND an die Selektoren der NSA?

Zeuge D. B.: Im Grundsatz ist mir das bekannt, ja. Die Selektoren werden von der Dienststelle in Bad Aibling täglich, ich glaube: mehrfach, abgeholt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: Also, es sind mehrere Updates zu einem Gesamtpaket. Und man unterscheidet leitungsvermittelte, also Telefoniselektoren, und paketvermittelte, also Internetselektoren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und die werden abgeholt. Wissen Sie, wie die abgeholt werden?

Zeuge D. B.: Datenverarbeitungsmäßig werden die abgefragt bei einem Rechner irgendwo in Deutschland.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dieser Rechner, der gehört den Amerikanern?

Zeuge D. B.: Der gehört den Amerikanern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die stellen die ein, und man holt sie über eine sichere Datenleitung?

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber die Amerikaner haben Ihres Wissens keinen Zugriff auf ein deutsches System? Oder doch?

Zeuge D. B.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt holt Bad Aibling die ab. Was macht Bad Aibling damit?

Zeuge D. B.: Die sammeln die eine Woche lang und schicken die dann in die Zentrale zu einem Sachgebiet, die damit, mit den Selektoren, dann eine automatisierte Prüfung durchführen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: Und das Prüfergebnis wird dann wieder zurück an Bad Aibling übermittelt. Und Bad Aibling, abhängig vom Prüfergebnis, stellt dann diese Selektoren in die Erfassungssysteme ein oder stellt sie in die Ablehnungsliste ein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn die Zentrale die Selektoren bekommt, dann sagen Sie: Die werden automatisiert geprüft. - Ausschließlich automatisiert?

Zeuge D. B.: Im Wesentlichen. Es sind drei Prüfungen, und das Prüfergebnis muss noch mal manuell kontrolliert werden, weil es können False Positives auftreten. Ich mache mal ein Beispiel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte was? Habe ich akustisch nicht verstanden. Was positiv?

Zeuge D. B.: False Positives.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ja, das kann ich jetzt - -

Zeuge D. B.: Ich mache ein Beispiel, damit es alle verstehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gerne.

Zeuge D. B.: Wir machen eine Abfrage, ob am Anfang einer Ziffernfolge eine 49 steht, für die deutsche Landesvorwahl. Damit wirft er alle Selektoren, die eine 49 vorne stehen haben, raus. Jetzt gibt es aber sogenannte Gerätecodes für Mobilfunktelefone, fürs Handy. Die fangen manchmal auch mit 49 an. Die stehen aber für - - Ich sage mal, die ersten sechs Ziffern von dem Gerätecode stehen für Hersteller und Modell. Also, die haben mit Landesvorwahl überhaupt nichts zu tun. Die haben überhaupt nichts mit Land zu tun. Und wenn man so was entdeckt, sagt: „Der Selektor ist eigentlich dieser Gerätecode“ - oder IMEI, sagt man im Fachwortschatz - und sagt: „Da steht eine 49 drin“, dann guckt sich der Bearbeiter das an und sagt: Gibt es da noch ein anderes Kriterium bei dem Selektor? Ist da eine Erläuterung, warum die den rausgeschmissen haben? - Wenn das nicht der Fall ist, wenn da jetzt - was weiß ich? - drinsteht: „Terrorismus Pakistan, IMEI 49XXX“,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann sagt der: Mein automatisches System hat mir zwar einen Treffer angezeigt; das ist aber kein wirklicher; den dürfen die einstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Verstehe.

Zeuge D. B.: Aber das ist der einzigste manuelle Schritt, der im Normalfall vorkommt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Kann es denn mal umgekehrt auch sein, dass man eine Strecke im Blick hat, einen Selektor hätte, der einen deutschen Verkehr herauswirft, der dann ausgeleitet wird an die Amerikaner? Also, ich habe jetzt schon den Gesamtprozess betrachtet. Verstehen Sie meine Frage?

Zeuge D. B.: Nein, habe ich nicht verstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann mache ich es mal etwas detaillierter. Sie kriegen eine Selektorenliste. Da sind eine Vielzahl von Selektoren drin, die Sie auf G 10 filtern, die Selektoren. Also die +49, „de“ usw., die gehen automatisiert raus. Jetzt geht nicht raus alles andere. Und jetzt fahre ich mit einer SIM-Karte, die nicht +49 hat, nach Afghanistan und telefoniere da auf Deutsch. Wird das irgendwo noch rausgefiltert? Oder habe ich da Pech gehabt?

Zeuge D. B.: Also, die zweite - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sprich: der deutsche Soldat in Afghanistan, der aus irgendwelchen Gründen sich eine lokale Prepaidkarte besorgt.

Zeuge D. B.: Ich habe Ihre Frage verstanden. Ich überlege nur, wie ich es einfach erklären kann. - Die erste Stufe dieses Prüfprozesses ist tatsächlich die einfache 49- und andere, ich sage mal, „de“-Abfrage. Die zweite Stufe des Prozesses der automatisierten Prüfung ist der Vergleich mit einer G-10-Positivliste. In dieser G-10-Positivliste sind alle Deutschen drin, die bei uns mal aufgefallen waren, die aber über ausländische Telekommunikationsmerkmale verfügen. Und wenn Sie da drin wären, dann würde diese Nummer nicht gesteuert werden. Aber das ist natürlich,

ich sage mal - - Da sind zum Beispiel alle Dschihadisten drin, die nach § 3 G 10 gesteuert sind. Wenn die syrische Nummern haben, dann können die auch, obwohl sie Dschihadisten sind, nicht von den Amerikanern gesteuert werden. Sind aber auch deutsche Firmen oder deutsche Firmenniederlassungen im Ausland drin. Sind aber auch andere Personen, die irgendwann mal aufgefallen sind, zum Beispiel bekannte Auslandskorrespondenten, wenn man deren Nummer kannte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das würden Sie dann in dieser Liste sammeln und - -

Zeuge D. B.: Das ist G-10-Positiv- - Also alle, die da drin wären - das ist eine relativ umfangreiche Liste mit ein paar Tausend Nummern -, würden da rausfallen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Habe ich es einigermaßen hoffentlich verstanden.

Zeuge D. B.: Und dann gibt es natürlich noch, sagen wir mal - - An dem Selektor kann ich ja jetzt nicht mehr erkennen, außer - der Amerikaner schickt zu seinen Telefonnummern gewisse Erläuterungen dazu - wenn die Erläuterung mir Hinweis auf einen Deutschen gibt. Diese Erläuterung wird mit ausgewertet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie oft machen die Amerikaner das bei den Selektoren, dass sie Erläuterungen mitschicken?

RD Philipp Wolff (BK): Da bitte ich, das in geheimer Sitzung zu behandeln. Da geht es um konkrete Inhalte der Kooperation.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Jetzt gehen wir mal in der Zeit zurück. Die Kooperation, über die wir reden, die scheint ja so im Jahre 2002 begonnen zu haben. Da gibt es ja auch ein dementsprechendes MoA, über das wir immer reden. Und dann hat irgendwann der Austausch von Selektoren begonnen. Wissen Sie, wann?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Nicht genau. Ich denke, 2005, so in etwa, werden die ersten Telefonnummern übermittelt worden sein, und 2007 war so für Internetverkehre der erste Probetrieb für E-Mail.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: Aber ich war dafür nicht originär zuständig. Das kann ich nur ganz grob sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wissen Sie, ob es zu der Zeit schon eine Art Überprüfung der gelieferten Selektoren gab?

Zeuge D. B.: Ja. Die wurde manuell zu der Zeit durchgeführt -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: - oder in irgendwelchen Excel-Listen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: Ich sage mal, die Überprüfung war ja relativ einfach bei Telefonnummern. Dann prüfe ich nur die +49 oder gucke, ob die Nummer in der G-10-Positivliste enthalten war. Wurde zu Anfangszeiten von einem Mitarbeiter in Bad Aibling durchgeführt. Und die war noch händisch leistbar. Die Anzahl der Selektoren war auch wohl noch nicht so hoch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: Bei E-Mail war das so: Das war auch zu Anfang noch in Bad Aibling. Da wurde aber in dem Probetrieb jede einzelne Treffer-E-Mail, die aufgrund dieser Selektoren selektiert wurde, von diesem Mitarbeiter angeschaut. Und erst nachdem er sie angeschaut hat, ob eventuell Grundrechtsträger drin sind, und dieses positiv bescheiden konnte, dass das nicht der Fall ist, dann wurde sie weitergeleitet. Das führte natürlich zu einem Zeitverzug von ungefähr einem Werktag. Das hat auch bei den Amerikanern zu Verärgerung geführt, weil sie ihre Ergebnisse zeitversetzt bekamen. Da waren, glaube ich - - So 2007 reden wir so von bis zu mehreren Hundert E-Mails pro Tag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die geliefert - - Selektoren geliefert wurden und die dann - -

Zeuge D. B.: Selektoren weiß ich jetzt nicht, wie viele. Aber das waren schon die Treffer.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das waren dann die Treffer.

Zeuge D. B.: Die selektierten Verkehre aufgrund der E-Mail-Adressen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also im Endeffekt die Kommunikationsmerkmale, würden wir dann sagen? Oder?

Zeuge D. B.: Nein, das sind die Treffer.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder waren das schon die tatsächlichen Treffer - juristische, natürliche Personen?

Zeuge D. B.: Das sind die inhaltlichen Verkehre. Das heißt, die Merkmale plus der Inhalt, der übertragen wurde. Der Inhalt der E-Mail plus die From-to-Beziehung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also der Output?

Zeuge D. B.: Der Output.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so. Ich dachte, wir wären noch beim Input, beim Zusteuern der Selektoren. Okay.

Zeuge D. B.: Ja, ich sage mal, dadurch, dass man sagt: „Ich kann beim Input ja gar nicht so viel überprüfen“, und weil wir auch damals uns noch gar nicht so gut auskannten, haben wir gesagt: Wir ziehen die Sicherheitsschranke ein, und jedes Ergebnis wird überprüft, bis wir irgendwann feststellen: Wir haben nicht mehr ein Ergebnis, das wir rausschmeißen müssen. Dann sind wir sicher, dass wir alles richtig gemacht haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also da haben Sie sich dann auch noch mal die Tref-ferergebnisse angeschaut, ob da deutsche Inhalte drin sind?

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie nur nach deutschen Inhalten geschaut?

Zeuge D. B.: Ich habe das persönlich nie gemacht. Das ist in Bad Aibling gemacht worden. Ich denke - ich kann nur spekulieren -, es wurde auf jeden Fall auf G 10, also Deutsche bzw. Grundrechtsträger, geprüft. Weitere Prüfungen wurden im Allgemeinen nicht gemacht. Es ist aber ja damals aufgefallen EADS und Eurocopter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir reden jetzt - -

Zeuge D. B.: Also, das heißt, da ist natürlich der Mitarbeiter im gehobenen Dienst, Mit-, Sachbearbeiter, mit gesundem Menschenverstand da drangegangen. So erkläre ich mir das. Und der hat das dann festgestellt und hat gesagt: Das ist zwar nicht -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: G 10.

Zeuge D. B.: - im Sinne des G 10 geschützt, aber das ist eine multinationale Firma mit erheblichem deutschen Anteil. Das kann man ja nicht so einfach weitergeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wir reden jetzt also über den Zeitraum bis 2008? Richtig?

Zeuge D. B.: Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir reden jetzt über den Zeitraum bis 2008?

Zeuge D. B.: Ja, 2007, und dann 2008 war ja schon alles zu Ende, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt „alles zu Ende“?

Zeuge D. B.: Mit, ich sage mal, Kabel war - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung; jetzt habe ich es akustisch nicht verstanden.

Zeuge D. B.: Kabel. Kabel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mit Kabel. Okay. - Und mit Satellit? Satellitenerfassung?

Zeuge D. B.: Die ging wohl weiter - wobei ich jetzt sagen muss: Ende 2007 habe ich die Abteilung verlassen. Über diesen Zeitraum Ende 2007 bis Mitte 2011 kann ich nicht berichten - höchstens aus Akten, die ich später gelesen habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal schauen. Sagen Sie noch mal, im Zeitraum 2008 bis 2011 waren Sie wo?

Zeuge D. B.: Ja, Ende 2007, November 2007, habe ich eine Projektgruppe übernommen und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil wenn ich es mir richtig aufgeschrieben habe, haben Sie doch eben gesagt, Abteilung TA, Nachrichtensbearbeitung waren Sie in dem Zeitraum.

Zeuge D. B.: Ja, ab 2011.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Von 2008 bis 2011, hatte ich mir - -

Zeuge D. B.: 2008 bis 11 war technische Entwicklung, Nachrichtentechnik. Da habe ich technische Geräte entwickelt oder entwickeln lassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: Also habe ich mit dem Aufklärungsbetrieb im eigentlichen Sinne nichts zu tun gehabt, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: - sondern nur mit der Beschaffung der notwendigen Geräte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und 2011 sind Sie dann aber wieder in die Abteilung TA gekommen -

Zeuge D. B.: So ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und sind Unterabteilungsleiter Nachrichtendienst Bearbeitung geworden.

Zeuge D. B.: Nachrichtenbearbeitung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nachrichtenbearbeitung; Entschuldigung, ja. So habe ich es mir nämlich auch aufgeschrieben. - Dann gehen wir ins Jahr 2011. Bei der Satellitenerfassung, da sind die Selektoren erst mal auf G 10 geprüft worden, in Pullach. Richtig?

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bad Aibling hat sie abgeholt. Bad Aibling hat sie nach Pullach geschickt. Pullach hat sie auf G 10 geprüft und hat sie dann gegebenenfalls auch noch händisch geprüft. Wenn man zum Beispiel auf einer Liste bestimmte Sachen stehen hatte, dann hat man die auch entweder drauf- oder runtergenommen?

Zeuge D. B.: Verstehe ich jetzt nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder nur eine automatisierte Prüfung?

Zeuge D. B.: Also, die lief - - Die Prüfung lief in drei Stufen ab. Die erste war eine allgemeine G-10-Erkennung, die zweite war die G-10-Positivliste, und die dritte Stufe, die hieß so „Stufe auf deutsche Interessen“. Da standen zum Beispiel deutsche Firmennamen - -

RD Philipp Wolff (BK): Wenn es jetzt hier um Details geht, dann bitte nur in eingestufte Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

RD Philipp Wolff (BK): Also, die drei Stufen an sich, das haben wir auch schon in öffentlicher Sitzung gehabt. Aber die Details, wie das in den

Stufen geprüft wird, bitte in eingestufte Sitzung, weil das nachrichtendienstliche Methodik ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Rausgefiltert wurden aber nicht Selektoren, die eine andere Endung hatten außer „de“ und nicht punktuell im deutschen Interesse waren? Also sonstige europäische Selektoren blieben erst mal grundsätzlich drin?

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann kamen die Selektoren von Pullach zurück. Und dann musste sie jemand in Bad Aibling scharfstellen, nenne ich das jetzt mal, damit wir nicht in Details kommen. Dann haben die Selektoren auf den Strecken, die Sie über die Satellitenerfassung eingestellt hatten, Treffer erzeugt. Die Strecken, die Sie von den Satelliten abgegriffen haben, waren in der Regel Länder wie Afghanistan. Sie können ja nicht gänzlich den Satelliten auf den ganzen Globus richten. Wie oft kam es denn da vor, dass da noch G-10-Verkehre mit drin waren, nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge D. B.: Das kann ich nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ist Ihnen da nichts bekannt? Oder können Sie es nicht sagen, weil es sonst geheim ist?

Zeuge D. B.: „Nichts bekannt“ kann ich nicht sagen. Ich weiß, dass - - Es tauchen im Prinzip immer mal Verkehre G 10 auf, weil der Deutsche kann sich im Ausland aufhalten, und insofern wird er im Krisengebiet erfasst. Wenn es eine Strecke ist, die ihn - - Wo er aus dem Krisenland telefoniert, kann er ja auch mal einen Deutschen anrufen. Also, es ist grundsätzlich - - Es ist unwahrscheinlich, wenn man auf diesen Strecken - - hat, aber es ist nicht auszuschließen. Man muss es filtern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar. - Also wenn ich da auf Besuch in Afghanistan bin und telefoniere dann von einem Festnetz dort, um meinen Termin abzusagen, weil ich zu spät dran bin, kann es mir passieren, dass ich mit in die Erfassung komme, weil ich halt nicht von



Nur zur dienstlichen Verwendung

meinem deutschen Handy in Afghanistan anrufe, sondern von einem dortigen Festnetz, das zufällig da gerade steht.

(Der Zeuge nickt)

Würde noch jemand merken, weil ich ja nur auf Deutsch da spreche, dass das ein deutscher Telefonteilnehmer dann ist? Oder würde das automatisiert dann rausgeleitet, dieser erfasste Verkehr?

Zeuge D. B.: Also, zunächst kann ich ja technisch nur anhand, ich sage mal, der formellen Merkmale prüfen. Wenn Sie nach Deutschland angerufen haben, dann fliegt der Telefonanruf raus, weil der zweite Kommunikationsteilnehmer ein Deutscher war. Haben Sie jetzt, ich sage mal, in Afghanistan angerufen: Wenn ich in den Verkehr nicht reinhöre - - Wir haben keine automatische Spracherkennung. - Aber dann kommen wir schon wieder in die Methodik jetzt rein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber ich müsste doch, wenn ich es richtig sehe - -

Zeuge D. B.: Es ist formell nicht erkennbar. Es ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Darauf will ich hinaus. Ich müsste doch von einem Telefon anrufen, das vorher als Selektor eingesteuert wurde, oder nicht?

Zeuge D. B.: Auch das ist richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ja der Knackpunkt.

Zeuge D. B.: Ja, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nicht, wenn ich in Afghanistan von irgendeinem Telefon anrufe, dann werde ich rausgeleitet, sondern ich müsste von einem Telefon anrufen, das vorher als Selektor eingesteuert worden ist, das kein G-10-relevantes Telefon ist und das auch nicht in deutschem Interesse ist. Und wenn ich dann auf Deutsch da spreche, dann bin ich gekniffen? Richtig? Um es mal flapsig zu sagen.

Zeuge D. B.: Ja, richtig, wenn Sie von einem bekannten Selektor, der unter irgendeinem Verdacht steht, in Terrorismus verwickelt zu sein, oder zu den Aufständischen gehört - - ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Davon gibt es ja zwar ein paar. Wenn ich das richtig sehe, ist die Zahl der Selektoren nicht besonders klein. Aber ich müsste zumindest so einen erst mal erwischen. Okay. - Jetzt haben Sie gesagt, bei den Selektoren werden erst mal nur die G 10 entsprechenden und die im deutschen Interesse rausgenommen, also die deutsche Firma in Afghanistan, auch wenn sie eine dortige Kennung hat. Alle europäischen werden erst mal nicht betrachtet. Also spricht: Wenn amerikanische Partner spanische, portugiesische, griechische, französische irgendwas zuliefern würden an Selektoren, wären die erst mal in der Datei auf aktiv geschaltet und könnten einen dementsprechenden Verkehr auch produzieren, der dann ausgeleitet würde. Richtig?

Zeuge D. B.: So war das grundsätzlich, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das hieße aber, dass derjenige mit der spanischen, portugiesischen Mobilnummer nach Afghanistan fahren müsste und von dort anrufen würde.

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das betrifft erst mal grundsätzlich, nur bei der satelliten-erfassten Kommunikation, nicht den Spanier, der mit seinem spanischen Handy in Madrid telefoniert. Oder den auch?

Zeuge D. B.: Es könnte natürlich einer auch aus dem Krisengebiet den Mann in Madrid anrufen, dass die Verbindung da drüber zustande kommt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha. Das ist ja interessant.

Zeuge D. B.: Es muss ja - - Ein Teilnehmer muss in der Krisenregion sein. Und ich sage mal: Es gibt unterschiedliche Strecken. Es gibt Inlandsstrecken. Wir nehmen jetzt mal irgendein unverfängliches Land: Südafrika - Südafrika. Da



Nur zur dienstlichen Verwendung

kommt der Spanier nie rein. Es gibt aber gewisse Länder, da wird - - dann ist das die Auslandsverbindung - was weiß ich? -: Irak in ganze Welt. Und wenn ich dann aus dem Irak nach Spanien - - kommt auch dieser Verkehr über diese Satellitenstrecke oder kann da drüber kommen, ist nicht auszuschließen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also nicht, dass sich irgendwer wundert: Ich frage jetzt auch nach irgendwelchen Ländern, probiere, nicht die zu nehmen, die ständig in der Zeitung stehen.

Zeuge D. B.: Nein, ich nehme auch irgendwelche.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also wenn aus dem Land X in Europa ein Selektor eingesteuert wäre und ein Anruf aus einem Erfassungsland, wo Sie die Strecken raus entnehmen, würde auf diesen Selektor anrufen, dann würde er ausgeworfen, und dieser Verkehr würde ausgeleitet?

Zeuge D. B.: Wenn es eine Strecke ist, die tatsächlich nicht zu einem anderen, ganz konkreten anderen Land ist oder eine innerländische Verbindung, sondern eine Verbindung dieses Landes nach international.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn wir jetzt mal weiter gucken in der Zeit: Sind denn zu irgendeinem Zeitpunkt bis heute grundsätzlich europäische Selektoren rausgenommen worden? Gab es da nach Ihrer Erkenntnis irgendeinen Zeitpunkt, wo man gesagt hat: „Jetzt müssen wir die ganzen ‚pl‘, ‚fr‘ usw. auch rausnehmen“?

Zeuge D. B.: Ja, da habe ich im August 2013 eine Analyse veranlasst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was haben Sie da veranlasst?

Zeuge D. B.: Eine Analyse oder eine Erhebung, eine Kontrolle des gesamten Selektorprofils veranlasst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Im August 13. Wissen Sie da den Tag?

Zeuge D. B.: Das war Anfang August.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war Anfang August. Jetzt - - Also wenn Sie es nicht wissen, müssen Sie es nicht. Und wenn Sie es wissen, ist es schön.

Zeuge D. B.: Weiß ich nicht ganz genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Da haben Sie „das gesamte Selektorprofil“ gesagt gerade. Das ist ja die ganz große Summe. Brauchen wir jetzt keine konkreten Zahlen nennen, wenn ich das richtig sehe. Aber das ist die ganz große Summe, nicht?

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Geht das so schnell? Macht man das mit automatisiert, wie ich das aus dem Internet kenne, oder sonst mit „String F“, oder wie geht das?

Zeuge D. B.: Nein, ich habe da einen technischen Referenten mit beauftragt, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: - und der hat mit der Gesamtprüfung letztendlich mehrere Wochen gebraucht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: Das erste Ergebnis - - Also zunächst mal musste man sich dieses Profil holen aus Bad Aibling.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das holt man dann, indem man die Daten irgendwie mit einer sicheren Datenleitung rüberkriegt?

Zeuge D. B.: So ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil es wurden ja bis jetzt immer nur die Neulieferungen - - Das kann ich mir vorstellen; das huscht. Aber so ein ganzes Pfund an Daten muss man erst mal rüberkriegern. Und das ist ja auch sensibel. Das will man ja auch nicht verlieren unterwegs in der Datenleitung, nicht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Ich muss noch was ergänzen. Zusätzlich zu den wöchentlichen Überprüfungen ist in diesem Zeitraum alle drei Monate eine Gesamtüberprüfung des Profils gemacht worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das aber in Bad Aibling? Oder in Pullach?

Zeuge D. B.: In Pullach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also da musste sowieso schon - - Also Sie hatten Erfahrung damit?

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: Und dieser technische Referent hat sich jetzt - - hat von mir den Auftrag bekommen, dieses nach Kommunikationsdiensten zu untersuchen und nach, ich sage mal, Länderkennungen, Interessenschwerpunkten, geografisch.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will den Zeugen nur darauf aufmerksam machen: Bitte zu Einzelheiten der Prüfung, zum Ergebnis der Prüfung nur in eingestufter Sitzung. Das sind geheimhaltungsbedürftige Sachverhalte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie sind Sie zu diesem Zeitpunkt darauf gekommen, so was zu veranlassen? Was hat Sie dazu bewogen, diese Entscheidung zu treffen?

Zeuge D. B.: Ganz genau weiß ich es nicht. Ich könnte mir vorstellen: Kurz zuvor war ja die Veröffentlichung bezüglich der 500 Millionen Metadaten, die angeblich ja Deutschen gehörten und die übermittelt wurden. Und das hat uns viel Zeit gekostet, das zu analysieren und letztendlich auszuräumen. Was ich gesagt habe: Was haben wir denn noch an Sachen da, was man mal untersuchen müsste oder erheben müsste, was verbirgt sich denn dahinter? Wenn dann einer fragt, dass wir da auch schnell antworten können; denn die Fragen müssen ja immer sehr schnell beantwortet werden. - Aber ich habe keinen konkreten Verdacht oder Anlass gehabt, dass ich gesagt habe: „Da müsste ich mal hingucken“ oder „Da wird

ganz bestimmt was Schlimmes drin sein“ oder Ähnliches.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie hatten nicht die Sorge, dass in diesem gesamten Pool G-10-relevante Selektoren noch drinstecken könnten oder dass Selektoren, die im deutschen Interesse sind - zwar nicht auf „de“ enden, aber trotzdem im deutschen Interesse sind -, noch drinstecken? Da hatten Sie nicht die Sorge?

Zeuge D. B.: Nein, überhaupt nicht, weil, ich sage mal, diese G-10-Prüfung, das war ja ein über Jahre ausgereiftes Verfahren, was auch durch ein juristisches Sachgebiet und später ein juristisches Referat kontrolliert wurde in allen Facetten. Es wurden jährliche Aufsichtsbesuche in den Dienststellen gemacht, auch in Bad Aibling. Und die Mitarbeiter in Aibling, sowohl die deutschen als auch die amerikanischen, wurden darüber belehrt. Also das war - - Da habe ich gesagt: Das ist zu 99,9999 Prozent sicher.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: Überhaupt kein Verdacht in die Richtung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und waren Sie dann erschrocken, dass dann doch was anderes rauskam als die 99,999 Prozent?

Zeuge D. B.: Bei der Analyse, die ich durchgeführt habe, sind keine Deutschen rausgekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt muss ich mal fragen: Sind denn dann im Verhältnis Gesamtpool die Dinge, die ohnehin schon rausgenommen waren, und zu dem, was Sie im August 2013 noch gefunden haben - - Ist denn da noch was dazugekommen? Oder ist da gar nichts dazugekommen? Weil ich hatte es jetzt so irgendwie wahrgenommen, dass aufgrund Ihrer Prüfung doch noch einiges an Selektoren herausgenommen worden ist.

Zeuge D. B.: Aufgrund des Ergebnisses. Aber keine Deutschen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Keine Deutschen.

RD Philipp Wolff (BK): Ich bitte den Zeuge noch mal zum Ergebnis der Prüfung wirklich - - dass wir das in geheimer Sitzung besprechen, wenn es - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Keine Deutschen. Ich will jetzt auch gar nicht - - Aber im deutschen Interesse liegende?

Zeuge D. B.: Darf ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, fragen Sie; na klar.

(Der Zeuge begibt sich zum Platz von RD Philipp Wolff (BK) und berät sich mit diesem)

Zeuge D. B.: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Aber in deutschem Interesse liegende Selektoren? Also keine Deutschen, hatten Sie gesagt, und dann hatte ich gefragt: Aber dann sind Selektoren, die im deutschen Interesse liegen, rausgenommen worden?

Zeuge D. B.: Nichtöffentliche Sitzung. Also das wird jetzt dann schon - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also aus irgendeinem Grund - - Wie gesagt, ich will jetzt gar keine Details wissen. Aber aus irgendeinem Grund muss man ja was rausgenommen haben. Sie haben ja nicht, sagen wir mal, jeden Sechsten rausgenommen oder jeden Zwölften, weil das eine runde Zahl ist.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber das kann man ja in
nichtöffentlicher Sitzung
beantworten!)

- Okay. Dann spare ich mir die Frage, was denn da das deutsche Interesse war, auch für die nicht-öffentliche Sitzung auf.

Dieser Pool der Selektoren, die Sie rausgenommen haben, haben Sie den - - Wie ist das vonstattegegangen? Sie haben die Gesamtmasse - - Also, ich rede jetzt so etwas verklausuliert, um nicht in Details zu kommen. Ich würde sonst anders sprechen. Also nicht, dass sich alle wundern: Warum redet der von Masse und so was? - Also diese Gesamtmasse, da gibt es einen Bereich, wo man sagt: Die wollen wir nicht dabei haben und nicht erfasst kriegen. - Beide Bereiche sind dynamisch - richtig? -, weil es kommen ja neue Selektoren dazu, wenn ich es verstehe. Es werden auch welche ausgeschieden. Zum Beispiel wirft mal einer seine SIM-Karte weg. Dann muss das ja irgendwann mal raus. Oder wurden die nur immer mehr, beide Bereiche? Oder gab es da ein Kommen und Gehen von Selektoren? Oder kann man das auch nicht sagen?

Zeuge D. B.: Also, grundsätzlich bei den Selektoren war ein Kommen und ein Gehen. Es kamen neue dazu, und es wurden alte gelöscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In Pullach?

Zeuge D. B.: In - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und auch schon beim - -

Zeuge D. B.: Ja, auch schon, ich sage mal, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Von amerikanischer Seite?

Zeuge D. B.: - von der amerikanischen Seite. - Diese Sonderprüfung im August 2013 war ja eine Einzelprüfung auf einem Bestand zu einer Zeit, die ein konkretes Ergebnis hatte, das dann auch zu einer konkreten Folge führte, die ich ja nicht-öffentlich erklären könnte, hatte dann aber, ich sage mal, keinen weiteren Bezug mehr zu mir und zu dem Referenten, der diese Spezialprüfung gemacht hatte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie haben es beauftragt. Und das Ergebnis haben auch Sie gekriegt? Oder hat der Referent das für sich behalten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Nein, das hat er mir vorgelegt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und Sie haben es dann - -

Zeuge D. B.: Ich habe dann mit dem Dienststellenleiter Bad Aibling gesprochen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: - habe ihn über das Ergebnis informiert, habe ihm das auch geschickt, habe auch noch andere informiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Erst mal den Dienststellenleiter Bad Aibling. Der war ja gerade bei uns. Dem haben Sie wahrscheinlich gesagt: Die haben wir gefunden; nehmt die auch noch raus.

Zeuge D. B.: Ich habe ihm gesagt, was da drin ist, habe ihm gesagt, dass ich das als kritisch empfinde, und habe ihm gesagt, was er sonst noch machen soll, habe ihm aber nicht gesagt, er soll es löschen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kein Problem. - Was soll er denn sonst noch machen?

Zeuge D. B.: Das würde ich dann gerne in nicht-öffentlicher Sitzung erklären.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, ich würde mir jetzt erklären, wenn die Dinge auch nicht da reingehören, und ich kriege so eine Sache, würde ich sagen: Wie in der bisherigen Prüfung gehören die eben auch noch dazu. Die sollen eben nicht aktiv sein. - So hätte ich das jetzt mal laienhaft ausgedrückt. So ungefähr, oder?

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So. Wenn er das dann auch gemacht hat, ist der Teil für mich im grünen Bereich. - Wem haben Sie es noch gesagt? Sie haben gesagt, Sie haben es noch anderen gesagt.

Zeuge D. B.: Dem Referatsleiter T2A, also der für die automatisierte Prüfung zuständig war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge D. B.: Dem UAL T1, der der direkte Vorgesetzte von Bad Aibling ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Punkt?

Zeuge D. B.: Punkt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Punkt.

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann waren auch der UAL T1 insbesondere, aber auch Sie, weil Sie ja auch Erfahrung hatten im Sinne von „Das läuft 99,999 Prozent“, der Meinung: „Jetzt sind wir auf grüner Seite“?

Zeuge D. B.: Nein, das müsste ich Ihnen in nicht-öffentlicher Sitzung erklären.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: Da muss man ein paar Ergebnisse wissen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, okay.

Zeuge D. B.: Sonst ist das zu abstrakt und unverständlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kein Problem. Akzeptiere ich völlig. Ich will nicht komplexe Sachverhalte vereinfachen, wo es nicht geht. Wo es geht, immer gerne. - Haben Sie denn dem AL 6 gemeldet, dass hier Dinge nachträglich noch nach Bad Aibling zum, ich sage jetzt mal, grob gesprochen, Nichtaktivsein gemeldet worden sind?

Zeuge D. B.: Ich habe keine Vorgesetzten darüber informiert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gut.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Ja, sehr gut! - Heiter-
keit bei der LINKEN und
beim BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

- Nein. Es gibt da nichts zu lachen. Das ist ja eine Gesamtbewertung. Und ich freue mich, wenn der Zeuge wahrheitsgemäß aussagt.

(RA Johannes Eisenberg: Er
könnte ja auch gar nichts
sagen!)

Das ist keine leichte Situation, weil viele Sachen ja auch lange zurück sind. Und das werden wir dementsprechend ja auch in der Gesamtschau der gesamten Zeugen bewerten.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Ist das schon eine
Bewertung der Aussage,
Herr Vorsitzender?)

- Nein, das war eine Kritik am Lachen, um es ganz deutlich zu sagen.

(RA Johannes Eisenberg:
Genau! Berechtigte Kritik!)

Ich möchte noch mal zu den unterschiedlichen Listen kommen, wenn ich das richtig sehe. Wir reden immer von Listen. Handelt es sich nicht vielmehr um Dateien oder eine Datei? Ich will jetzt auch nicht - sonst geben Sie ein Signal - zu viel Technisches verraten. Nur, es wird sich immer so vorgestellt, da wären so Papierlisten im Raum. Also, Sie führen keine Papierlisten, oder? Grundsätzlich.

Zeuge D. B.: Grundsätzlich - -

Christian Flisek (SPD): Ich hätte eine Zwischenfrage, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte.

Christian Flisek (SPD): Gerade hatten Sie ja gefragt, und er hat gesagt, er hat es nicht weitergegeben. Wollen Sie nicht mal nachfragen jetzt - das würde, glaube ich, alle brennend interessieren -, warum das der Fall war?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein.

(Lachen bei der SPD, der
LINKEN und dem BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht kommt die Frage ja gleich, wenn ich noch ein paar andere Sachen gestellt habe, weil dann die Antwort vielleicht etwas klarer wird.

(Zuruf: Ist das nicht nicht-
öffentlich?)

Jeder hat ja so sein Fragekonzept.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Ja, in der Tat!)

Die Dateien, die vorliegen, sind nicht auf Papierlisten, sondern sind in einer digitalen Datei. Also Sie drucken nicht, sagen wir mal, Listen aus? Grundsätzlich?

Zeuge D. B.: Die Dateien, die jede Woche zur Prüfung kommen, oder auch diese, wenn ich gesagt habe, Gesamtliste, lag nur elektronisch vor und ist wahrscheinlich in einer Datenbank gespeichert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So habe ich mir das auch vorgestellt.

Zeuge D. B.: Das Ergebnis meiner Prüfkation im August 2013 war allerdings ein Ausdruck, den ich auf meinem Schreibtisch hatte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Der liegt auch jetzt noch auf Ihrem Schreibtisch?

Zeuge D. B.: Nein, der ist - - Damals habe ich den an die entsprechende Stelle geschickt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die war die Bad Aiblinger Stelle, oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Das war die Bad Aiblinger Stelle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also der prüfende Techniker, den Sie beauftragt haben, hat diese Liste erstellt, hat sie quasi in Papier erstellt dann hinterher. Irgendwie muss sie mal als Datei da gewesen sein, dass man sie dann ausdrucken konnte. Er hat sie Ihnen gegeben. Sie haben Sie sich angeschaut, haben gesagt: „Oh“, und haben sie dann nach Bad Aibling weitergeleitet an den Zeugen, der vorher da war, mit entsprechenden Maßgaben, die er treffen soll, die Sie uns dann in eingestufter Sitzung sagen?

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und da gibt es einen Ausdruck von. Punkt! Oder gibt es da - - Ist der mehrmals kopiert worden? Oder haben Sie das per Fax geschickt? Per Post?

Zeuge D. B.: Per Post. Ist persönlich übertragen worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Per Boten?

Zeuge D. B.: Per Boten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und Sie haben sich keine Kopie gezogen?

Zeuge D. B.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie alles aus den Händen gegeben?

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: Ja, wenn ich das ja hätte wieder haben wollen: Die Datei war ja zu dem Zeitpunkt bei meinem technischen Referenten da. Da hätte man ja - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hätte man noch mal neu ausdrucken können?

Zeuge D. B.: Hätte man beliebig ausdrucken können, kopieren können.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wie man es jetzt auch gemacht hat!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Also von daher sagen Sie, Sie haben diesen Ausdruck nur dem Zeugen, der vorher da war, zugeleitet, haben es im Grunde trotz der Relevanz, die Sie erkannt haben, nicht nach oben gemeldet.

(RA Johannes Eisenberg:
„Trotz der Relevanz“ hat er nicht gesagt!)

So habe ich Sie eben richtig - -

Zeuge D. B.: „Trotz der Relevanz“ habe ich nicht gesagt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, das habe ich gesagt. Weil Sie haben ja eben gesagt, dass Sie da - -

(RA Johannes Eisenberg: Er hat es nicht nach oben gemeldet!)

Zeuge D. B.: Ich habe es nicht nach oben gemeldet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte?

Zeuge D. B.: Ich habe es nicht nach oben gemeldet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: Ich habe Handlungsbedarf gesehen, aber nicht eine Relevanz, dass ich es hätte nach oben melden müssen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum eigentlich nicht?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge D. B.: Also, ich kann das nachher noch in nichtöffentlicher Sitzung - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

RA Johannes Eisenberg: Also, der Zeuge, der macht insoweit von einem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie sagen - - Können Sie den Grund sagen? Es gibt ja - - Ich habe ja eben eine ganze Bandbreite von Zeugnisverweigerungsrechten vorgestellt.

RA Johannes Eisenberg: Ich glaube, da gibt es eine Norm im § 21 oder 22 -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: PUAG, Absatz 2, der verweist - -

RA Johannes Eisenberg: - im Parlamentarischen Untersuchungsausschussgesetz. Das ist ein - - Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der verweist, genau. Jetzt, also mich interessiert, ob es - -

RA Johannes Eisenberg: Ich bin mir gar nicht sicher, ob der verweist. Aber das wäre dann entsprechend § 55 Strafprozessordnung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also mir geht es nur darum: weil er sich selbst nicht belasten möchte oder einen Familienangehörigen oder Verwandten. Sich selbst?

RA Johannes Eisenberg: Ich glaube, wir sehen da keine Familienangehörigen.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Besser, man fragt. Man hat schon komische Sachen erlebt. Okay. - Wann ist Ihnen bekannt geworden, dass auch noch übergeordnete Ebenen von diesem Sachverhalt Kenntnis erlangt haben?

Zeuge D. B.: Im März 2015.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im März 2015. - Wie ist Ihnen das bekannt geworden?

Zeuge D. B.: Ich wurde zu einer Besprechung nach Berlin zur Leitung und anschließend Besprechung im Bundeskanzleramt aufgrund der Vorlagen zum Beweisbeschluss - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wissen Sie noch, wann das war im März?

(RA Johannes Eisenberg:
Darf ich mal?)

- Ja.

RA Johannes Eisenberg: Da geht es ja unter anderem um die Untersuchung der Gründe dafür, warum der Zeuge seinerzeit entschieden hat, keinen Unterrichtsbedarf gesehen zu haben. Das ist daher auch von diesem Auskunftsverweigerungsrecht umfasst. Und deswegen macht der Zeuge auch dazu, jedenfalls derzeit, keine weiteren Angaben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Inhaltlich zu dem Treffen bin ich da auch Ihrer Meinung. Bezüglich des Termins: Warum sehen Sie da einen Bezug zu diesem Zeugnisverweigerungsrecht? Ich hatte ja nur nach dem Tag gefragt.

RA Johannes Eisenberg: Das hätte ja möglicherweise die Tatsache - - Wenn es so ein Gespräch gegeben haben könnte, könnte das etwas mit der Vorsatzlage des Zeugen zu tun haben. Und deswegen, meine ich, muss er sich - - Er muss ja ohnehin überhaupt nichts dazu sagen. Er hat ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht zu dem Thema.

(Martina Renner (DIE
LINKE): Warum ist er dann
hier?)

Dass er überhaupt was sagt, ist ja schon ein Entgegenkommen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Das ist sehr nett! Das
wirft natürlich ein schlech-
tes Licht auf das Bundes-
kanzleramt jetzt!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Nein, nein.

RA Johannes Eisenberg: Wieso denn das? Solange es diese Norm im PUAG gibt, ist es doch ein selbstverständliches Recht eines Zeugen, davon - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Klar!)

Der Zeuge hat doch deutlich gesagt, dass er seinerzeit keinen Anlass gesehen hat, irgendjemand zu informieren. Damit wissen Sie doch jedenfalls die Verantwortungszuständigkeiten. Die übernimmt er doch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. So weit alles verstanden. - Ich komme jetzt noch einmal zurück auf die kontinuierlichen Überprüfungen alle drei Monate.

(Unruhe bei der LINKEN
und dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

- Wollen wir uns mal alle wieder beruhigen. Dann bin ich auch gleich mit meinen Fragen durch. - Das, was regelmäßig gemacht worden ist, als die Gesamtmenge der Daten nach Pullach transferiert wurde und man einen Check machte - alle drei Monate, wenn ich es richtig erinnere, hatten Sie gesagt: Wurde da im Grunde eine gleiche Prüfung durchgeführt, wie Sie sie 2013 angeordnet haben?

Zeuge D. B.: Nein, es wurde mit dem Prüfverfahren - grundsätzlich - dieser Stufen gemacht. Bloß: Das Prüfverfahren konnte ja Kriterienänderungen produzieren. Zum Beispiel konnten neue Personen auf die G-10-Positivliste kommen oder andere weg, sodass man das Gesamtprofil auch wieder gegen die neuesten Kriterien - - Denn ansonsten hätte man ja immer nur die wöchentlichen Aktualisierungen gegen das Gesamtprofil gefahren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und was war dann so anders im August 2013? Keine Details,

aber das Prinzip. Was haben Sie dann so anders veranlasst?

Zeuge D. B.: Ich habe zunächst einen ganz anderen Ansatz gefahren, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge D. B.: - habe gesagt: Die Prüfung soll danach erfolgen, welche Kommunikationsdienste umfasst sind und welche geografische Ausrichtung. - Hatte also - -

RD Philipp Wolff (BK): Der Zeuge kann dazu in eingestufte Sitzung umfassend Auskunft erteilen; wahrscheinlich nicht zu den Inhalten der Listen - das ist klar -, aber zu dem, was im August 2013 passiert ist. Davon gehe ich aus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

RD Philipp Wolff (BK): Ich glaube, das ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann wäre ich so weit mit den Fragen durch und denke, an den Stellen werden die Fraktionen sicherlich anknüpfen. Und wir beginnen in der ersten Fragerunde mit der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner beginnt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Ich würde auch in der Zeit noch mal ein bisschen zurückgehen. Sie sprachen ja zu dem Vorgang EADS/Eurocopter, dass es da irgendwann sozusagen einen Erkenntniszuwachs gegeben hat im BND zu diesen Suchprofilen, und sagten dann in dem Zusammenhang, aber dann sei ja 2008 das mit dem Kabel zu Ende gegangen. Inwieweit steht denn das Entdecken dieser Suchprofile EADS und Eurocopter in der sozusagen NSA-Selektorenliste mit Kabelerfassung in Zusammenhang?

Zeuge D. B.: Aus meiner Sicht kein unmittelbarer Zusammenhang. EADS/Eurocopter ist ja 2005 oder Anfang 2006 entdeckt worden. Die Selektoren sind grundsätzlich für Kabel und Satellit gewesen. Also, da gab es keinen unmittelbaren Zusammenhang aus meiner Sicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Wenn die Selektoren grundsätzlich für Kabel und Satellit waren, aus Ihrer Kenntnis heraus, wurden diese Selektoren auch beim Projekt „Eikonale“ eingesetzt?

RD Philipp Wolff (BK): Zu den Details des Einsatzes von Selektoren bei „Eikonale“ wird er in geheimer Sitzung aussagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Gibt es einen Unterschied zwischen den Selektorenlisten bei Kabel- und bei leitungsvermittelter Kommunikation, also paketvermittelter und leitungsvermittelter Kommunikation? Sind das unterschiedliche Selektorenlisten? Oder ist das ein und dieselbe Selektorenliste?

RD Philipp Wolff (BK): Auch das bitte in geheimer Sitzung. Das ist wirklich nachrichtendienstliche Methodik. Da wird er was dazu sagen, und das in geheimer Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten, Sie haben nicht nach oben informiert zu dem Ergebnis der Prüfungen in 2013. Haben Sie über den Beginn der Prüfungen jemanden informiert?

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja?

Zeuge D. B.: Auf jeden Fall den UAL T1 und auch den Dienststellenleiter Bad Aibling. Den Dienststellenleiter Bad Aibling vielleicht mittelbar, weil sich mein Referent dort ja auch die Datei entsprechend holen musste und die Erläuterungen.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will auf eins noch ganz kurz hinweisen für alle, weil das, glaube ich, wichtig ist: Wir hatten vorhin in der Beratungssitzung - das kann ich hier auch öffentlich sagen - angekündigt, dass der BND einen präsenten Zeugen hat. Da handelt es sich um den Referenten, von dem der Zeuge gerade spricht.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Auftrag zur Prüfung, ist der mündlich erteilt worden oder schriftlich erteilt worden?

Zeuge D. B.: Mündlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich erinnern an den Wortlaut dessen, was Sie dort erteilt haben?

Zeuge D. B.: Nein.

(RA Johannes Eisenberg:
Das wäre auch dann,
glaube ich, nicht für die
öffentliche Sitzung!)

Martina Renner (DIE LINKE): Hallo, Herr Eisenberg?

(RA Johannes Eisenberg:
Ich kann doch dem Zeugen
einen Rat geben! Das geht
doch auch wieder um den
Inhalt!)

Wenn Sie sich nicht mehr an den Wortlaut erinnern: Können Sie umreißen, was Sie gesagt haben, wie die Prüfung stattzufinden hat, welche Mittel eingesetzt werden sollen?

Zeuge D. B.: Herr Wolff hat ja schon mehrfach - -

RD Philipp Wolff (BK): Also wenn es tatsächlich um den konkreten Inhalt geht, dann wird der Zeuge dazu in geheimer Sitzung eine Aussage machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich denke, wir dürfen hier nicht über das Ergebnis der Prüfung sprechen.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ergibt sich aus der
Fragestellung!)

Aber ich möchte gerne wissen, wie das vonstattegegangen ist. Also, hat man gesagt: „Guck dir die europäischen Endungen bei E-Mails an, guck dir andere europäische Vorwahlen an, guck dir Regierungsbezeichnungen an, Institutionen“? Was war der Auftrag? Was sollte sich angeguckt werden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Würde ich Ihnen gerne sagen. Muss ich aber nichtöffentlich machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Was machen Sie eigentlich heute?

Zeuge D. B.: Ich bin Beauftragter für SIGINT Support to Cyber Defense, also ich koordiniere Maßnahmen des Bundesnachrichtendienstes, um zum Cyber Defense beizutragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Seit wann machen Sie das?

Zeuge D. B.: Seit Oktober letzten Jahres.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben ja hier von Ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch gemacht und auch auf die Gespräche hingewiesen, die Sie im März dieses Jahres in Berlin und im Bundeskanzleramt hatten. Gibt es dienstrechtliche Schritte gegen Sie derzeit?

Zeuge D. B.: Im Moment ist nichts eingeleitet.

Martina Renner (DIE LINKE): Es ist nichts eingeleitet?

(RA Johannes Eisenberg:
Zumindest nichts, was er
weiß!)

Christian Flisek (SPD): Herr Eisenberg, können Sie, wenn Sie mit uns reden, bitte das Mikrophon anmachen?

(RA Johannes Eisenberg:
Ja!)

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie noch Aufzeichnungen zu dem Zeitraum 2008 bis 2011, als Sie Referatsleiter Nachrichtentechnik waren, und dann später Unterabteilungsleiter Nachrichtentextbearbeitung bis 2014? Also: Haben Sie noch Akten zur Verfügung aus diesen dienstlichen Verwendungen?

Zeuge D. B.: Keine Akten. Die Akten sind bei dem Dienstposten, bei der Dienststelle geblieben.

Martina Renner (DIE LINKE): Und neben Akten Aufzeichnungen?

Zeuge D. B.: Vielleicht die eine oder andere Datei, aber nicht mit dem Untersuchungsgegenstand zusammenhängend.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie sich auf die heutige Vernehmung vorbereiten können durch Akten? Wurden die Ihnen zur Verfügung gestellt?

Zeuge D. B.: Die wurden mir zur Verfügung gestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren darunter auch die sogenannten Selektorenlisten?

Zeuge D. B.: Nein, die waren da nicht dabei, also sind mir nicht zur Verfügung gestellt worden, bei der Vorbereitung jetzt.

Martina Renner (DIE LINKE): Was für Unterlagen hatten Sie zur Verfügung, um sich vorzubereiten?

Zeuge D. B.: Die - - Würde ich mich gern beraten.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Im Zuge der Sachstandserhebung durch Bundeskanzleramt und Leitung, an der ich teilgenommen habe, sind mir natürlich einige Informationen oder viele Informationen zugänglich gemacht worden. Mehr möchte ich aber dazu aufgrund des Auskunftsverweigerungsrechts nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe jetzt eine Nachfrage. Vielleicht ist die nicht so leicht zu verstehen. Aber Sie haben vorhin auf die Frage, warum Sie es unterlassen haben, Dienstvorgetzte zu informieren, von Ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch gemacht, weil Sie sich gegebenenfalls selbst belasten würden. Und nun sagen Sie, Sie sind Teil der Sachstandserhebung im Bundeskanzleramt zu diesem Vorgang. Das beißt sich ja meiner Meinung nach. Also, wenn man Teil des Problems ist, kann man ja nicht Teil der Lösung gleichzeitig sein.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

(RA Johannes Eisenberg:
Darf ich da was dazu
sagen?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

RA Johannes Eisenberg: Also, das Auskunftsverweigerungsrecht steht dem Zeugen ja hier als Zeuge in dem förmlichen Verfahren des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Seite. Das ist ja seine jeweilige Entscheidung, die er treffen kann, ob und wie er davon Gebrauch macht. Er kann ja ebenso gut in einem möglichen förmlichen Verfahren sich erklären und hier aber sagen, hier erklärt er sich dazu nicht. Das ist seine Entscheidung - Nemo-tenetur-Grundsatz. Der gilt ja auch nur für ausschließlich hier. Und davon macht er eben jetzt Gebrauch aus verschiedenen Gründen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja, das mag ja juristisch in Ordnung sein.

(RA Johannes Eisenberg:
Ja!)

Ich finde es nur eben wirklich kurios, dass er bei der Sachstandserhebung beteiligt ist, wo Fragen zu seiner Rolle im Raum stehen, um es mal etwas unjuristisch zu sagen.

(RA Johannes Eisenberg: Ja,
aber danach darf man ihn
gar nicht fragen, wenn er
sein Recht ausübt!)

- Okay. - Bei dieser Sachstandserhebung, konnten Sie dort Einblick in die Selektoren vielleicht als Datei nehmen?

Zeuge D. B.: Das verstehe ich jetzt gar nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also: Bei der Sachstandserhebung im Bundeskanzleramt und im BND zu diesem Vorgang, an dem Sie beteiligt waren, im März dieses Jahres: Hatten Sie Einblick in die Selektoren? Jetzt meine ich nicht Papier, sondern es gibt ja auch Dateien, Rechner; man kann auf dem Bildschirm gucken.

(RA Johannes Eisenberg: Er
hat doch erklärt, dass er
dazu keine Angaben
macht!)

- Nein, das hat er nicht erklärt.

(RA Johannes Eisenberg:
Doch, gerade eben wieder!
Jetzt fragen Sie wieder
danach, was er da gesehen
hat!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das muss der Zeuge äußern.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat er Einblick in die Selektorenlisten? Ich meine jenseits von Papier, ob er in Dateien Einsicht genommen hat.

(RD Philipp Wolff (BK):
Nein!)

- Herr Wolff, Sie brauchen das nicht zu - -

Zeuge D. B.: Ja, ich habe Einblick genommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben Einblick genommen. Um welche Listen handelt es sich? Um die, die Sie selbst 2013 in Auftrag gegeben haben? Welche Listen haben Sie eingesehen?

Zeuge D. B.: Ich habe die, die ich 2013 in Auftrag gegeben habe - - Das Ergebnis ist nur noch in einer Teilform verfügbar gemacht worden. Elektronisch konnte ich in die größere Ablehnungsliste schauen. Sonst noch irgendeine Liste? Das sind ja die im Prinzip - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und dann haben wir wieder das Problem, das wir ja schon - -

Zeuge D. B.: Und letztendlich auch das, was dann gelöscht worden ist, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und das ist genau das Problem, das wir ja schon mehrfach im Untersuchungsausschuss festgestellt haben, dass sich Zeugen mit Unterlagen vorbereiten können,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die dem Untersuchungsausschuss nicht vorliegen.

RD Philipp Wolff (BK): Da will ich aber ganz klar darauf hinweisen, dass diese - -

Martina Renner (DIE LINKE): Hallo, Herr Wolff? Sie können mir auch nicht ins Wort fallen. So geht das nicht. Ich glaube, der Vorsitzende erteilt Ihnen das Wort, und dann läuft das so.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist aber heute streng!)

- Ja, heute ist ein bisschen anders als sonst, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde nur gucken, dass wir die Zeit einhalten und mit Fragen auch die Zeit nutzen, Frau Kollegin Renner. Von daher: Sie können Fragen stellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Also, das ist natürlich ein Beweiserhebungshindernis für uns, wenn uns Unterlagen vorenthalten sind hier bei der Befragung von Zeugen, die den Zeugen im Vorfeld der Befragung zur Verfügung gestellt wurden. Das müssen Sie einfach mal so hinnehmen. Und das ist eines der Hindernisse - -

(Zuruf)

- Nein, er hat sie jetzt noch mal 2015 eingesehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich Herr Wolff. Wir halten die Zeit an. Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Frau Renner, wir haben da ja intensiv schon drüber geredet, dass es Unterlagen gibt, die sich in Konsultation befinden. Dass der Zeuge natürlich Kenntnis von solchen Unterlagen hat, ist ja eine Selbstverständlichkeit. Deswegen ist er hier Zeuge. Ob - und darüber haben wir auch schon geredet - -

Martina Renner (DIE LINKE): Er hat jetzt noch mal reingesehen.

(Dr. Konstantin von Notz
BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN): Haben Sie das konsultiert, dass er jetzt noch mal reingucken kann? - Gegenruf von RA Johannes Eisenberg: Und wenn er nicht reinguckt, dann kritisiert ihr, dass er da nicht reingeguckt hat! Das kennt man doch von euch! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Benutzen Sie doch mal das Mikrofon, Herr Eisenberg! Das geht so nicht!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, ich glaube, die Ansichten sind zur Genüge ausgetauscht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gebe nur zu bedenken, dass Zeugen natürlich sogar eine Pflicht haben, sich vorzubereiten.

(RA Johannes Eisenberg:
Sehen Sie!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Und wir haben auch ein Recht, bestimmte Dinge zu sehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das eine schließt das andere ja nicht aus.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Eben. Manchmal hängt es sogar zusammen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf meiner Uhr ist noch eine Minute Fragezeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie den Begriff Ablehnungsdatei?

Zeuge D. B.: Ich habe Ihre letzte Frage - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ablehnungsdatei. Kennen Sie den Begriff Ablehnungsdatei?

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Seit wann?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Seit März 2015.

Martina Renner (DIE LINKE): Kannten Sie den Begriff vorher nicht?

Zeuge D. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie uns sagen, wie diese Datei bezeichnet ist, wie der Name ist dieser Datei? Wird sie nur so genannt? Oder heißt sie auch so als Dateiformat?

Zeuge D. B.: Das ist eine Datei, die irgendwie in Bad Aibling geführt wird. Und welchen exakten Namen die dort hat - das tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Datei, die bei Ihnen 2013 angelegt wurde, von der Sie einen Ausdruck dann hatten: Wie war der Name?

Zeuge D. B.: Die hatte keinen speziellen Namen.

Martina Renner (DIE LINKE): Bestimmt. Also, sonst findet man es auf dem Rechner nicht mehr.

Zeuge D. B.: Ich hatte es ja nicht auf dem Rechner, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben es ja nur ausgedruckt bekommen?

Zeuge D. B.: So ist es.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hatte die denn alles in 2013?

Zeuge D. B.: Der Präsenzzeuge.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Präsenzzeuge und Sie. Und sonst niemand?

Zeuge D. B.: Der Präsenz - - Der hatte einen separaten Rechner, mit dem er diese Analyse durchführen musste, aufgrund verschiedener Kriterien, wie man die Prüfung durchführen musste. Und die war nur auf seinem Rechner. Und er weiß dann auch den Dateinamen und was damit passiert ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist denn damit passiert? Wissen Sie das auch?

Zeuge D. B.: Das weiß ich nicht so genau. Da fragen Sie am besten ihn.

Martina Renner (DIE LINKE): Vielleicht interessiert mich auch, was Sie nicht so genau wissen. Was ist nach Ihrem nicht so genauen Wissen mit dieser Datei passiert?

Zeuge D. B.: Die gibt es nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann ist sie gelöscht worden?

Zeuge D. B.: Ich glaube, der ganze Rechner ist irgendwann abgezogen worden, und damit gab es die Datei auch nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann war das?

Zeuge D. B.: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir haben ja dazu einen präsenten Zeugen, der das wissen müsste, wo wir ja die Chance haben, weil die Bundesregierung ihn mitgebracht hat, den auch noch zu vernehmen. Dann kann die Frage sicherlich geklärt werden - aber erst bei der nächsten Runde; denn jetzt kommt die Fraktion der SPD mit ihren Fragen. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Vielleicht jetzt nur mal vorweg: Herr B., haben Sie, weil Sie sich ja jetzt aufs Zeugnisverweigerungsrecht berufen - - Ich achte das, also ist kein Thema; brauchen wir auch keine Erörterung. Haben Sie Ihren Dienstherrn vorher davon informiert, dass Sie sich heute auf das Zeugnisverweigerungsrecht berufen werden?

Zeuge D. B.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Ist das also eine spontane Wahrnehmung dieses Rechts?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Ich habe mich gestern mit dem Anwalt beraten, und in der Beratung sind wir zu dem Ergebnis gekommen, oder ich bin nach Beratung zu dem Ergebnis gekommen.

Christian Flisek (SPD): Und jetzt frage ich Sie - aber ich vermute, da wird dann vielleicht eher der Rechtsanwalt, Kollege Eisenberg, antworten -: Können Sie glaubhaft machen, dass Sie irgendwelche Maßnahmen befürchten disziplinarischer Art? Ist Ihnen, ich sage jetzt mal, von Ihrem Dienstvorgesetzten da bereits - - Sind da Andeutungen gemacht worden?

(RA Johannes Eisenberg:
Herr Vorsitzender, darf ich
da was zu sagen? - Darf ich
da was zu sagen?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, natürlich. Ich höre es nur nicht, wenn das Mikro nicht an ist.

RA Johannes Eisenberg: Das ergibt sich nach meinem Dafürhalten aus den Vorwürfen, die in der Öffentlichkeit gegenüber dem Zeugen erhoben worden sind, und aus der Fragestellung, dass hier die Gefahr einer Untersuchung nicht von der Hand zu weisen ist. Das hängt ja unter anderem davon ab, warum er das nicht gemacht hat. Und deswegen - -

Christian Flisek (SPD): Ist okay, ja.

RA Johannes Eisenberg: Deswegen haben wir gesagt: Das brauchen wir gar nicht glaubhaft zu machen, weil das ja sich geradezu aus Ihren Fragen heraus aufdrängt. Man braucht auch übrigens für so ein Recht ja nicht ein Verfahren, das es schon gibt. Es reicht ja - -

Christian Flisek (SPD): Nein, es reicht die Befürchtung aus. Das ist schon klar. Nur, ich frage deswegen nach, weil ich natürlich schon ein wenig die völlig überraschten Gesichter auf der Regierungsbank gesehen habe. Aber insofern habe ich das mal so interpretiert, dass man eigentlich ja eher davon ausgegangen ist, dass Sie im Rahmen dessen, was auszusagen in einer öffentlichen Sitzung möglich ist, das sagen und das

Ganze dann auch in der Geheim eingestuften Sitzung fortsetzen werden. Ich meine, Sie sind natürlich hier jemand, bei dem das Ganze zusammenläuft. Und wenn sozusagen an der Stelle wir hier nicht weiter aufklären können, dann bleibt natürlich ein erheblicher Schatten liegen über Ihrem Dienstherrn, der - wir sind ja hier kein Strafverfahren, aber ein politisches Verfahren - schon, ich sage mal, nicht unerheblich ist. Also, das ist schon auch eine gewisse Verantwortung, die da auf Ihnen lastet. Ich will Ihnen das nur sagen. Das wissen Sie selber. Aber der Eindruck, der dann hier bleibt, ist natürlich kein guter.

Ich frage jetzt mal ein wenig so ein bisschen über die Stimmung im Haus im Sommer 2013. Da gab es die Veröffentlichungen über den NSA-Whistleblower Edward Snowden. Was war da los bei Ihnen? Was kam von der Hausspitze an Weisungen? Gab es da Weisungen: „So, jetzt müssen wir mal die ganzen Kooperationsprojekte noch mal durchgehen. Wir müssen jeden Stein, der da ist, umdrehen und genauestens prüfen: Haben wir da alles richtig gemacht?“? Wie war die Stimmung? Können Sie das mal skizzieren? Oder ging alles ganz normal weiter?

Zeuge D. B.: Es mussten unter hohem Druck vor allem Fragen der Abgeordneten, des Bundeskanzleramtes - - Zu jeder Veröffentlichung musste binnen kürzester Zeit Stellung genommen werden. Es waren lange Arbeitszeiten, viele Wochenenddienste, um zu sehr engen Terminen zu versuchen, den Sachstand zu erheben - also eher ein taktisches Reagieren auf Veröffentlichungen, auf Vorwürfe von allen möglichen Seiten und Versuchen, schnellstmöglich komplexe Sachverhalte zu analysieren, wie es denn tatsächlich war, und mit hohem Druck verbunden.

Christian Flisek (SPD): Also, kann man das so interpretieren, man musste am Rande seiner Kapazitäten arbeiten, an den Grenzen?

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das haben wir auch von Ihrem Vorgänger gehört. Und man war eigentlich froh, wenn jetzt nicht noch irgendwelche Zusatzaufträge kamen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wie ist denn dann dieser Impuls einzuordnen, trotzdem eine Überprüfung des Profils vorzunehmen in Bezug auf mögliche kritische Selektoren? Ist das eine Weisung gewesen, die von oben kam? Oder haben Sie das selber in Angriff genommen?

Zeuge D. B.: Das habe ich selber in Angriff genommen. Ihre These, warum ich es gemacht habe, dass ich nach kritischen Selektoren gesucht habe, ist nicht zutreffend.

Christian Flisek (SPD): Sondern?

(RA Johannes Eisenberg:
Nichtöffentliche Sitzung!)

Zeuge D. B.: Nichtöffentliche Sitzung. Das hatten wir ja schon öfter. Ich kann es ja leider nicht anders - - Ein Auftrag von oben kam nicht. Da waren wahrscheinlich zwei oder drei Tage mal nicht Fragen zu beantworten. Da kam mir die Idee: Das und jenes müsste man mal schauen. Und in nichtöffentlicher Sitzung will ich es Ihnen gern erklären.

Christian Flisek (SPD): Okay. Also das erklären Sie uns. Versprochen, ja? Also kein Zeugnisverweigerungsrecht?

Zeuge D. B.: So ist es, ja.

Christian Flisek (SPD): Gut. Also dann ist - - Also, dieser Impuls kam von Ihnen. Da gab es keine Weisung. Und dann haben Sie das mal in Angriff genommen. So. Das ist ja eine Stichprobe gewesen. Richtig?

Zeuge D. B.: Eine Stichprobe? Da hätten wir ja nur eine Teilmenge untersuchen müssen.

Christian Flisek (SPD): Naja, eine Stichprobe - - Ich sag mal, also in Abgrenzung jetzt: Stichprobe heißt, Sie haben sich da nicht alles angeguckt, was im Einsatz ist, sondern Sie haben mal eben so ein paar, ich sage mal, kritische Begriffe recherchiert. Oder wie lief das ab?

Zeuge D. B.: Nein, ich glaube, Sie haben da eine ganz falsche Vorstellung.

Christian Flisek (SPD): Ja, darum sitzen wir ja hier, damit ich eine richtige bekomme.

Zeuge D. B.: Lassen Sie mich das in der nicht-öffentlichen Sitzung erklären.

Christian Flisek (SPD): Bitte?

Zeuge D. B.: Lassen Sie mich das bitte in der nichtöffentlichen Sitzung - - Ich glaube, Sie haben sich so ein bisschen versteift da drauf, dass ich einen Anfangsverdacht hatte -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge D. B.: - und nach irgendwelchen kritischen Sachen gesucht hätte, weil ich die schon vermutet habe.

Christian Flisek (SPD): Und das war nicht so?

Zeuge D. B.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, Sie haben das einfach mal so gemacht, ohne jeden Anfangsverdacht, in der großen Gemengelage, die wir da hatten?

Zeuge D. B.: So, wie ich es eben auch gesagt habe. Die 500 Millionen Metadaten haben uns unheimlich viel Zeit gekostet, tatsächlich zu erheben, was sich dahinter verbirgt. Die Fristen, die einem gesetzt werden zur Beantwortung, sind aber extrem kurz. Und wenn man den Sachen immer hinterherhechelt, werden die Ergebnisse auch nicht besser. Also, man antizipiert ja: Das muss auch noch nach anderen Kriterien untersucht werden, oder da muss man ein besseres Bild bekommen. Und so ist diese Untersuchung oder dieser Auftrag entstanden.

Christian Flisek (SPD): Aber das hatte was mit den Snowden-Veröffentlichungen zu tun?

Zeuge D. B.: Hatte mit Snowden zu tun.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Also, das war sozusagen der Hintergrund, der das Ganze in Gang gesetzt hat dann.

Zeuge D. B.: Ja, aber ohne dass jetzt konkret bei mir war: Da wird jetzt das und das drin sein; das kontrolliere ich jetzt mal.

Christian Flisek (SPD): Hm. Und als - -

Zeuge D. B.: Es wäre ja auch relativ einfach gewesen. Da hätte ich keine umfassende Untersuchung durch einen extra Referenten machen müssen.

Christian Flisek (SPD): Richtig, ja.

Zeuge D. B.: Das war ja - - Das kann ich im Routinebetrieb überprüfen lassen, ob dieses oder jenes - -

Christian Flisek (SPD): Das bringt mich aber gleich auf die nächste Frage. Also, als Sie dann das Ergebnis, sage ich mal, hatten - - Und Sie werden uns ja erklären, wie das zustande kam, dann in der nichtöffentlichen Sitzung, damit wir keine Fehlvorstellungen haben. Aber das war ja dann zumindest mal etwas, wo man gesagt hat: Es ist jetzt nicht ohne jedes Ergebnis gewesen.

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Gab es dann aus Ihrer Sicht nicht den Anlass, eventuell so was wie - - Sie haben ja gerade gesagt, so eine Sonderuntersuchung mit einem eigenen Mitarbeiter in Gang zu setzen, der mal sagt: Also, wenn ich jetzt schon aufgrund - - Sie werden mich wieder korrigieren, weil Sie sagen, das ist eine Fehlvorstellung. Aber wenn ich, ich sage immer, aufgrund einer Stichprobe vielleicht in zwei, drei Tagen fündig werde, kritische Begriffe finde, die im Einsatz waren, dass man dann mal sagt: Ja, Mensch, da müssen wir doch mal jetzt gerade unter dem Snowden-Kontext richtig ran. - Und wenn sozusagen alle an den Kapazitäten sind, dann muss man halt auch mal irgendwo nach oben anfragen und sagen: Liebe Leute, schaut her. Wir kommen nicht mehr weiter. Aber hier ist ein Problem

offensichtlich. Und da brauchen wir zum Beispiel Personal. Da brauche ich einen Mitarbeiter, der das macht ordentlich.

Zeuge D. B.: Aus meiner Sicht wurde das Problem dann behoben, und es blieben eigentlich keine Restprobleme, die wieder neue Folgeuntersuchungen hatten. Aber ich erläutere Ihnen das gerne in der nichtöffentlichen Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Also, ich will nur sagen: Da ist natürlich ein großer Canyon, der sich aufmacht, also zu sagen: Wir haben sozusagen jetzt hier nur einen Teil angeschaut; das Ergebnis ist kritisch.

Zeuge D. B.: Dieses „Teil“ und „Stichprobe“, ich glaube, das interpretieren Sie - - Ich habe das Gesamtprofil untersucht. Ich habe nicht nur einen Teil untersucht. Ich habe - -

Christian Flisek (SPD): Ja, vielleicht wäre es aber im Interesse, wenn Sie zumindest mal sagen, was da unsere Fehlvorstellung ist, wenn Sie das mal andeuten würden, ja. Und ich glaube auch, dass da nicht gleich Herr Wolff die Hand wieder hebt, sondern einfach mal - - Also, wir reden die ganze Zeit in der Tat von Stichproben, und Sie sagen, das sind Fehlvorstellungen. Dann machen Sie mal eine Andeutung. Warum ist das eine Fehlvorstellung, der wir da aufsitzen, aus Ihrer Sicht?

Zeuge D. B.: Ich habe das ganze, komplette Profil untersucht. Ich habe keine Teilmenge, keine Stichprobe, sondern das ganze Profil wurde untersucht und brachte auch ein systematisches Ergebnis. Deshalb musste ich nicht ausgehend von einer Stichprobe noch neun andere Proben nehmen oder einen Gesamtvorgang machen, weil ich in der Stichprobe was Kritisches gefunden habe.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich mache mal jetzt konkret, damit wir uns das vorstellen können: Also, Sie haben zum Beispiel eine bestimmte Top-Level-Domain, ja, genommen und haben dann das gesamte Profil daraufhin abgesehen?

Zeuge D. B.: So was könnte man machen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Gut. Das heißt, deswegen sagen Sie, das ist keine Stichprobe, weil Sie eben anhand eines für Sie problematischen Kriteriums gesagt haben: Ich nehme das ganze Profil mir vor die Brust. - Ist das richtig? Ich will ja nur einen Dissens hier - - Also, ich will ja nur, dass wir hier nicht aneinander vorbeireden.

Zeuge D. B.: Der Ausgangspunkt war: Ich lasse das Profil untersuchen und habe nicht drei bis fünf Anfangsverdachte - ich untersuche daraufhin und daraufhin und daraufhin -, weil das wäre ein Routinevorgang gewesen. Den hätte ich dem normal zuständigen Sachgebiet gegeben und hätte gesagt: Macht das. - Weil es ist ja einfach. Das hätten sie ja sofort machen können.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge D. B.: In seinem Prüfprofil von der Woche hätte der solch ein Kriterium ergänzt, oder er hätte das rausgeschmissen in der nächsten Woche.

Christian Flisek (SPD): Das war nicht so?

Zeuge D. B.: Das war nicht so.

Christian Flisek (SPD): Sondern?

Zeuge D. B.: Nichtöffentliche Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Habe ich schon gedacht. - Was uns natürlich jetzt interessiert, ist: Das Ganze ist jetzt aufgrund eines Beweisbeschlusses dieses Ausschusses auf unseren Tisch - ja, auf unseren Tisch ist es ja nicht gekommen; da kämpfen wir ja gerade drum -, aber zumindest auf den Tisch Ihres Dienstherrn ganz oben und dann auch auf den Tisch von Herrn Wolff im Bundeskanzleramt gekommen. Ich stelle mir die Frage: Wir haben ja eine ganze Reihe schon von Beweisbeschlüssen gefasst gehabt im letzten Jahr, wo immer wieder mal Gelegenheit gewesen wäre, das zu thematisieren. Also warum ausgerechnet BND-26?

Zeuge D. B.: Was soll ich da drauf sagen? Wie ist die Frage?

Christian Flisek (SPD): Die Wahrheit. Was war der Grund, warum jetzt von Ihnen - - Also, mein Eindruck bisher ist: Sie haben mit oben, oben raus - - Sie haben nur mit W. K. geredet und Referatsleiter T2A. Oben wusste keiner was davon.

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): So. Da haben wir eine ganze Reihe von Beweisbeschlüssen gefasst. Das Thema kam nicht hoch. Und jetzt kommt auf einmal BND-26, und das Thema kommt hoch. Die ganze Aufregung, die wir seit zwei Wochen haben, ist diesem Umstand geschuldet. Und ich frage Sie: Warum jetzt?

Zeuge D. B.: Ich für mich persönlich hatte ja keine Akten, Dateien, die ich im Rahmen der Beweisbeschlüsse hätte vorlegen können. Ich war bislang auch nicht als Zeuge hier geladen und hätte in einem Zusammenhang hierzu aussagen können. Zu den anderen, über welche Akten die verfügen und was die hier ausgesagt haben, kann ich ja nichts sagen.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber wer hat denn den Beweisbeschluss bedient, wenn keiner oben wusste, dass diese - aus unserer Sicht; wir bezeichnen das als Listen - Listen existieren? Wer hat denn diesen Beweisbeschluss dann bedient? Das müssen doch Sie gewesen sein. Das wusste doch keiner.

Zeuge D. B.: Ich?

Christian Flisek (SPD): Nein, Sie nicht?

Zeuge D. B.: Nein. Ich hatte ja gesagt, ich habe keine Akten, keine Dateien dazu. Dann hätte ich sie ja schon längst vorlegen müssen.

Christian Flisek (SPD): Ja. Aber wer hat das denn dann gemacht? War das jemand - - einer, ich sage jetzt mal, Ihrer Mitarbeiter? Wissen Sie das, wer den Beweisbeschluss bedient hat?

Zeuge D. B.: Ich weiß es nicht genau. Ich bin dafür auch nicht zuständig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Das ist nicht die Frage, ob Sie zuständig sind dafür oder nicht, sondern ob Sie es wissen. Wissen Sie es?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist auch, glaube ich, eine Frage, auf die Sie antworten müssten, weil dadurch können Sie sich auch nicht selbst belasten, und das Auskunftsverweigerungsrecht gilt nur punktuell da, wo Sie sich selbst belasten können.

(RA Johannes Eisenberg: Er hat ja gerade gesagt, er weiß es nicht genau!)

Christian Flisek (SPD): Ja, den Eindruck, Herr Kollege Eisenberg, hat er gerade nicht gemacht. Also lassen Sie ihn jetzt mal.

(Der Zeuge begibt sich zum Platz von RD Philipp Wolff (BK) und berät sich mit diesem)

Zeuge D. B.: Wir hatten ja vorhin gesagt, es gibt diese Ablehnungsliste oder Ablehnungsdatei, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge D. B.: - die ja fortwährend über die Jahre wohl immer gefüllt wurde, von der ich keine Kenntnis hatte bis zum März 2015. Und die Dienststelle in Bad Aibling, wo auch nur - - Die verfügt nur über diese Datei. Und die hat einen entsprechenden Ausdruck gemacht und als Akte zum Beweisbeschluss vorgelegt.

Christian Flisek (SPD): Die Dienststelle Bad Aibling?

Zeuge D. B.: Die Dienststelle Bad Aibling.

Christian Flisek (SPD): Der Dienststellenleiter sozusagen wahrscheinlich dann.

Zeuge D. B.: Also - -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge D. B.: Ich sage mal, das weiß ich jetzt natürlich nicht.

Christian Flisek (SPD): Ich meine, so funktioniert es ja. Der Ober sticht den Unter. Also der Ober in Bad Aibling hat das dann gemacht.

(RA Johannes Eisenberg: Woher soll er das denn wissen?)

Zeuge D. B.: Ich bin doch nicht in Bad Aibling.

Christian Flisek (SPD): Ja, okay. Gut.

Zeuge D. B.: Wer da welchen Ausdruck wem vorgelegt hat, wer darüber entschieden hat in der Hierarchie ... (akustisch unverständlich) der Chef.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wortmeldung? - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Nur ganz kurz. Ich glaube, Dr. Pferr kann das erklären, weil er das ja eingesteuert und erhalten hat. Und das betrifft, glaube ich, tatsächlich nicht ihn. Insofern - -

Christian Flisek (SPD): Das soll er gerne machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein. Das machen wir jetzt hier nicht spontan. Wir haben einen Zeugen. Wenn, dann müssten wir Sie auch als Zeugen vernehmen, als Zeugen belehren. Sie kommen ja schließlich auch als potenzieller Zeuge mit allen Rechten in Betracht. Also mal eben so einen Einwurf halte ich hier nicht für sinnvoll. Sonst müssten wir - -

(Zuruf von RD Philipp Wolff (BK))

- Ja, wenn Sie sich informieren, und Sie, Herr Wolff, bringen es ein, okay. Aber ich möchte alleine zum Schutz von Personen nicht, sagen wir mal, so einen Einwurf haben. Herr Wolff als Vertreter der Bundesregierung gerne.

RD Philipp Wolff (BK): Ich bin jetzt, ehrlich gesagt, nicht für eine Zeugenaussage, weil es einfach jetzt ein Verhalten zum Verfahren ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann lassen wir es über Sie, Herr Wolff, gehen. Wie gesagt, es ist - - Entweder ist man Zeuge, aber nicht die Stimme aus dem Off.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich sage nur: Das Bedenken, das Sie haben, Herr Vorsitzender, gilt natürlich genauso für den Herrn Wolff. Der könnte theoretisch auch Zeuge sein. Also, insofern ist das hier gehupft wie gesprungen. Aber wir machen es dann mit stiller Post. Also, bitte.

(RD Philipp Wolff (BK)
berät sich)

RD Philipp Wolff (BK): Es wurde tatsächlich über Bad Aibling bedient, wobei wir vorhin, glaube ich, in der Beratungssitzung auch schon über die Erstellung geredet haben, dass das ja kein vorhandenes Dokument in dem Sinne ist, sondern dass das generiert wurde aus einem anderen Bestand. Und das kam aus Bad Aibling und nicht vom Zeugen.

Christian Flisek (SPD): Okay. Also, ich denke mal, da werden wir noch bei der nichtöffentlichen Sitzung etwas mehr nachfragen. - Sie haben gesagt, Sie haben mit W. K. darüber gesprochen. Das ist der andere Unterabteilungsleiter.

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wie verlief denn so das Gespräch? Einvernehmlich?

Zeuge D. B.: Ja, natürlich.

Christian Flisek (SPD): Ja? Hätte ja auch sein können, dass W. K. sagt: Das müssen wir nach oben melden.

Zeuge D. B.: Also, die Dienststelle von der Hierarchie untersteht W. K.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge D. B.: Wenn ich irgendwas mit W. K. machen will, auch aufgrund meiner alten Dienststellung, muss ich immer sein Einvernehmen, seine Mitzeichnung herbeiführen, weil ich bin ja nicht

der Alleinherrschende da, der unmittelbar - - dass jeder Aufträge an Bad Aibling erteilen kann.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie haben dann - -

Zeuge D. B.: Ich habe es mit ihm besprochen, und er war einverstanden.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie sich da getroffen? Oder war das telefonisch? Schriftlich? Wohl kaum, nicht?

Zeuge D. B.: Das eine Mal haben wir uns getroffen. Das andere Mal übers Ergebnis habe ich ihn, glaube ich, telefonisch informiert.

Christian Flisek (SPD): Und er hat dann gesagt: „Ich erteile die Anweisung an Bad Aibling, das rauszunehmen“? Oder lief das quer über die Unterabteilung? Kam die Weisung direkt von Ihnen?

Zeuge D. B.: Nichtöffentliche Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Die Weisung. Wer die Weisung erteilt hat.

Zeuge D. B.: Das mit der Weisung ist ein bisschen diffizil. Ich erzähle es Ihnen in nichtöffentlicher Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Na ja, wissen Sie, ob die Frage diffizil ist oder nicht diffizil, das entscheidet nicht darüber, ob wir nichtöffentlich oder - - sondern es geht nur, bei der Frage, ja - - Also, Diffizilität spielt da keine Rolle. Wir sind alle hier in der Lage, auch diffizile Sachverhalte zu verstehen.

Zeuge D. B.: Ich habe - habe ich vorhin auch schon gesagt - den Dienststellenleiter Bad Aibling angerufen und habe ihn informiert über das Ergebnis konkret und habe ihm eine Folgemaßnahme aufgetragen.

Christian Flisek (SPD): Die mit W. K. abgestimmt war?

Zeuge D. B.: Die mit W. K. abgestimmt war.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Und dann gab es eine Vollzugsmeldung an Sie? Oder wie lief das dann? Hat man gesagt - -

Zeuge D. B.: Nein, an eine direkte Vollzugsmeldung kann ich mich nicht erinnern. Aber aus Gesprächen später wurde mir deutlich, dass es so passiert ist.

Christian Flisek (SPD): Ist Ihnen denn jetzt im Nachgang seit 2013 - - Wir hatten die Snowden-Veröffentlichung. Daraufhin - haben wir ja jetzt das eingeordnet - kam dieser Impuls, da mal was zu machen. Dann hat sich ja im März 2014 auch hier im Deutschen Bundestag, wie im Wahlkampf angekündigt, ein Untersuchungsausschuss etabliert, von allen Parteien eingesetzt einstimmig, der sich genau diesem Thema auch der Zusammenarbeit des BND mit anderen Geheimdiensten, mit amerikanischen Geheimdiensten widmet. Ist Ihnen da an dieser Stelle seit diesem Zeitpunkt mal irgendwie der Gedanke gekommen: „Vielleicht wird daraus doch noch mal ein größerer Schuh, und vielleicht war das, was wir da mit dem W. K. vereinbart haben, das bei uns zu belassen, keine so gute Idee“?

Zeuge D. B.: Da muss ich auf die nichtöffentliche Sitzung verweisen. Über den Kenntnisstand, den wir zum Zeitpunkt August 2013 hatten - - Das ist natürlich ein ganz anderer, als wenn man da, ich sage mal, jetzt lang und breit analysiert und jetzt sagt: Jetzt habe ich ein analysiertes Ergebnis - im März oder April oder Mai 2015 - da. - Aufgrund einer neuen Erkenntnislage würde man auch ganz neu entscheiden.

Christian Flisek (SPD): Noch mal: Wann würde man oder unter welchen Umständen würde man neu - -

Zeuge D. B.: Ich weiß jetzt über den Inhalt dieser Listen oder Dateien sehr viel besser Bescheid, als ich das im August 2013 wusste. Und insofern würde ich heute auch zu anderen Entscheidungen kommen.

Christian Flisek (SPD): Ehrlich gesagt, das verstehe ich jetzt nicht. Haben Sie sich die 2013 nicht so genau angeguckt?

Zeuge D. B.: Jetzt greift das Auskunftsverweigerungsrecht.

Christian Flisek (SPD): Hm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: An der Stelle müssten wir jetzt auch wechseln -

Christian Flisek (SPD): Ich habe das gedacht, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege von Notz, glaube ich, fängt an. Richtig?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr D. B., ich verstehe die Abläufe noch nicht ganz, und ich überlege, ob wir teilweise aneinander vorbeireden. Ich sage es jetzt mal ganz offen - Sie werden ja auch Presse gelesen haben -: Reden wir über Ihre Prüfungsaktion im Jahr 2013? Ist es das, was am 14. August stattgefunden haben soll?

Zeuge D. B.: Ich weiß nicht, wie Sie auf das Datum 14. August kommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stand in der Zeitung. Ich komme noch aus anderen Gründen auf das Datum. Aber darüber darf ich leider nicht reden. Aber in der Zeitung stand es. Und deswegen frage ich Sie: 14. August, ist das das Datum, an dem Ergebnisse der von Ihnen in Auftrag gegebenen Untersuchung reinkamen? Oder kamen die vielleicht ein paar Tage später im August?

Zeuge D. B.: Das kann ich so genau nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge D. B.: Die kamen nach dem 9. August. Ich glaube, sie kamen auch in zwei Tranchen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber interessant. Weil wir reden jetzt hier die ganze Zeit natürlich über den einzigen Kenntnisstand, den wir aus den Akten haben. Und das bezieht sich auf dieses Datum, sage ich jetzt mal, und darüber hinaus nicht. So. Und



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich habe in einigen Medienveröffentlichungen es so gelesen - offensichtlich aus Akten, die wir nicht haben; ich habe das heute Morgen schon mal in anderem Zusammenhang gesagt -, dass es danach eventuell noch andere Maßnahmen gegeben hat. Und jetzt überlege ich, ob Ihre Maßnahme, von der Sie die ganze Zeit erzählen, die Nachfolgemmaßnahme ist, die Checkung des Gesamtprogramms, und wir bei diesen 12 000 bzw. 2 000 Merkmalen, die jetzt überall diskutiert werden - - das gar nicht Ihr Vorgang ist, sondern Ihr Vorgang der nachgeschaltete Vorgang ist. Könnte das so sein?

Zeuge D. B.: In der nichtöffentlichen Sitzung kann ich Ihnen die Zusammenhänge so erklären, dass Sie es verstehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Na ja, gut.

Zeuge D. B.: Es tut mir leid, Herr von Notz. Ich kann verstehen, dass Sie das gerne in der öffentlichen hätten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge D. B.: Aber, ich sage mal, es müssen verschiedene Sach- und Ergebnisdinge dargestellt werden und auch gewisse Parallelitäten aufgezeigt werden, und dann wird es für alle nachvollziehbar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das verstehe ich. Aber es ist natürlich im Hinblick auf die Aufklärung und die Öffentlichkeitsgrundsätze, die wir hier haben, die Pest.

Zeuge D. B.: Verstehe ich auch. Aber ich kann dem leider nicht abhelfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Daran haben Sie auch keine Schuld. Ich verstehe auch, dass Sie es gerne machen würden. Aber es entsteht natürlich ein völlig schiefes Bild, weil alle denken, Sie reden über diesen Vorgang, und dabei reden Sie über einen Vorgang, der anders ist und bei dem vielleicht ganz andere Ergebnisse rausgekommen sind, und wir

haben dazu nur keine Akte. - Ist in diesem Zusammenhang denn mal eine Akte erstellt worden? Gab es da Vermerke? Haben Sie irgendwas schriftlich gemacht?

Zeuge D. B.: Soweit ich mich erinnern kann, habe ich nichts schriftlich gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm.

Zeuge D. B.: Ob andere Stellen Vermerke geschrieben haben, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist nicht der Umstand, dass man so eine drastische Maßnahme macht, das Komplettsystem einmal zu checken - - Ist es nicht merkwürdig, wenn man dazu dann nichts Schriftliches macht?

Zeuge D. B.: Die Prüfung eines Gesamtsystems verdachtsunabhängig als drastische Maßnahme? Das ist ein Routinevorgang.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War ja nicht verdachtsunabhängig.

Zeuge D. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage Ihnen, wir haben ja viele Akten gelesen die letzten Monate, und im BND werden über alle möglichen Dinge Vermerke angefertigt; man wundert sich manchmal. Aber über so was Gravierendes nicht, ja?

Zeuge D. B.: Wie, gravierend? Ich sage mal, ich weiß nicht, wie Sie zu dieser Beurteilung kommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da komme ich drauf - - Da zitiere ich jetzt auch noch mal öffentlich Gewordenes: dass man bei einer, ich sage mal, stichprobenartigen Durchforstung, die Ihre offensichtlich nicht war, weil eine andere, ja - - Bei einer stichprobenartigen, bei der man drei Begriffe und etc., „diplo“, „gov“ und „bundesamt“, ich denke mal, in der Datei irgendwie gegoogelt hat, ist man dann auf 2 000



Nur zur dienstlichen Verwendung

Treffer gekommen - oder 12 000 Treffer und 2 000 Personen, die betroffen sind. Und dann wurde gesagt: Was soll man damit machen? - Löschen. - Und Ihre Maßnahme ist dann die folgende Maßnahme. Und ich könnte mir vorstellen, dass das ein massives Problem war im Haus, dass man in den Dateien, die man laufen hat, lauter problematische Begriffe gefunden hat. Und da ist das doch massiv komisch, wenn Sie darüber gar nichts schriftlich angefertigt haben, was dieser Ausschuss hier irgendwie in einer Akte lesen könnte.

Zeuge D. B.: Also, ich muss noch mal verweisen auf die nichtöffentliche Sitzung. Danach wird Ihnen aus meiner Sicht vieles klar werden, so dass Sie die Zusammenhänge verstehen und dann auch, ich sage mal, weiter mit Ihrer Sachaufklärung und Befragung fortfahren können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge D. B.: Für Sie ist die Lage jetzt schwierig. Aber ich kann dem leider nicht abhelfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war denn der Auslöser für Ihre Initiative?

(RA Johannes Eisenberg:
Nichtöffentliche Sitzung!
Hatten wir schon fünf Mal!)

Zeuge D. B.: Ich habe es auch schon mehrfach erläutert. Es war verdachtsunabhängig. Ich wollte im Prinzip vor die Abfragewelle kommen, andere Sachen analysieren, bevor ich sie mit ganz kurzer Frist dann auch mit hohem Fehlergrad dann auch wieder an andere berichten muss.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr Haus war völlig zu mit Arbeit. Sie mussten die ganze Zeit in der Nach-Snowden-Ära dringende Anfragen beantworten. Das haben Sie ja alles so erzählt proaktiv - Wochenende, Überstunden usw. Und Sie machen dann mal aus der Lamäng heraus verdachtsunabhängig, wie Sie sagen, eine Überprüfung des Gesamtsystems. Das ist das, was Sie uns hier sagen wollen.

Zeuge D. B.: Es ist so, dass zur Aufarbeitung oder zur Beantwortung von entsprechenden Fragen in der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes in Pullach einige wenige Personen, die auch, ich sage mal, einen entsprechenden Überblick hatten und langjährig in bestimmten Funktionen waren, ich sage mal, sehr zeitlich beansprucht waren. Dazu gehört der Herr W. K., und dazu gehöre ich. Der Auftrag, ganz allgemein eine Prüfung zu machen, an einen Referenten, der da nicht so beansprucht ist, der ist relativ einfach erstellt. Und nicht der gesamte Bundesnachrichtendienst hat jetzt in der Zeit Wochenenddienste gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Und ich darf es richtig verstehen? Sie haben gesagt, Sie haben einen Ausdruck der Ergebnisse bekommen?

Zeuge D. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber nicht ein Ausdruck der Dateien, über die wir hier reden, die jetzt im Bundeskanzleramt liegen, sondern das ist etwas anderes? Weil uns wurde nämlich gesagt - ich kann Ihnen den Hintergrund gerne sagen -, dass diese Listen erstmalig ausgedruckt worden sind, dass die ewig schlummerten in den Tiefen dieser Festplatten, und nur für unseren Beweisantrag wurden die ausgedruckt. Das stimmt wahrscheinlich vom Wortsinn her. Aber der Umstand, dass sie schon mal ausgedruckt waren und danach in irgendeine Datei geschoben wurden, wäre schon ein anderer Sachverhalt als der, der uns dargestellt wurde.

Zeuge D. B.: Es ist nicht so einfach. Ich muss es Ihnen nichtöffentlich erklären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Mal eine philosophische Frage: Wäre es total unüblich, dass innerhalb des BND von Unterabteilungsleitern oder ähnlichen Verantwortungsträgern erwartet wird, bestimmte problematische Vorgänge nicht weiterzumelden? Ich sage mal, eine Ausdehnung, ich würde so weit gehen, zu sagen, eine Pervertierung des Need-to-know-Gedankens.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Man erwartet, dass Dinge, die relevant sind, weitergegeben werden?

Zeuge D. B.: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage, die sich da jetzt anschließt, die stelle ich Ihnen gar nicht erst, weil Sie dann wieder das Aussage-

(Zuruf von RA Johannes Eisenberg)

- Aha, sehr gut, ja. - Noch mal ganz kurz zum Jahr 2005, weil Sie das vorhin auch ansprachen: Da waren Sie schon beim BND, oder Sie kennen zumindest den Vorgang EADS/Eurocopter, dass das aufgefallen ist.

Zeuge D. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat man damals eine gezielte Suche abgeschlossen, sozusagen eine Überprüfung der Dinge, die damals eingestellt waren? Und hat man vor allen Dingen diese Information, als das aufgetaucht ist - - Ich habe das ja so verstanden, dass es im Haus selbst große Diskussionen gab: Ist diese Kooperation jetzt mit den Amerikanern gut? Kann man denen vertrauen, ja oder nein? Alles schwierig. - Und jetzt schlägt dieses Problem auf. In den Suchbegriffen finden wir Dinge, die europäische und auch deutsche Interessen ganz offensichtlich verletzen. Was hat man dann gemacht 2005? Was war die Konsequenz?

Zeuge D. B.: Ich weiß es nicht genau, weil ich nicht an der Stelle war, die diese Prüfungen gemacht hat oder dafür verantwortlich war. Ich denke, man hat genau das gemacht, was Sie gesagt haben. Man wird das gesamte damalige Profil auf ähnliche Sachen untersucht haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat man das nach oben gemeldet?

Zeuge D. B.: Soweit ich mich erinnern kann, ist nichts weitergemeldet worden. Also wird man nichts gefunden haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie tauchen dann diese Vorwürfe in Vermerken in den Jahren 2008 und 2010 fürs Bundeskanzleramt auf, wenn man das gar nicht meldet? Auf einmal sind diese Vorgänge in den Akten. In den ursprünglichen Jahren 2005 bis 2008 findet sich aber nichts dazu - außer eine dünne E-Mail. Wie kann so was sein?

Zeuge D. B.: Die entsprechenden Berichte für die Leitung werden ja von der zuständigen Fachabteilung erstellt. Und da ist ja immer gefordert, Sie müssen einen Sachstand und eine Bewertung abgeben. Und zu der damaligen Zeit ist dieses EADS und Eurocopter zumindest bis zum Abteilungsleiter bekannt gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zumindest bis zum Abteilungsleiter?

Zeuge D. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zumindest?

Zeuge D. B.: Ja. Der Dr. Urmann war ja auch da und hat Ihnen das ja auch bestätigt. - Und insofern wird bei der nächsten Abfrage, wenn es heißt: „Nun bewertet mal die Zusammenarbeit mit den Amerikanern. Wie ist der Sachstand und wie die Bewertung?“, der Abteilungsleiter sagen: „Da war doch was. Das schreiben wir jetzt auch dem Präsidenten, dem irgendwem, der einen hochrangigen Besucher das nächste Mal trifft, auf“, und sagt: „Pass auf, da war was; wir haben es abgestellt, aber du solltest es wissen.“ So kann ich mir das erklären. Ich habe die - - 2008, 2010 war ich nicht in der Abteilung. Ich kann Ihnen also nicht sagen, wie diese Vermerke ganz konkret entstanden sind. Das ist für mich eine plausible Erklärung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie würden vor dem Hintergrund Ihrer langjährigen Erfahrung im BND sagen, es wäre nicht unüblich, dass ein so gravierender



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorgang nicht nach oben gemeldet wird? Aber nachher, wenn es darum geht, die Zukunft - - also, ich sage mal, mittelbar Dinge aus diesem Vorgang abzuleiten, dann informiert man die Hausspitze und das Bundeskanzleramt?

Zeuge D. B.: Wie gravierend ein Vorgang war, hatten ja zu der damaligen Zeit die entsprechenden Unterabteilungsleiter, Abteilungsleiter zu bewerten, und die hatten auch die Meldung abzugeben. Und wie lange EADS/Eurocopter, ich sage mal, in der Steuerung war, ob es überhaupt drin war, ob man es sofort wieder hat ausräumen können, ob da überhaupt nichts anderes war und nie wieder was vorgekommen ist, das kann ich Ihnen alles nicht sagen. Aber das beeinflusst natürlich die Entscheidung: Melde ich was, oder melde ich was nicht? Ich sage ja nicht: Im Keller hat Licht gebrannt, ich habe es ausgemacht, und das melde ich nach oben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt müssen wir zum - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können es auch nicht sagen, weil es keine Akten darüber gibt. Aber es ist doch eine relevante Frage auch im Hinblick auf die Unternehmen, die betroffen sind.

RD Philipp Wolff (BK): Es geht jetzt wirklich um Spekulationen meines Erachtens. Kann der Zeuge nichts dazu sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Frage ist relevant. Aber sie muss dann im Zweifel in der nächsten Runde noch mal vertieft gestellt werden, weil wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion. Und jetzt wäre, wenn ich es richtig sehe, die Fraktion der CDU/CSU dran, und Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. Vielen Dank. - Ich bleibe bei dem Komplex. Sie hatten ja die Situation beschrieben im Jahr 2013. Es war viel los. Sie standen auch durchaus unter Druck. Sie konnten uns jetzt noch nicht sagen, was genau

Sie bewogen hat, dann diese Prüfung zu veranlassen. Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, können Sie uns auch nicht sagen, warum Sie gewisse Kriterien aufgestellt hatten, nach denen die Überprüfung zu erfolgen hat. Das können Sie uns dann nur Geheim sagen. Ist das richtig?

(Der Zeuge nickt)

Haben Sie sich mit irgendjemandem darüber beraten? Oder haben Sie das alleine entschieden? Oder können Sie sagen, woher Sie dann auch diese Kenntnis hatten, dass besondere Kriterien zu überprüfen sind? War das Ihr alleiniger Entscheidungsprozess? Wie sind Sie dazu gekommen?

Zeuge D. B.: Das kann ich nicht mehr genau sagen. Aber ich werde Ihnen gerne die Kriterien dann in der nichtöffentlichen Sitzung sagen. Es war auf jeden Fall, wie gesagt, ohne konkretes Verdachtsmoment.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie haben sich da auch nicht beraten mit Kollegen?

Zeuge D. B.: Ja, kann durchaus sein, dass ich mich auch mit meinem Unterabteilungsleiterkollegen beraten habe. Und natürlich ist es auch so: Man erstellt erst zunächst mal einen Anfangsauftrag an den Referenten. Der beginnt mit der Arbeit. Und wenn dann irgendwelche Sonderfeststellungen getroffen werden, wird der Auftrag eingeschränkt, ausgeweitet. Er ist ja - - Wenn ich das Ergebnis noch überhaupt nicht vorhersehen kann, muss die Auftragsvergabe zunächst ja relativ grob und diffus sein und wird dann verfeinert, wenn erste Teilergebnisse da sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Also das heißt - -

Zeuge D. B.: Und wenn was Kritisches auftreten würde, würde man weiter analysieren. Wenn man sagt, ist alles in Ordnung, packt man alles wieder ein und sagt: War schön.

Nina Warken (CDU/CSU): Also es war sozusagen ein dynamischer Vorgang, während dem Sie immer mit dem Referenten in Kontakt waren, und Sie hatten wieder Rückmeldungen und haben



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann auch noch mal nachjustiert das, was dann zu prüfen war?

Zeuge D. B.: Das war gar nicht viel nachzujustieren. Aber natürlich hat der Referent Fortschritte berichtet. Und abhängig von den Fortschritten wäre mit ihm zu besprechen gewesen, ob man den Auftrag ausdehnt, ob man ihn vertieft oder was man da weiter macht.

Nina Warken (CDU/CSU): Und das wurde auch gemacht?

Zeuge D. B.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und der Referent, das ist ein technischer Mitarbeiter gewesen?

Zeuge D. B.: Ja, ist Mathematiker.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie lange hat der Gesamtvorgang dann ungefähr gedauert?

Zeuge D. B.: Also, er hat gesagt, er hat dafür mehrere Wochen gebraucht in allen Facetten.

Nina Warken (CDU/CSU): Und was war während dieser Wochen? Lief dann die Datenbank weiter? Oder hatten Sie das gestoppt vorher? Oder ging der Betrieb ganz normal weiter, und die Prüfung lief praktisch parallel?

Zeuge D. B.: Da ich ja keinen Verdacht hatte und kein kritisches Element, war ja auch überhaupt keine Notwendigkeit, irgendeinen Betrieb aufzuhalten oder eine Datenbank zu stoppen oder Ähnliches zu machen. Die Maßnahmen ergaben sich ja erst, als ein bestimmtes Ergebnis zutage trat.

Nina Warken (CDU/CSU): Und das Ergebnis war dann am Ende und die Maßnahmen am Ende? Oder gab es zwischendrin schon Zwischenergebnisse, die Sie zu Maßnahmen veranlasst hatten, irgendwas zu stoppen zum Beispiel oder zu melden?

Zeuge D. B.: Da gab es in der Folge entsprechende Ergebnisse, Umsetzungen, die, ich sage mal, zeitnah durchgeführt worden sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Mehrere Maßnahmen?

Zeuge D. B.: Mehrere.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die können Sie uns jetzt benennen?

Zeuge D. B.: In der nichtöffentlichen Sitzung kann ich Ihnen die benennen.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie vorher gesagt, man hätte vielleicht noch nach mehr suchen können. Sie waren aber der Auffassung, dass ein Restproblem, haben Sie es, glaube ich, genannt, nicht geblieben ist, also dass man ja das Gesamtprofil untersucht hat und ein Restproblem es nicht gegeben hätte. Das Wort hatten Sie verwendet. Hätte man noch mehr suchen können? Oder sind Sie jetzt tatsächlich der Auffassung, dass alles, was da kritisch ist in der Datenbank, jetzt auch praktisch durch Ihre, die von Ihnen veranlasste Prüfung rausgekommen ist?

Zeuge D. B.: Ich hatte keinen konkreten Anhalt, der einer vertieften Analyse dann weiter bedurfte.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Sie haben gesagt, dass Sie sich mit Ihrem Kollegen, dem UAL T1, dann abgestimmt hatten, bzw. Sie haben den drüber informiert, dass Sie den Suchauftrag erteilt haben, den Prüfauftrag erteilt haben. War das dann gleich zu Beginn? Oder war das während des laufenden Prozesses?

Zeuge D. B.: Ich habe den informiert vor der eigentlichen Auftragsteilung, weil da brauchte ja auch mein Referent die Unterstützung der Dienststelle Bad Aibling. Die musste ihm ja gewährt werden. Und nachdem das Ergebnis vorlag, habe ich ihn auch über das Ergebnis grob informiert und habe ihn auch über meine vorgeschlagene Maßnahme informiert. Und er hat beiden immer zugestimmt.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat er irgendwas veranlasst? Oder hat er das dann auch mit niemandem besprochen? Oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Ich kann Ihnen dazu nichts Näheres sagen. Wenn Sie es genau wissen wollen, müssen Sie ihn selber befragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Also von dem Prüfauftrag wussten Bescheid Sie, der UAL T1 und der Dienststellenleiter in Bad Aibling sowie Ihr Referent?

Zeuge D. B.: Ja, da mögen noch zwei, drei andere im Umfeld, die da noch Hilfstätigkeiten oder - - aber das war es im Wesentlichen, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Ich hatte hinsichtlich Ihrer Ausführungen am Anfang noch eine Rückfrage. Sie haben gesagt. Die Selektoren kommen, die kommen nach Bad Aibling, und da werden sie eine Woche gesammelt, bevor sie dann weitergeleitet werden an die Zentrale. - Warum werden die denn da eine Woche gesammelt? Gibt es da keine Dringlichkeit, wenn man da irgendein neues Merkmal, irgendeine neue Telefonnummer oder irgendwas hat eines Terroristen oder - - Das habe ich jetzt irgendwie nicht verstanden, dass da zunächst eine Woche die Selektoren gesammelt werden sollen, bevor sie dann zur Prüfung weitergeleitet werden. Und was passiert - - Wo befinden sie sich, während sie da gesammelt werden? Sind sie da schon irgendwie in der Datenbank drin? Oder? Können Sie das vielleicht konkretisieren?

Zeuge D. B.: Darf ich das sagen?

RD Philipp Wolff (BK): Das betrifft die Einzelheiten des Prüfverfahrens, und das würde ich tatsächlich dann auch in nichtöffentlicher Sitzung machen.

Zeuge D. B.: Was ich Ihnen sagen kann, ist, wenn ein - - Nein, das muss ich auch leider nichtöffentlich sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und warum es jetzt eine Woche dableibt, können Sie auch nichts dazu sagen?

Zeuge D. B.: Sind dann nicht so zeitkritische Selektoren. Wären sie zeitkritisch, würden sie anders behandelt werden.

Nina Warken (CDU/CSU): Und nachdem ein Selektor abgelehnt worden ist, was passiert dann mit dem? Wird der komplett gelöscht? Bleibt der in der Datenbank drinnen? Können Sie dazu was technisch ausführen?

Zeuge D. B.: Die werden historisch gesammelt über all diese Jahre. Das ist diese Ablehnungsliste oder Ablehnungsdatei, die dann die Dienststelle ausgedruckt hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber das ist dann eine extra Datei, oder ist das eine Gesamtdatei? Befinden die sich weiterhin in der Gesamtdatei und sind nur als, sind etwa nur - -

Zeuge D. B.: Es wird ein bestimmter Bestandteil der Gesamtdatei wahrscheinlich sein. Aber genau weiß ich es nicht. Das weiß die Dienststelle in Bad Aibling.

Nina Warken (CDU/CSU): Besteht irgendeine Möglichkeit, dass nach Ablehnung eines Selektors noch mal händisch dieser Selektor wieder geändert als - - oder wieder eingestellt werden kann? Oder kann jemand, nachdem die Prüfung erfolgt ist - - Könnte man das noch mal händisch ändern?

Zeuge D. B.: Ich bin kein Bediener der Datenbank. Ich nehme an, dass ja, dass ich den Status von „approved“ auf „disapproved“ oder so, wenn ich neue Erkenntnisse habe, dass das durchaus gemacht werden kann, oder wenn - es ergibt sich ja auch aus gewissen Sachen - ein, ich sage mal, Dschihadist nach Deutschland einreist. Für seinen Aufenthalt in Deutschland ist der grundrechtsgeschützt. Jetzt reist er wieder aus. Dann könnte er wieder gesteuert werden - also ein ausländischer Dschihadist natürlich. Also da gibt es durchaus ja Fälle, wo unterschiedliche Rechtskonstruktionen auch sind. Aber das ist jetzt eher ein fiktives Beispiel. Da habe ich kein Beispiel aus der Praxis. Ich denke, das ist möglich, den Status der entsprechenden Selektoren zu ändern. Wer da welche Berechtigungen hat, wer das machen darf, ob das durch irgendwen genehmigt werden darf usw., habe ich keine genauen Kenntnisse, weil das in Bad Aibling gemacht wird.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Und die abgelehnten Selektoren werden dann irgendwann mal an die Amerikaner gemeldet? Oder wie ist da das Verfahren?

Zeuge D. B.: Ja, wird denen automatisiert mitgeteilt.

Nina Warken (CDU/CSU): In welchen Abständen?

Zeuge D. B.: Sobald sie abgelehnt werden, kriegen sie den - - Sie versuchen ja - -

RD Philipp Wolff (BK): Zu den Einzelheiten dann bitte in nichtöffentlicher Sitzung. Das ist ein Grundsachverhalt, aber - -

Zeuge D. B.: Ja. - Sie kriegen es zeitnah mitgeteilt.

Nina Warken (CDU/CSU): Und was passiert innerhalb des BND mit den abgelehnten Selektoren? Schaut da jemand drauf?

Zeuge D. B.: In welchem Sinne? Ich verstehe Ihre Frage nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, wird irgendwas - - Wenn die Selektoren abgelehnt sind, in der Datenbank als abgelehnt aufgeführt sind, dann werden sie automatisch an die Amerikaner weitergeleitet. Und findet dann innerhalb des BND noch mal irgendeine Draufsicht statt? Bewertet irgendjemand diese abgelehnten Selektoren? Erlangt irgendjemand Kenntnis davon, welche Selektoren man genau abgelehnt hat? Es könnte ja dann durchaus ein Interesse bestehen, zu schauen, welche Selektoren, die dann abgelehnt sind, denn da eingestellt werden sollten. Findet da irgendeine Bewertung statt?

Zeuge D. B.: Routinemäßig findet meines Wissens keine Analyse dieser Ablehnungen statt. Wenn natürlich jetzt solche Sondertatbestände auftauchen, dann fragt man natürlich nach: „Was ist in all den Jahren abgelehnt worden?“, und versucht, eine Systematik zu erkennen. Aber routinemäßig, denke ich, nicht. Aber ich bin auch nicht in Bad Aibling und habe mit dieser Datenbank nicht gearbeitet.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber es wurde anlassbezogen dann schon noch mal draufgeschaut. Habe ich Sie jetzt gerade richtig verstanden?

Zeuge D. B.: Wenn es einen konkreten Anlass hat, bietet natürlich die Datenbank die Möglichkeit, dass ich sage: Was ist denn da sonst noch gesteuert worden? - Ist natürlich ein gutes Hilfsmittel. Würde jeder vernünftige Mensch auch nutzen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die Amerikaner, geben die in irgendeiner Form eine Rückmeldung hinsichtlich der abgelehnten Selektoren? Oder wird da noch mal drüber gesprochen?

Zeuge D. B.: Im Normalfall nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Also es wird dann akzeptiert?

Zeuge D. B.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Können Sie was dazu sagen, aus welchen Erfassungsansätzen denn die Daten stammen, die dann mittels der Selektoren gefiltert werden?

RD Philipp Wolff (BK): Die konkreten Erfassungsansätze bitte nur in nichtöffentlicher Sitzung. Das ist nachrichtendienstliche Methodik.

Nina Warken (CDU/CSU): Wissen Sie, ob der BND die von den US-Nachrichtendiensten zur Verfügung gestellten Selektoren auch auf die von ihm selbst erfassten Daten anwendet, also - -

Zeuge D. B.: Ich weiß das schon. Das darf ich Ihnen aber nur in nichtöffentlicher Sitzung sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Ja, ich hätte mal noch eine Verständnisfrage bei der Ablehnung der Selektoren. Wenn, ja, nachdem die Selektoren - - Die NSA hat die Selektoren ja geliefert, weil man daraus bestimmte Erkenntnisse ziehen wollte. Wenn der BND das jetzt abgelehnt hat und hat gesagt - oder das Prüfverfahren -: „Diese



Nur zur dienstlichen Verwendung

Selektoren, die lassen wir nicht zu“, und die NSA hat da eine Rückmeldung bekommen, ist es dann möglich, dass man sich vielleicht aufgrund der Ablehnung - halten Sie es für möglich? - andere Wege gesucht hat, andere Selektoren geliefert hat, um ähnliche Erkenntnisse zu erzielen, die man ja eigentlich mit den abgelehnten Selektoren erhalten wollte? Halten Sie das für möglich?

Zeuge D. B.: Da müsste ich spekulieren. Aber ich würde sagen: Die NSA hat so viele Erfassungsansätze auf der ganzen Welt. Wenn mal eine Erfassungsstelle was ablehnt - -

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Dann ist das kein Schaden?

Zeuge D. B.: Ja.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Dann sucht man sich andere Wege?

Zeuge D. B.: Aber, ich sage mal, das ist Spekulation.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Okay.

Zeuge D. B.: Was die NSA tut und macht und zu welchen Schlüssen sie kommt, das weiß ich nicht.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Und für den BND war das jetzt nicht wichtig oder nicht zielführend, dass man sagt: „Wir schauen mal in regelmäßigen Abständen drauf: Was ist denn hier konkret abgelehnt worden? Was haben die bei uns angefragt?“ Das ist was, was ich einfach immer noch nicht so ganz nachvollziehen kann. Also das wäre jetzt für mich irgendwie so eine logische Sache, dass ich einfach sage: Mensch, gucken wir doch mal: Was geben wir denn da immer wieder zurück? Was akzeptieren wir denn nicht?

Zeuge D. B.: Also, ich muss auch spekulieren, weil ich diese Datei ja nicht führe und nicht jede Woche da Ergebnisse bekommen habe. Ich habe auch nie was drüber gehört. Ich denke, wenn der

Sachbearbeiter immer wieder dieselben Ablehnungen bekommt, wird er auch nach oben melden, sagt er: Der Amerikaner versucht immer wieder, das zu steuern, obwohl das ja nicht erlaubt ist; ihr müsst dem mal sagen, diese Selektoren sind grundsätzlich bei uns verboten. - Aber ob das so stattgefunden hat, kann ich Ihnen nicht sagen.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Okay. - Danke schön.

Nina Warken (CDU/CSU): Eine wichtige Frage, die sich noch stellt, ist ja, ob und gegebenenfalls wie lange denn die Erfassung mit Selektoren erfolgte, die dann später ausgeschieden sind. Kann man das noch nachvollziehen? Haben Sie das irgendwie nachvollzogen? Können Sie dazu was sagen? Also: Hat es eine Erfassung gegeben mit abgelehnten Selektoren und in welchem Umfang?

Zeuge D. B.: Ich weiß jetzt nicht, ob ich die Frage richtig verstanden habe. Wenn ein Selektor zunächst eingesteuert war und ist nachträglich abgelehnt worden? Oder wie ist Ihre Frage?

Nina Warken (CDU/CSU): Genau, vor allem jetzt mit den Selektoren, die dann aufgrund Ihrer Überprüfung abgelehnt worden sind. Ich denke mal, dass die Selektoren, die automatisch abgelehnt worden sind - - Ich weiß nicht: Waren die dann auch kurze Zeit in der Erfassung? Die kommen - so habe ich es verstanden - doch gar nicht in die Erfassung. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge D. B.: So ist es.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber die Selektoren, die dann aufgrund Ihrer Überprüfung abgelehnt wurden: Davon ist auszugehen, dass die auch in der Erfassung waren. Können Sie das nachvollziehen, wie lange die in der Erfassung waren und ob dadurch auch Meldungen erstellt worden sind?

Zeuge D. B.: Es ist begrenzt nachvollziehbar, da die Datenbank da keine große Historie führt. Und Meldungen sind da bestimmt keine mit erstellt worden - also jedenfalls nicht deutscherseits.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Hat man an die Amerikaner Ergebnisse geliefert, die aus der Erfassung mit diesen, ich sage jetzt mal, unzulässigen Selektoren hervorgegangen sind?

Zeuge D. B.: Es lässt sich in Teilbereichen nicht nachvollziehen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn ein Selektor eingestellt wird in die Datenbank, wird das mit einem Datum auch versehen?

RD Philipp Wolff (BK): Also, zu den Einzelheiten auch des Aufbaus der Datenbank bitte nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wie haben Sie das jetzt mit dem Teilbereich gemeint? Kann man es zum Teil? Also, das lässt jetzt hier die Frage offen, ob es dann einen Teil gibt, wo Sie es nachvollziehen können und wo Sie was dazu sagen können. Also: Hat es da eine Weiterleitung gegeben oder nicht?

Zeuge D. B.: Es gibt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den leitungsvermittelten, den Telefonselktoren, und den paketvermittelten, den Internetselktoren. Die Datenbanken sind ein bisschen unterschiedlich.

RD Philipp Wolff (BK): Das bitte ich wirklich in nichtöffentlicher Sitzung - - Da kann man das en détail schildern. Das ist wirklich nachrichtendienstliche Methodik, wie Datenbanken aufgebaut sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann habe ich jetzt keine weiteren Fragen soweit für diese Runde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn die Union keine weiteren Fragen mehr hat, hätte ich eine Information, bevor wir in die nächste Frageunde eintreten. Ich kann allen Fraktionen mitteilen, dass der Bundestagspräsident die Genehmigung für die beantragten Sondersitzungen nicht erteilt hat. Den beantragenden Fraktionen, Herr Kollege Hahn, wurde das schon mitgeteilt. Also Ihnen ist das bereits schon mitgeteilt. So wie ich weiß, hat Frau Kollegin Renner es ja auch schon

getwittert. Vielleicht waren Sie nicht mit einbezogen in die Info. Für die Koalitionsfraktionen ist keine gesonderte Information erfolgt. Die haben wir aber dann im Ausschusssekretariat bekommen. Und deswegen teile ich es jetzt mit, weil es eben noch nicht alle Fraktionen offiziell bekannt gegeben bekommen haben.

Wir kommen damit zur nächsten Fragerunde, und es beginnt in der zweiten Fragerunde wieder die Fraktion Die Linke. Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Zeuge, ich würde Sie gerne fragen, ob Sie das MoA kennen.

Zeuge D. B.: Ich weiß, dass es ein MoA gibt. Ich weiß, dass es auch einen Legal Annex gibt, der deutsche und US-Staatsbürger schützt. Ich kenne grob den Inhalt, kenne aber keine Einzelheiten.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, ob in diesem Annex auch Regelungen getroffen werden, was passiert, wenn entgegen den Absprachen doch Verstöße gegen G 10 und deutsche Interessen eintreten?

RD Philipp Wolff (BK): Zum Inhalt des MoA in eingestufte Sitzung. Es handelt sich um ein eingestuftes Dokument.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage ja nicht zum - - Ich frage zur Rechtsfolge. Hat das MoA eine Rechtsfolge, wenn Verstöße festgestellt werden?

RD Philipp Wolff (BK): Die Rechtsfolge ist Ergebnis des Inhalts des MoA.

Martina Renner (DIE LINKE): Damit haben wir aber festgestellt, dass es eine Rechtsfolge gibt in diesem MoA. Also, ich meine, jedes Mal, wenn Sie intervenieren, Herr Wolff, ist irgendwie klar, dass man die Sache bejahen kann.

Sind Ihnen neben dem MoA andere Rechtsfolgen im Haus sozusagen bekannt gemacht worden, wenn Verstöße gegen G 10 bzw. deutsche Interessen in der Datenerfassung bemerkt werden? Gibt es dazu Dienstvorschriften, Erlasse des Präsidenten, irgendetwas?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss nur ganz kurz ansprechen: Wenn ich es richtig verstanden habe, hat der Zeuge nicht gesagt, dass es Rechtsfolgen aufgrund des MoA gibt.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das habe ich jetzt gesagt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, genau. Weil Sie sagten: Sind Ihnen neben dem - - Nur dass der Zeuge es nicht gesagt hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Genau. Hat er auch nicht.

(RA Johannes Eisenberg: In öffentlicher Sitzung darf er dazu gar nichts sagen!)

Also sind daneben - - Gibt es weitere Vorschriften innerhalb des BNDs, welche Rechtsfolgen, Benachrichtigungspflichten eintreten, wenn bei der Datenverarbeitung Verstöße gegen G 10 bzw. deutsche Interessen festgestellt werden?

Zeuge D. B.: Für den Bereich G 10 gibt es ein extra Referat, wo mehrere Volljuristen tätig sind, die diese Rechtsfolgen ganz genau kennen und auch in Dienstvorschriften umsetzen. Die wissen das ganz genau. Ich weiß das nicht ganz genau. Ich kenne meine Dienstpflichten, gegen die ich nicht verstoßen soll.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge D. B.: Und ob da drüber hinaus noch weitere, größere Rechtsfolgen sind, ist auch zunächst - - kann dahingestellt bleiben.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann reden wir über diese Dienstpflichten. Und dann noch mal ganz konkret: Gibt es Benachrichtigungspflichten bei Kenntnis zu Verstößen gegen G 10?

Zeuge D. B.: Verstehe ich jetzt nicht. Welcher konkrete Verstoß?

Martina Renner (DIE LINKE): Also: Sie sind im Bereich der Datenverarbeitung tätig. Und gibt es

etwas im BND, was sagt, wenn man dabei feststellt, dass sich deutsche Grundrechtsträger und -trägerinnen in der Datenverarbeitung befinden, dass man irgendjemand im Haus zu informieren hat?

Zeuge D. B.: Es gibt eine Dienstvorschrift G 10. Da steht das bestimmt alles ganz genau drin, was man in welchem Falle wie zu tun hat. Ich bin aber kein G-10-Bearbeiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Aber das kann ja sein, dass es auch außerhalb der G-10-Bearbeitung Fälle gibt - in den Außenstellen, der technischen Aufklärung -, dass plötzlich G-10-Bezüge auftreten. Was passiert denn dann?

Zeuge D. B.: Soweit ich weiß, gibt es die Weisung, wenn unbeabsichtigt da was erfasst wird, dass es unverzüglich zu löschen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Keine Benachrichtigungspflicht?

Zeuge D. B.: Soweit ich weiß, nicht. Aber ich bin jetzt nicht der Experte auf dem Gebiet. Es ist ja dann auch - - Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist denn analog bei deutschen Interessen an Benachrichtigungspflichten? Gibt es da auch so etwas wie eine Löschungspflicht oder eine Benachrichtigungspflicht? Oder entscheidet man das dann frei von Vorschriften?

Zeuge D. B.: Ich denke, es ist so: Der BND bekommt ja ein Auftragsprofil von der Bundesregierung und hat - -

Martina Renner (DIE LINKE): In der Regel, ja.

Zeuge D. B.: Er hat ja jetzt sein Sammeln von Informationen an diesem Auftragsprofil auszurichten und wählt die richtigen Strecken aus, steuert die richtigen Telekommunikationsmerkmale ein und prüft dann die Ergebnisse. Und die Ergebnisse müssen ja dann wieder relevant sein fürs Auftragsprofil. Und wenn sie nicht relevant sind oder man diese Information an anderer Stelle



Nur zur dienstlichen Verwendung

ganz viel einfacher bekommen kann und nicht durch Fernmeldeaufklärung, ist das zu löschen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das ist wo niedergelegt?

Zeuge D. B.: Ich glaube, das ist allgemeiner Rechtsgrundsatz. Das ist - - Kann ich Ihnen jetzt nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das ist allen bekannt?

Zeuge D. B.: Das ist grundsätzlich allen bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Also wenn man feststellt, dass irgendetwas stattfindet, was eigentlich so nicht in das Aufgabenprofil des BND passt oder was möglicherweise gegen den G-10-Grundrechtsschutz verstößt, dann ist: löschen und nicht benachrichtigen.

Zeuge D. B.: Also, Grundrechtsschutz ist immer eine ganz andere Kategorie, sehr viel höher; dann sofort löschen. Und wenn irgendetwas passiert ist, dann den und jenen informieren. Also ein ganz tief geregeltes, gestaffeltes Verfahren.

Martina Renner (DIE LINKE): Ganz tief?

Zeuge D. B.: Habe ich im Rahmen meiner Erfassung etwas festgestellt, was nicht zum Auftragsprofil passt, dann darf ich es halt nicht speichern, sondern muss es löschen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn sich bei der Sichtung der Selektoren oder der Ergebnisse ergeben würde, dass eine europäische Institution betroffen ist: Was würde das dann auslösen? Ist das lediglich die Frage, dass dort deutsche Interessen verletzt wurden, und dann löschen?

Zeuge D. B.: Müsste ich auf die nichtöffentliche Sitzung verweisen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es dazu Regelungen, was ist, wenn europäische -

Zeuge D. B.: Soweit ich weiß - -

Martina Renner (DIE LINKE): - Parlamente, Regierungen, Institutionen betroffen sind?

Zeuge D. B.: Ja, es gibt Regelungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Seit wann?

(Zuruf: Letzte Woche?)

Zeuge D. B.: Spätestens seit Anfang November 2013.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, die Auswertung ab August 2013 - der Kollege von Notz hatte ja sogar das korrekte Datum genannt - hat ein paar Wochen gedauert. Könnten Sie sagen, ob das vielleicht auch zwei Monate war? Was müssen wir unter „ein paar Wochen“ uns vorstellen? Könnte es sein, dass am Ende dieses Prozesses die Feststellung stand: Es sind europäische Institutionen, Regierungen, Parlamente betroffen?

RD Philipp Wolff (BK): Dazu kann der Zeuge in nichtöffentlicher Sitzung etwas sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Aber es könnte ja einen zeitlichen Zusammenhang zwischen dieser Regelung aus November 2013 und dem Prüfprozess geben. Es lag auf jeden Fall nahe, danach zu fragen.

Zeuge D. B.: Nein, da gibt es keinen zeitlichen Zusammenhang.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wann würde man eigentlich die Behördenleitung informieren? Was muss eigentlich passieren, dass man sagt: „So, das stelle ich jetzt ganz nach oben durch“? Also, wir kennen das ja alle irgendwie. Es gibt ja Dinge, wo wir sagen: Oje, jetzt muss ich den Fraktionsvorstand informieren. - Wie ist es bei Ihnen? Ab wann sagt man: „Jetzt muss ich ganz nach oben klingeln“?

Zeuge D. B.: Das ist immer eine Ermessensfrage - erstens. Zweitens. Es gibt ein paar Dienstvorschriften, auch zum Beispiel eine Dienstvor-



Nur zur dienstlichen Verwendung

schrift „Besondere Vorkommnisse“. Da steht genau drin, welches konkrete Dings man wann wie und warum melden muss.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Dienstvorschrift „Besondere Vorkommnisse“, glaube ich, haben wir nicht, Herr Vorsitzender. Oder? Die wäre wahrscheinlich hilfreich für unsere Arbeit.

Zeuge D. B.: Glaube ich wahrscheinlich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wieder die Fraktion wechseln. - Ich habe nämlich auch schon geguckt, ob wir die Dienstvorschrift haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt kommen wir zur Fraktion der Union. - Ich möchte nur ganz kurz mit zwei, drei Fragen da anknüpfen. Also, ich kenne auch in den Fraktionen keine Vorschrift, wo das Melden an den Fraktionsvorstand geregelt ist.

(Zuruf: Bei Ihnen nicht! -
Martina Renner (DIE
LINKE): Wir sind auch
keine Behörden!)

Aber Sie waren ja einige Jahre Soldat, wahrscheinlich zwölf Jahre, und dann Berufssoldat - und Oberst, hatten Sie gesagt. Sie kennen doch den Grundsatz beim Militär „Melden macht frei“, oder?

Zeuge D. B.: Den kenne ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gut. Der ist auch nirgendwo geschrieben, glaube ich, oder?

Zeuge D. B.: Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist der irgendwo aufgeschrieben?

Zeuge D. B.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber hilft. Oder?

Zeuge D. B.: Dem, der meldet, dem hilft es, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz genau. Hilft.

Zeuge D. B.: Weil, ich sage mal, dann kann ich auch den unwichtigen Kram alles nach oben melden und muss selber keine Entscheidung treffen -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Richtig.

Zeuge D. B.: - und keine Verantwortung übernehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will damit sagen: Es gibt sicherlich das ein oder andere, was auch nicht in einer entsprechenden Dienstvorschrift steht, was aber ganz klug ist für den, der meldet, weil nach dem Grundsatz „Melden macht frei“ man erst mal die Verantwortung los ist. Richtig?

Will sagen: Selbst wenn wir alle Dienstvorschriften beiziehen, was wir ja mal überlegen könnten, werden wir wahrscheinlich nicht zu jedem relevanten Sachverhalt dort einen konkreten Tatbestand „Dies ist zu melden“ finden. Oder? - Kann ich mir auch selbst beantworten: Nein. Das wäre schon sehr außergewöhnlich.

Wann würden Sie denn - Sie haben ja eine Führungsfunktion - entscheiden, dies ist ein Sachverhalt, der zu melden ist, oder dies ist ein Sachverhalt, den regele ich auf meiner Ebene, den melde ich nicht? Jetzt bräuchte ich nur eine abstrakte Definition, wann Sie sagen, melden oder nicht melden. Wonach entscheiden Sie das?

Zeuge D. B.: Es ist ja immer ein Abwägungsprozess und ein Ermessensspielraum. Es hängt bestimmt damit zusammen: Welche Ebene verfügt über welche Kompetenz oder hat welche Ansprechpartner? Also Verantwortung, Kompetenz spielt dabei eine Rolle. Man kriegt mit den Jahren auch ein Gefühl dafür, was meldewürdig ist und was nicht meldewürdig ist. Aber es gibt natürlich gerade - - Je höher, sage ich mal, die Position ist,



Nur zur dienstlichen Verwendung

umso weniger gibt es feste Regeln: Wenn A, dann B. Aber es gibt natürlich in Einzelfällen oder in bestimmten Fällen vorgeschrieben - - Und auch beim Nachrichtendienst, gerade bei, ich sage mal, nachrichtendienstlichen Sachen, die ein gewisses Risiko beinhalten, ist vorgeschrieben: Wer muss das aus welchem Grunde wie genehmigen, und was ist da auch zu melden?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie hatten den Bereich besondere Vorkommnisse genannt.

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Immer meldepflichtig, glaube ich.

Zeuge D. B.: Und da gibt es noch weitere.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - All das lag in dem Bereich, den wir gerade mit Ihnen diskutieren, aus Ihrer Sicht nicht vor. Oder doch?

Zeuge D. B.: Da mache ich von meinem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann würde ich die Fragen jetzt innerhalb der Union weitergeben, wenn Fragen bestehen. Frau Kollegin Lindholz.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Ja, wir haben noch ergänzende Fragen zum Komplex vorhin. - Können Sie uns sagen - - In der Zeitung steht ja die ganze Zeit, der BND hat die entsprechenden Nachrichten, die ihm durch die Selektoren geliefert worden sind, bevor es an die NSA weitergegangen ist, selbst ausgewertet. Stimmt das so? Ist Ihnen das bekannt? Können Sie das so bestätigen?

Zeuge D. B.: Darf ich nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Okay. - Dann wäre die daran anknüpfende Frage - es geht vielleicht dann auch nur nichtöffentlich; ich versuche es trotzdem mal -: Wann oder bei welcher Gelegenheit fiel denn dem BND erstmals auf, dass einzelne Selektoren Einrichtungen oder Behörden

europäischer Partnerstaaten beinhalten können oder zuzuordnen sind? - Auch nur nichtöffentlich?

Zeuge D. B.: Da muss ich auch leider auf die nichtöffentliche Sitzung verweisen.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann mache ich mal weiter. - In der *Süddeutschen Zeitung* am 24. April dieses Jahres stand, dass im BND im Jahr 2014 eine geheime Arbeitsgruppe gegründet worden sein soll, die dann die Selektoren nochmals einer genauen Überprüfung unterzog. Dabei sollen dann Tausende kritischer Selektoren identifiziert worden sein, die schon früher mal aufgefallen waren, die aber zum großen Teil nicht zum Einsatz gekommen sind. Diese Liste soll dann angeblich verschwunden sein, und dann hat man es wieder rekonstruiert, und dann seien eben 2 000 problematische aktive Selektoren gefunden worden. Dieser Bericht, spiegelt der Ihre Prüfung wider, oder ist das eine andere Arbeitsgruppe? Gibt es diese Arbeitsgruppe? Stimmt es, was da in der Presse steht, oder sind das unterschiedliche Vorgänge? Können Sie uns zu dem Vorgang irgendwas sagen?

Zeuge D. B.: Also, Sie haben begonnen mit 2014: geheime Arbeitsgruppe. Das sagt mir jetzt gar nichts. Ich müsste mir vielleicht den Artikel anschauen. Dann könnte ich sagen, ob ich mir da einen Reim drauf machen kann.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber die Prüfung, die Sie gemacht haben, war auf jeden Fall keine gegründete geheime Arbeitsgruppe?

Zeuge D. B.: Die war weder eine geheime Arbeitsgruppe, noch war sie 2014.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Es stand ja jetzt schon öfter in der Presse, dass im Jahr 2005 innerhalb des BND erstmals bekannt war, dass kritische Suchbegriffe eingestellt wurden. Haben Sie über diesen Vorgang irgendwie Kenntnis erlangt? Ich weiß, Sie waren dann da noch nicht der Zuständige in der zuständigen Unterabteilung. Aber haben Sie darüber Kenntnis, was dann im Nachgang passiert ist, wer informiert wurde?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Ich habe darüber damals Kenntnis bekommen; -

Nina Warken (CDU/CSU): Was heißt „damals“?

Zeuge D. B.: - aber ich weiß weder den genauen Umfang, was festgestellt wurde, noch die genauen Maßnahmen, die daraus dann gezogen wurden.

Nina Warken (CDU/CSU): „Damals“ heißt dann auch in dem entsprechenden Jahr?

Zeuge D. B.: 2005/2006; danach hatten Sie ja gefragt, soweit ich Sie verstanden habe.

Nina Warken (CDU/CSU): In welcher Funktion waren Sie damals in dem - -

Zeuge D. B.: Da war ich Leiter des Führungsunterstützungsreferates des Abteilungsleiters.

Nina Warken (CDU/CSU): Und der Abteilungsleiter hatte dann davon Kenntnis erhalten?

Zeuge D. B.: Er hat da auch von Kenntnis erhalten, soweit ich weiß.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber Sie haben keine Kenntnis darüber, was für Maßnahmen ergriffen worden sind?

Zeuge D. B.: Nein, ist mir nicht erinnerlich.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat man dann jemand anders auch informiert darüber? Oder wer wusste darüber alles Bescheid innerhalb des BND?

Zeuge D. B.: Also, ich sage mal: Das wussten in der Abteilung aus meiner Sicht viele Führungspersonen. Das war kein Geheimnis.

Nina Warken (CDU/CSU): Innerhalb der Abteilung -

Zeuge D. B.: Innerhalb der Abteilung.

Nina Warken (CDU/CSU): - oder auch höher?

Zeuge D. B.: Ob dann der Abteilungsleiter das in irgendeiner Weise unmittelbar 2005, 2006 an die Leitung gemeldet hatte oder ob das erst mit den veröffentlichten Schreiben im Jahr 2008, 2010 passiert ist, kann ich nicht sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und ist es dann auch zutreffend - Sie haben es gerade schon selbst angesprochen -, dass im Jahr 2008 erneut BND-Mitarbeitern auffiel, dass einige Selektoren eben dem Memorandum of Agreement widersprachen?

Zeuge D. B.: Halte ich für unwahrscheinlich; soweit da berichtet wurde, ging es ja um dieselben Firmen. Soweit mir bekannt, wurden ja diese Firmen, ich sage mal, in diese Prüfstufe integriert, dass diese Firmen nun überhaupt nicht mehr gesteuert werden konnten.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt verstehe ich Sie - -

Zeuge D. B.: Also, da hätten ja neue Firmen und dann mit neuen Namen auftreten müssen; also, das wäre jetzt meine Vermutung. Aber ich war 2008 und 2010 nicht in der Abteilung.

Nina Warken (CDU/CSU): Also habe ich es richtig verstanden: Kein neuer Vorgang in 2008, aber 2008 wurde dann informiert über diesen Vorfall, der 2005 passiert ist?

Zeuge D. B.: So habe ich das verstanden.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wer wurde informiert innerhalb des BND und dann auch in Richtung Kanzleramt?

Zeuge D. B.: Das war doch Aktenvorlage, glaube ich. Also, ich war 2008 nicht in der Abteilung. Ich habe das bei der Vorbereitung hier gesehen, dass das in den Akten war. Also, da ist verlässlicher, Sie schauen es selbst nach.

Nina Warken (CDU/CSU): Sind Ihrer Kenntnis nach irgendwelche Konsequenzen gezogen worden im Jahr 2008?

Zeuge D. B.: Ich war 2008 nicht in der Abteilung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Okay, gut. - Und 2010 gab es ja dann erneut eine Information, eine Meldung. Ist Ihnen darüber was bekannt?

Zeuge D. B.: Ich war auch 2010 nicht in der Abteilung.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich weiß. - Ist Ihnen zu dem Sachverhalt Näheres bekannt?

Zeuge D. B.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. Dann habe ich im Moment auch keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr D. B., Sie haben ja mehrfach darauf hingewiesen, dass Sie die Veröffentlichungen aus dem Archiv der Snowden-Dokumente beschäftigt haben - intensiv - und dass das auch für Sie der Anlass war, da mal zusätzliche Recherchen anzustellen; so schildere ich das jetzt mal.

Zeuge D. B.: Habe ich so nicht gesagt, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht gesagt?

Zeuge D. B.: Ich habe von keinem kausalen Anlass da gesprochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich habe gehört - - Also, ich habe das so verstanden, dass Sie gesagt haben: „Das hat uns sehr beschäftigt“, und dann war mal so ein bisschen Luft, und dann haben Sie sich gedacht: „Jetzt bereite ich mal vor, wenn da jetzt weitere Fragen kommen, wo wir nicht mehr so viel Zeit haben“ - jetzt mit meinen Worten ausgedrückt -, „dass wir dann schon uns vorbereitet haben und sagen können“ - das und das -, „worauf wir zurückgreifen können.“

Zeuge D. B.: In dieser Form könnte ich Ihnen zustimmen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Also gab es da doch - - Meine Frage geht auch ganz woanders hin: Haben Sie sich mal die damals veröffentlichten Dokumente angesehen intensiv - die waren ja zum Teil verfügbar durch Veröffentlichung, nachher auch im Internet -, also die Snowden-Dokumente?

Zeuge D. B.: Je nach Auftragslage war das schon alleine aus diesem Grund erforderlich. Ich habe aber auch aus anderen und Interessensgründen natürlich das auch mir angeschaut, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Wir wissen ja nicht, für was Ihre beiden Buchstaben stehen. Aber ist Ihnen mal aufgefallen, dass in diesen Dokumenten ein „Dietmar B“ vorkommt, oder - -

Zeuge D. B.: Ist mir aufgefallen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. - Und hat Sie das besonders motiviert, jetzt mal nachzugucken? „Dietmar“ - ich weiß nicht, ob das jetzt mit Ihrem Namen was zu tun hat; aber die Buchstaben sind ja auffällig zusammentreffend, jedenfalls nachdem Sie hier sitzen und das „B“ - -

Zeuge D. B.: Ich weiß jetzt nicht, was Sie bezwecken, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich möchte gerne wissen, ob Sie das - - Sie sagen ja, das ist Ihnen aufgefallen. Haben Sie das auf sich bezogen, um das mal so zu schildern?

(RA Johannes Eisenberg:
Da muss er keine Aussage
zu machen!)

- Wieso denn nicht?

(RA Johannes Eisenberg:
Weil er unter dem Namen
D. B. hier auftritt!)

- Ja, aber da ist ein Dietmar B. genannt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist doch keine
Aussage!)

der in die USA zu der NSA gefahren ist.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand -
RA Johannes Eisenberg:
Keine Aussage!)

Also, sind Sie in der Zeit, auf die sich die Snowden-Dokumente beziehen, da mal auf einer Dienstreise zur NSA gewesen mit einem anderen Kollegen, den wir hier auch als Zeugen haben?

(RA Johannes Eisenberg:
Können wir mal eine Pause
haben, Herr Vorsitzender?)

Wir können den ja noch fragen.

(RA Johannes Eisenberg:
Können wir mal eine Pause
haben?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie eine Pause zur Besprechung wünschen, ist das auf jeden Fall möglich. Dann würden wir - -

(RA Johannes Eisenberg: Ja!
Es ging ja eben darum, den
Zeugen zu deanonymisieren!
- Abg. Christian Flisek
(SPD) meldet sich zur
Geschäftsordnung)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

(RA Johannes Eisenberg: Es
geht doch gerade darum,
den Zeugen zu deanonymisieren,
und das will ich
gerne mit dem Zeugen mal
besprechen!)

- Ich will wissen, ob der Zeuge sich in den Dokumenten wiedergefunden hat. Das ist doch eine wichtige Information.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe ja schon die Uhr angehalten. Selbstverständlich hat der Zeuge immer die Chance und die Möglichkeit, sich mit seinem Zeugenbeistand zu besprechen. Gleichzeitig gibt es einen Geschäftsordnungsantrag - Sie können sich schon besprechen - vom Kollegen Flisek.

Christian Flisek (SPD): Also, ich möchte nicht die Entscheidung des Vorsitzenden vorwegnehmen. Aber ich würde vorschlagen, wir können eine Pause machen und nutzen bitte die Zeit für eine Beratungssitzung, weil ich eine Beratungssitzung beantrage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müssen wir umbauen. Das ist klar, nicht? - Okay. Eine Beratungssitzung ist vom Kollegen Flisek beantragt. Stimmen dem alle zu? Das fände ich grundsätzlich richtig, wenn eine Fraktion das beantragt. - Okay. Ich höre keinen, der Nein sagt. Dann würden wir - -

(Unruhe)

- Das höre ich jetzt nicht. Ist das noch eine Wortmeldung? - Nein.

Dann haben wir jetzt eine Beratungssitzung. Ich bitte aus diesem Grund die Damen und Herren auf der Tribüne, den Saal zu verlassen.

(RA Johannes Eisenberg:
Können wir unsere Sachen
hier liegen lassen?)

- Sie können sich draußen in Ruhe beraten aus diesem Grund, haben sogar etwas mehr Zeit, als wir sonst wahrscheinlich hätten.

(Unterbrechung des
Sitzungsteils Zeugenvernehmung,
Öffentlich:
17.40 Uhr - Folgt
Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugenvernehmung,
Öffentlich:
18.03 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen D. B.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses erneut und teile kurz mit: Wir haben uns beraten bezüglich der Reihenfolge der Zeugenvernehmungen; ich denke, das ist auch für die Öffentlichkeit von Interesse. Wir werden jetzt mit der öffentlichen Vernehmung von Ihnen, Herr D. B., weitermachen, danach im Anschluss den Zeugen Dr. T., der als präsen- ter Zeuge uns zur Verfügung steht, vernehmen. Da haben wir uns eine Selbstbeschränkung auferlegt, dass jede Fraktion acht Minuten Zeit hat; das ist eine Ausnahmeregelung. Wir werden dann in eine eingestufte Sitzung gehen, weil wir Sachverhalte noch zu untersuchen haben, die in großen Teilen eingestuft sind, und der Zeuge T. B. wird heute nicht mehr vernommen.

Wir beginnen wieder mit den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; dort haben wir unterbrochen. Der Kollege Ströbele war dabei, Fragen zu stellen, und ich darf ihm wieder das Wort erteilen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte ja die Frage gestellt - danke, Herr Vorsitzender -, ob Sie auf der Reise in die USA mit Ihrem Kollegen Wilfried K. gewesen sind vom 30. April bis zum 1. Mai 2013 und den Vermerk in den Dokumenten von Edward Snowden kennen, in dem über diese Reise mit Namensnennung berichtet wird.

Zeuge D. B.: Würde ich Ihnen gerne in nicht-öffentlicher Sitzung beantworten, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Um „gerne“ geht es hier nicht, sondern dann müssen Sie schon begründen, warum das in nichtöffentlicher Sitzung sein soll. Das ist nicht Belieben, wissen Sie? Eigentlich sind Sitzungen öffentlich und auch Zeugenbefragungen; so steht es im Gesetz.

RA Johannes Eisenberg: Herr Vorsitzender! Herr Abgeordneter! Der Zeuge hat ja eine Aussagegenehmigung, die sich darauf beschränkt, unter

einem bestimmten Namen hier aufzutreten. Das rechtfertigt die Entscheidung, sich zu diesem Fragenkomplex nur in nichtöffentlicher Sitzung zu erklären, weil anderenfalls eine Deanonymisierung des Zeugen für den Fall, dass er an dieser Reise teilgenommen hat, zu besorgen stünde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann Ihnen vielleicht noch bei der Beantwortung der Frage jetzt zur Hilfe geben, dass Ihr Kollege, der Chief of the Collection des BND - so sind die hier bezeichnet -, in öffentlicher Sitzung darüber berichtet hat oder jedenfalls das eingeräumt hat.

Zeuge D. B.: Herr Eisenberg hat das - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum können Sie das dann nicht? Ist das bei Ihnen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Begründung ist ja gerade mitgeteilt worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ist eine willkürliche Auslegung der Aussagebeschränkung.

(RA Johannes Eisenberg: Ja, dann müssen Sie zum Amtsgericht gehen und ein Gehorsamsmittel beantragen, wenn man meint, dass ich nicht recht habe!)

- Ja. - Also, Sie wollen mir die Frage nicht beantworten?

Zeuge D. B.: Nein, die möchte ich nicht beantworten.

(RA Johannes Eisenberg: Wir wissen das auch nicht, ob der Chief of Collection oder wer immer das ist, wie der sich und ob der - - und ob dessen Name bekannt war und so was! Das wissen wir alles nicht!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, den kennt er ja. Mit dem war er ja zusammen auf dieser Reise.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein! Aber wir wissen nicht, wie der hier ausgesagt hat und wie der beraten war! Das kann ja auch nicht der Maßstab dafür sein, ob der Zeuge, dem eine Aussagegenehmigung, beschränkt auf den Auftritt unter einem bestimmten Namen, erteilt worden ist, das Recht hat, hier eine Deanonymisierung vorzunehmen! Das ist doch schlicht und ergreifend die juristische Frage!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann frage ich mal umgekehrt: Sie haben ja vorhin auf meine Frage, ob Sie Ihren Namen gefunden haben in den Unterlagen von Edward Snowden, schon bejaht. Dann frage ich Sie - -

(RA Johannes Eisenberg:
Nein, das hat er nicht!)

- Doch.

Zeuge D. B.: In keinster Weise, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Das habe ich alles erfunden? - War das Auftauchen des Namens - ganz egal, wer das nun ist - „Dietmar B“, also „B.“ - ein Punkt steht hier nicht, sondern nur ein schwarzer Balken -, für Sie einer der Gründe, sich näher mit Ihren Selektoren zu befassen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei der Beantwortung: Würden Sie das Mikro etwas näher an sich ranziehen, damit die Stenografen Sie auch gut hören können?

Zeuge D. B.: Nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wollen Sie es beantworten?

Zeuge D. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut - oder schlecht. - Wer hat denn diese Selektoren, um die es hier geht, angewandt? Sie haben ja gesagt, Sie haben da einen Referenten beauftragt, das zu machen. Wer hat denn die Selektoren sich dafür ausgedacht? Waren Sie das? Hat Ihnen die jemand vorgegeben? War das der Referent?

Zeuge D. B.: Ich habe Ihre Frage, glaube ich, nicht richtig verstanden. Wir haben das - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dann sage ich es, damit Sie es besser verstehen, so: Wer hat denn die Selektoren „diplo“ - das sind ja auch Selektoren, wenn man so will -, „bundesamt“ und „gov“ sich ausgedacht, dass die in die Dateien eingegeben werden sollen, in die Selektorendateien, um festzustellen, ob da vielleicht was schiefgelaufen ist? Wer ist der Urheber?

Zeuge D. B.: Da geht es ja wieder um Details der Listen, und das darf ich nur in nichtöffentlicher Sitzung aussagen, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Sie können aber allgemein sagen, wer sich die Kriterien für die Suche überlegt hat. Waren Sie das, oder war da ein Dritter dran beteiligt?

Zeuge D. B.: Kann ich Ihnen gerne in nichtöffentlicher Sitzung beantworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso können Sie das nicht hier machen?

Zeuge D. B.: Das kann ich nicht hier.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, was heißt, das können Sie nicht? Sie wollen nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff sagt uns genau, warum er das nicht kann. Herr Wolff.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Mögliche Kriterien für die Suche sind eingestuft. Eine Folgefrage, die sich mit diesen möglichen Kriterien befasst und diese bestätigen würde, ist folgerichtig auch eingestuft, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich frage ja jetzt - - Die Begriffe habe ich ja nur als Beispiel genannt, als ganz theoretische Beispiele, weil die so in der Zeitung stehen. Ich will von Ihnen wissen, wer, welche Begriffe das auch immer waren - - Wer war daran beteiligt? Waren Sie das alleine? War das der Referent mit Ihnen? Oder war das Ihr Kollege, den Sie davon unterrichtet haben?

Zeuge D. B.: Wie das Ergebnis zustande kam - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen ins
Mikro sprechen,
Herr Zeuge!)

Wie das Ergebnis zustande kam, unterliegt ja nur der nichtöffentlichen Sitzung. Ich muss ja anfangen, Ihnen zu erläutern - - mit dem Auftrag, und dann kann ich Ihnen erläutern, wer zu welcher Zeit was gemacht hat, und da fallen all diese Antworten heraus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich leider doch auch mal wieder einschreiten, jetzt aber andersrum: Bezüglich der Inhalte, also wenn es um „gov“ oder sonst was geht, teile ich die Ansicht der Bundesregierung. Wenn die Frage ist: „Wer ist am Entscheidungsprozess beteiligt?“, sehe ich das nicht von der Aussagegenehmigung ausgeschlossen. Es geht nur darum, wer mit Ihnen diese Entscheidung gefasst hat. Haben Sie das alleine gefasst - so hatte ich Herrn Ströbele verstanden, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - hat das der Techniker gemacht, den Sie beauftragt haben?

Das sehe ich nicht von „nur in eingestufte Sitzung“ abgedeckt. Das können Sie auch nach meiner Meinung hier sagen.

Zeuge D. B.: Ich war an der Definition, sagen wir mal, von Begriffen nicht beteiligt. Die Begriffe, die Sie da genannt haben, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die lassen Sie mal weg, egal welche.

Zeuge D. B.: - sind von mir so nicht bestimmt und nicht eingepflegt worden und mit niemandem abgestimmt worden. Da habe ich persönlich überhaupt nichts mit zu tun.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat das dann - - Kann man davon ausgehen - weil ein anderer war ja da nicht mehr dazwischen -, dass der Referent sie irgendwoher genommen hat? Ich weiß es nicht; die kann er ja auch aus einem Buch - - oder sich ausgedacht haben.

Zeuge D. B.: Da müssten Sie den Referenten fragen, welche Begriffe er angewandt hat und wie er da zu denen gekommen ist, wenn er denn welche angewandt hat. Und Sie müssten natürlich auch die Dienststelle in Bad Aibling fragen, welche Begriffe die angewandt haben. Aber ich will Ihnen das, wie gesagt, alles gerne in nichtöffentlicher Sitzung erklären.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, Herr D. B., es war doch so, dass Sie diesen Auftrag erteilt haben. Vielleicht haben Sie nicht die ganzen Einzelheiten - - Aber Sie werden doch gesagt haben: Gucken wir mal die Selektoren durch nach den und den - vielleicht gar nicht mal die Begriffe; vielleicht haben die die selber gefunden - Gründen, warum da was schiefgelaufen sein könnte. Das war ja der Hintergrund.

Zeuge D. B.: Nein, ich habe mehrfach hier heute schon gesagt - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mikro!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch nicht einfach gesagt: „Gucken Sie mal in die Selektoren rein“, sondern das hatte doch einen Grund.

Zeuge D. B.: Ich habe das jedes Mal anders gesagt. Ich habe ohne konkreten Grund - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, können Sie etwas mehr ins Mikro reinsprechen?

Zeuge D. B.: Ich habe ohne konkreten Grund die Gesamtliste nach gewissen Kriterien durchsuchen lassen, und diese Kriterien waren nicht von der Art, die Sie jetzt benennen, in keinsten Weise.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern andere Kriterien?

Zeuge D. B.: Sondern andere Kriterien, die ich Ihnen gerne erläutere.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt müssen wir zur nächsten Fraktion kommen, und die nächsten Fragen stellt die Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Wir haben momentan keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann sind wir bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin - - Nein, Herr Kollege Hahn; Entschuldigung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Diesmal mache ich es. - Sie haben - - Nein, ich fange mal anders an: Wer kann bei Ihnen im BND Dienstanweisungen, Verfügungen, verbindliche Regelungen oder Ähnliches erlassen im Haus? Wer ist dazu berechtigt?

Zeuge D. B.: Also, Weisungen an die entsprechend unterstellten Mitarbeiter kann ja jeder Vorgesetzte erlassen. Es kann jeder für seinen Bereich schriftliche Dienstanweisungen erlassen. Je größer die Bereiche sind, müsste ich natürlich immer den jeweils Zuständigen - - Wenn es den Gesamtbereich der Abteilung beträfe, müsste der Abteilungsleiter es erlassen. Vielleicht gibt es

auch manchmal eine federführende Zuständigkeit bei einem entsprechenden - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Eine Verfügung für den gesamten BND oder die Frage der technischen Aufklärung?

Zeuge D. B.: Die werden vom Präsidenten zumindest gebilligt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben vorhin gesagt, dass seit November - vermutlich oder voraussichtlich ab November - 2013 es Verfügungen oder Neuregelungen gab für den Umgang mit europäischen Zielen und Suchbegriffen. Sie haben das bestätigt, dass sich dort etwas geändert hat. Sie wollten zu den Details dann möglicherweise später etwas sagen.

Zeuge D. B.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Danach frage ich Sie auch nicht, sondern: Wenn es solche Neuregelungen gab, durch wen wurden sie dann erlassen? Die Frage hat natürlich folgenden Hintergrund: Bisher war ja immer behauptet worden, die BND-Spitze hatte keine Kenntnis von den Vorgängen. Wenn aber eine solche Neuregelung zum Umgang mit europäischen Begriffen und Zielen getroffen wird - eine verbindliche Regelung, wie man im BND damit künftig umgeht -, dann muss die ja von jemandem erlassen sein, der auch wusste, dass es diese Pannen gegeben hatte.

Zeuge D. B.: Also, den kausalen Zusammenhang erkenne ich nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, man erlässt ja nicht drei Wochen, nachdem Sie mit ihrer Überprüfung fertig sind und die Dinge finden, plötzlich eine Neuregelung für den Umgang mit europäischen Zielen, die die NSA eingespielt haben möchte in die Systeme. Und, wie gesagt, der, der das plötzlich erlässt, macht das ja aus einem Grund und nicht, weil plötzlich irgendwie die Sonne von der falschen Richtung aufgeht.

Zeuge D. B.: Ja. - Da muss ich mich kurz mit dem Herrn Wolff beraten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand begeben sich zum Platz von RD Philipp Wolff (BK) und beraten sich mit diesem sowie mit weiteren Anwesenden)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Vielleicht zwischendrin - weil wir alle überlegen, über welchen Erlass, bezogen auf NSA-Selektoren, gefragt wird -: Kann man uns das - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es ist vorhin die Frage gestellt worden, wie man denn mit Europa umgegangen ist, und dann hat er gesagt, dass es dann eine Veränderung gab, neue Regeln -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, das kommt vom Zeugen?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - richtig - zu Europa, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - und hat dann auch das Datum genannt: ungefähr November 2013.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und da habe ich jetzt nachgefragt: Wer hat das erlassen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wir können das nicht in den Akten finden, weil wir sonst geblättert hätten; alles klar.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Alles klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Genau deshalb frage ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut.

Zeuge D. B.: Also, der zeitliche Zusammenhang ist ja sehr groß - August bis November -; der be-

steht auch nicht. Die Weisung, die ich angesprochen habe, betrifft im Kern die eigene Erfassung des Bundesnachrichtendienstes, und zu Details würde ich Ihnen gerne dann in nichtöffentlicher Sitzung etwas sagen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben aber jetzt die Frage noch nicht beantwortet, wer die erlassen hat. Das ist nicht eine Frage, die nicht-öffentlich besprochen werden muss, sondern das ist eine klare Frage: Wer hat diese Weisung oder Dienstanweisung erlassen?

(RD Philipp Wolff [BK]
meldet sich zu Wort)

- Herr Wolff, Sie können nicht für den Zeugen antworten; es tut mir leid. Das ist eine klare Frage.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte nur sagen, dass er dazu aussagen kann.

Zeuge D. B.: Alles klar. - Der Präsident hat die erlassen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aha. Der BND-Präsident?

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das macht doch immer der Präsident, oder? Oder sehe ich das falsch?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein. Die Frage habe ich ja vorher gestellt, wer alles im Haus das kann. Und wenn genau der Präsident das erlassen hat, nachdem aufgefliegen ist, dass europäische Suchbegriffe bei den Amerikanern waren, dann ist doch der Zusammenhang nicht nur naheliegend, sondern fast zwingend, dass die BND-Spitze entgegen allen bisherigen Behauptungen doch gewusst hat, dass diese europäischen Ziele enthalten waren.

Zeuge D. B.: Ich habe Ihnen gesagt, dass da kein Zusammenhang besteht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Wolff.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, woher wissen Sie denn das?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe die Zeit auch angehalten. Herr Wolff.

(Zuruf von RD Philipp Wolff (BK))

- Nein, das müssen wir schon mit Mikro machen; sonst nehmen Sie sich eins von der Seite. Ein Mikro muss ja gehen. Es soll ja nicht die ganze Regierung abgeschaltet sein.

RD Philipp Wolff (BK): Der Zeuge hat gesagt, es besteht kein Zusammenhang, und das würde er gerne in nichtöffentlicher Sitzung erklären.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist aber hochinteressant; bis jetzt hat sich das alles etwas anders dargestellt. - Dann haben Sie an einer anderen Stelle vorhin gesagt, wenn ich es richtig mitgeschrieben habe, dass Sie im Nachgang, dass Sie später mit Kollegen gesprochen haben und erfahren haben, dass die eine Liste, mit der Sie auch zu tun hatten, wohl gelöscht worden sei und dass Sie das erfahren hätten. Da möchte ich Sie gerne fragen: Mit wem haben Sie gesprochen, und von wem haben Sie denn diese Information bekommen?

Zeuge D. B.: Soweit ich mich erinnere, habe ich gesagt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte das Mikro!

Zeuge D. B.: Ja. - Soweit ich mich erinnere, habe ich gesagt, dass ich erfahren habe, dass das Ergebnis der Listen verarbeitet wurde, dass also Aktionen stattgefunden haben. Ich bin gefragt worden, inwieweit ich denn eine Vollzugsmeldung bekommen hätte. Und darauf habe ich geantwortet: Eine direkte Vollzugsmeldung habe

ich nicht bekommen; aber ich habe verschiedenen Gesprächen entnommen, dass an den Ergebnissen bzw. der Umsetzung der Maßnahmen gearbeitet wird. - Das bezog sich nicht auf den Punkt, den Sie jetzt gemacht haben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Mit wem haben Sie denn da gesprochen?

Zeuge D. B.: Zum Beispiel mit dem Referatsleiter T2A.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Als Einzigem oder - -

Zeuge D. B.: Das mögen noch andere gewesen sein. Auf jeden Fall - - Es mag auch ein Sachbearbeiter noch gewesen sein, der für die AND-Zusammenarbeit oder diese Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten zuständig war. Ich konnte das mehreren Gesprächen entnehmen, dass man mit dieser Thematik befasst ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Weil vorhin wirklich der Begriff „Löschen“ fiel; ich habe mir das aufgeschrieben.

Zeuge D. B.: Nein, mit „Löschen“ - - Also, vielleicht habe ich auch mich missverständlich ausgedrückt; aber das würde ich gern so klarstellen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut. - Dann habe ich noch eine letzte Frage. Es fiel ja vorhin schon mal der Begriff, dass also diplomatische Ziele usw. dort dringewesen sein können; das steht ja auch in den Medien. Da gibt es ja auch die entsprechende Endung „diplo“ usw. Da möchte ich Sie noch mal ganz allgemein fragen: Gab es Selektoren, zum Beispiel solche - - Wir können ja über die einzelnen jetzt nicht reden. Aber gab es solche Selektoren ganz allgemein, bei denen zum Beispiel eben stand „@diplo.at“ und ohne dazugehörigen Namen, wo also die E-Mail-Adresse abgekürzt war, kein Name davor, was dann in der Endkonsequenz bedeuten würde, dass ja jeden Tag Tausende E-Mails abgefangen werden können aus dieser Behörde, wenn das nicht einem Namen zugeordnet ist? Gab es solche Dinge unter



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Suchbegriffen, unter den Listen oder Selektoren, die Sie gesehen haben oder auch eingepflegt haben? Sie haben ja sogar gesagt, Sie konnten Begriffe einpflegen oder durften Begriffe einpflegen; das war vorhin Ihre Formulierung. Gab es so etwas?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Zum Inhalt der Listen kann er in Teilen in nichtöffentlicher Sitzung etwas sagen, aber nur in abstrakter Form.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, Entschuldigung; Herr Wolff, da muss Ihnen auch widersprechen. Sie haben uns ein Testat zukommen lassen. Da stehen - -

RD Philipp Wolff (BK): Das ist geheim!

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Moment! Warten Sie! Sie wissen doch gar nicht, was ich sagen will. - Da stehen solche Sachen wie „Max Mustermann“. Das ist ja nun nicht geheim.

RD Philipp Wolff (BK): Doch.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der wird ja nun in jeder Kreditkartenfirma verwandt: „Max Mustermann“, „Mustermann Max“ und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - das Testat ist insgesamt eingestuft.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und selbst wenn da „Daffy Duck“ drinsteht, ist auch das geheim.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann soll von mir aus „Daffy Duck“ drinstehen. - Ich habe die Frage gestellt - und die kann man so allgemein beant-

worten -, ob es abgekürzte Begriffe gibt ohne konkrete Namen für E-Mails, die dazu führen konnten, dass man ganze Behörden jeden Tag - Hunderte oder Tausende Mitarbeiter - auf diese Weise ausforschen konnte. Das ist eine ganz klare Frage: ob es solche Mailadressen gegeben hat. Er braucht keine einzige zu nennen; nur die Frage, ob es so was gegeben hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, das ist schon beantwortet.

RD Philipp Wolff (BK): Völlig unabhängig davon, ob es solche gegeben hat oder nicht, geht es da um nachrichtendienstliche Methodik: Wie steuert man Selektoren? Und dazu, zu so einer abstrakten Frage, wie Sie völlig zu Recht sagen, kann der Zeuge etwas in eingestufte Sitzung sagen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut. - Er hätte ja jetzt Nein sagen können in öffentlicher Sitzung; dann wäre für alle klar, dass es so was nicht gibt. Jeder kann natürlich jetzt den Umkehrschluss ziehen.

RD Philipp Wolff (BK): Der aber nicht zu ziehen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir brauchen das nicht auszudiskutieren hier.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
meldet sich zu Wort)

- Dazu oder was?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dazu. - Ich wollte dazu sagen: Wenn man das verneint, dass das öffentlich diskutiert werden darf, dann sind alle Darstellungen bisher irreführend, weil der Kollege Hahn hat ja völlig recht: Wenn man jetzt bei den Begriffen, die jetzt im Raum stehen - diese 2 000 Ziele -, von 2 000 Personen ausgeht, dann geht das natürlich irgendwie in die falsche Richtung, wenn es sich auch um Prüfkriterien handelt wie bundestag.de oder siemens.com oder bundeswehr.com. Dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind es nämlich auf einmal 400 000 Ziele, obwohl sie nur drei Selektoren einsetzen. Deswegen ist das vom Prinzip her für uns eine relevante Frage, und sie sollte auch in öffentlicher Sitzung beantwortet werden; denn ich hoffe, das ist nicht der Fall. Denn sonst sind sozusagen alle Darstellungen bisher völlig irreführend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn ich es richtig verstanden habe, sagt die Bundesregierung: „Das wird in eingestufte Sitzung beantwortet“, richtig?

RD Philipp Wolff (BK): Der Zeuge kann abstrakt beispielsweise sagen, ob es weniger Ziele als Selektoren sind. Zur konkreten Art der Selektoren - - Das ist nachrichtendienstliche Methodik.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Dann müssten wir mit den Fragen weitermachen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich brauche hier auch nicht weiterzufragen. Es ist ja klar geworden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann sind wir - Frau Kollegin Renner auch nicht? - mit der Fraktion Die Linke zeitlich durch. Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben in öffentlicher Sitzung keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Zeuge, ich wollte noch mal auf dieses Dreistufenverfahren zurückkommen, was wir am Anfang diskutierten, und noch mal fragen, ab welchem Jahr Sie zusagen, dass dieses dreistufige Verfahren gelaufen ist.

Zeuge D. B.: Also, sicher kann ich sagen, dass seit 2008 es für Bad Aibling angewandt wurde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Drei Stufen?

Zeuge D. B.: Ja; also, ich sage mal, jetzt nicht mit hundertprozentiger Sicherheit - das verzeihen Sie mir; das müsste ich in Akten nachlesen -, aber ich habe überhaupt keine anderen Erkenntnisse. Die dritte Stufe ist meines Erachtens sehr früh dazugekommen nach den ersten zwei. Also, „2008 für Bad Aibling“ hat einen hohen Wahrheitsgehalt.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zwei Stufen hundertprozentig, dritte Stufe nicht ganz klar, ab welchem Zeitpunkt.

Zeuge D. B.: „Nicht ganz klar“ würde ich nicht sagen. Ich glaube, es war auch den kompletten Zeitraum. Ich bin mir aber nicht ganz sicher.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Die drei Stufen bestanden, wenn ich das vorhin richtig verstanden habe - nur um das noch mal für mich klarzumachen -, in der ersten Stufe aus den - ich nenne das mal so - schlichten G-10-Filtern +49 und „de“-Adressen. Korrekt? Das war die erste Stufe? Das hatten Sie ja vorhin so gesagt.

RD Philipp Wolff (BK): Dazu kann er etwas sagen, weil das sind die ganz einfachen Kriterien. Wenn es in die Details geht, dann sind wir uns einig - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich versuche das nur - -

Zeuge D. B.: Ich habe deshalb zu Ihnen geguckt, Herr von Notz: Ich kann die Frage leicht beantworten; aber er hat da eben eingegriffen und wollte Details des dreistufigen Verfahrens nicht. Also, ich sage: Ja, die erste Stufe ist so, grundsätzlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich freue mich besonders, wenn die Fragen ins Mikro beantwortet werden. Dann haben wir auf Dauer alle mehr davon, wenn wir unseren Abschlussbericht erstellen wollen, weil sonst haben wir da weiße Seiten drin; das wollen wir ja nicht produzieren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Ja, es ist so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Die zweite Stufe ist eine G-10-Positivliste; das haben Sie vorhin so gesagt.

Zeuge D. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was muss man darunter verstehen?

Zeuge D. B.: Hatte ich eben auch, glaube ich, erläutert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau; aber sagen Sie es noch mal.

Zeuge D. B.: Auslandsvertretungen deutscher Firmen -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge D. B.: - und § 3 G 10: gesteuerte Dschihadisten mit ausländischen Telekommunikationsmerkmalen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann die dritte Stufe sind deutsche Interessen - unbestimmter Rechtsbegriff; das kann man im Detail nicht sagen, weil geheim. Das erzählen Sie uns nachher vielleicht. Aber das ist die dritte Stufe?

Zeuge D. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. - Jetzt habe ich zwei Fragen zu diesem Verfahren. Das Erste ist: Es gibt natürlich durch diese Aussortierung vor allen Dingen bei der Stufe eins, würde ich denken, falsch Aussortierte, ja? Denn Sie kriegen - - Alles, was eine +49-Nummer hat oder vielleicht sogar nur eine 49-Nummer hat, wird aussortiert. Korrekt?

Zeuge D. B.: Ja, ist korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. - Sortiert man die falsch Aussortierten wieder ein?

Zeuge D. B.: Ich weiß jetzt nicht, was Sie mit „falsch aussortiert“ meinen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, es gibt dann eben MAC-Adressen von fiesen Taliban, die eine 49 in ihrer Adresse haben, und die will man ja vielleicht.

Zeuge D. B.: Das wird geprüft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Wie funktioniert das eigentlich? Weil ich gehe ja davon aus, dass die deutschen grundrechtsträgerrelevanten Daten nicht gespeichert werden, sondern sofort verworfen werden müssen. Und wie findet denn diese Nachsortierung, um jetzt die falsch Aussortierten zu finden, statt? Man muss ja praktisch - ich abstrahiere jetzt für mich als Laien - in den Papierkorb gehen und da durchgucken: Aha, das sind alles Deutsche, noch ein Deutscher, noch ein Deutscher; ach, guck mal, hier ist eine MAC-Adresse, wieder zurück ins Töpfchen. - So muss das doch funktionieren.

Zeuge D. B.: Ich bin jetzt unsicher mit den abgelehnten Deutschen, inwieweit die gespeichert werden oder nicht gespeichert werden. Das kann ich Ihnen nicht genau sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. - Aber wenn es stimmt, was Sie und andere Zeugen gesagt haben, dass man die falsch Aussortierten wieder ins Töpfchen schmeißt, wenn ich das mal so simplifizieren darf, dann muss das ja sinnlogisch irgendwie so funktionieren.

Zeuge D. B.: „Falsch Aussortierte“ - das hatte ich ja eben erläutert - wäre zum Beispiel eine E-Mail, die mit 49 beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig.

Zeuge D. B.: Die ist ja keinem Grundrechtsträger zugeordnet, sondern ist ja bewusst aufgrund, ich sage mal, wirklich menschlicher Bewertung und intensiver Prüfung entweder Grundrechtsträger oder nicht Grundrechtsträger und wird nur ins



Nur zur dienstlichen Verwendung

Töpfchen zur Steuerung geschmissen, wenn eindeutig klar ist, dass es kein Identifikationsmerkmal für einen Grundrechtsträger ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Korrekt, das leuchtet ein. Aber Grundvoraussetzung für dieses Prozedere muss sein, dass Sie die Grundrechtsträger, die Treffer sind, erst mal aufheben und die noch mal händisch durchforstet werden, was ich für einen, wenn ich das mal sagen darf, rechtlich relevanten Vorgang halte. Und deswegen ist die Frage: Wie funktioniert es genau? Werden vielleicht sozusagen die Grundrechtsträger, die man auf der ersten Stufe ausfiltert, gar nicht gleich gelöscht, wie es eigentlich sein müsste, sondern man hebt sie auf, um noch mal die Fehltreffer rauszusuchen und die wieder zurück ins Töpfchen zu schmeißen?

Zeuge D. B.: Also, bezüglich der Speicherung von Fehltreffern und insbesondere von Grundrechtsträgern kann ich Ihnen hier keine dezidierte Aussage machen, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fällt Ihnen nach all Ihren Jahren Erfahrung ein Weg ein, wie das sinnlogisch aufzulösen wäre?

Zeuge D. B.: Also, das wäre unter Federführung dieses Rechtsreferates, das wir für G 10 machen, zu machen. Die würden mit einem Vorschlag kommen, und die Praktikabilität würde auch im Zusammenhang mit den technischen Systemen gemacht werden. Also, da würde ich die Federführung bei den Juristen sehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie sagen, Sie wissen nicht, wie das funktioniert?

Zeuge D. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Zweite Frage: In diesem Ablauf der drei Stufen: Was macht diese Negativliste, diese 2015 bei Ihnen zum ersten Mal aufgeschlagene Liste mit 38 000 Selektoren, aussortierten Selektoren? Wo kommt die in diesem Drei-Stufen-Verfahren zum Einsatz?

Zeuge D. B.: Jetzt verstehe ich. - Die in den drei Stufen abgelehnten Selektorvorschläge werden ja zurückgemeldet nach Bad Aibling und werden in diese Ablehnungsliste aufgenommen, und diese Ablehnungsliste wird mit Historie seit, glaube ich, 2008 oder so geführt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber - -

Zeuge D. B.: Also, jedes abgelehnte Kriterium aus diesen Stufen wird in der Bad Aiblinger Ablehnungsliste - -

RD Philipp Wolff (BK): Bitte den Zeugen, wenn es jetzt en détail geht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, okay, das verstehe ich.

Zeuge D. B.: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will gar nicht ins Detail; ich will mir die Logik dieses Systems jetzt erschließen. Und wenn Sie mir jetzt sagen: „Wir führen diese berühmte, seit zwei Wochen berühmte Ablehnungsliste aus dokumentatorischen Gründen“, dann leuchtet mir das ein.

Wenn Sie mir sagen, Sie machen irgendwas mit dieser Ablehnungsdatei, dann würde ich gerne wissen, was, weil die Dinge, die Sie hier ausfiltern in Stufe eins, Stufe zwei und Stufe drei, die filtern Sie ja sowieso aus. Das System funktioniert ja; die Dinge, die Sie treffen mit den Filtern, die treffen Sie. Wofür braucht man dann noch die Negativliste, in Klammern, es sei denn, die Negativliste dient dazu, die Amerikaner darüber zu informieren, zu welchen Suchkriterien sie keine Infos mehr bekommen?

Aber wie ist in dem Prozedere zwischen Bad Aibling, Pullach und dem Rest der Welt und den Amerikanern und der „Blechdose“ diese mysteriöse Ablehnungsliste - - Welchen konkreten Zweck erfüllt die im Ablauf der Filterung? Ich habe es immer noch nicht verstanden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Ich kann es Ihnen auch nicht genau sagen. Die ist irgendwie historisch gewachsen. Ich weiß nur, dass es sie jetzt so gibt, seit März 2015. Ein mögliches Argument ist: Wenn die amerikanische Seite Selektoren erneut schickt, die schon mal abgelehnt wurden, stelle ich direkt in dieser Ablehnungsliste fest, die sind geschützt, die brauche ich gar nicht noch mal prüfen. Es wäre ein gewisser Rationalisierungsaufwand. Aber, ich sage mal, richtig überzeugend ist das - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir wären jetzt aber auch mit der Fragezeit - -

Zeuge D. B.: Ich weiß es nicht, aus welchen Gründen diese Historie so entstanden ist, ob es da einen Rational gibt, ob es da eine Vereinbarung gibt. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir wären jetzt auch mit der Fragezeit durch und kämen zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Wir haben in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner? - Wir kommen zur Fraktion der Union. Dort gab es eben keine Fragen.

Ich hätte eine Frage, die vielleicht das klärt, was der Kollege von Notz gerade gefragt hat. Wir reden immer von Listen, und ich glaube, wir alle stellen uns gigantische Papierausdrucke

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

so wie früher mit einem 24-Nadel-Drucker vor. Können Sie was dazu sagen, was das mit Liste - - Reden wir hier von einer Datei, reden wir hier - - So, das ist doch eben schon gefragt worden. Gibt es da verschiedene Listen, oder - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was macht der mit der Datei?)

- Also Datei; genau.

Zeuge D. B.: Das ist eine Datei oder Datenbank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das ist also eine Datenbank. - Dann gebe ich weiter an die nächste Fraktion; das wäre nämlich die Fraktion der Grünen, und da kann der Kollege von Notz nachhaken, wenn er möchte. - Oder der Kollege Ströbele möchte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Herr D. B., Sie haben vorhin mal gesagt, wenn ich das richtig mitbekommen habe, dass Sie diese Begriffe EADS, Eurocopter und französische Politiker aus dem Jahr 2005, die da irgendwann mal aufgefallen sind - - das sei Ihnen auch bekannt gewesen. Das stimmt?

Zeuge D. B.: Mir ist nur EADS und Eurocopter bekannt gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur Eurocopter?

Zeuge D. B.: EADS und Eurocopter, nichts von Franzosen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber nichts Französisches?

Zeuge D. B.: Von Franzosen habe ich keine Erinnerung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut. - Wissen Sie, haben Sie irgendein Wissen darüber, wann die aufgetaucht sind zum ersten Mal? Also, man redet immer vom Jahr 2005. Können Sie das - -

Zeuge D. B.: Ich habe keine konkrete Erinnerung an ein Datum. Ich habe das auch jetzt in der Vorbereitung gesehen, dass es diese Mail mit diesem Datum gibt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Wenn der Zeuge hier zu Details - -

Zeuge D. B.: Mehr kann ich dazu auch nicht sagen.

RD Philipp Wolff (BK): Zu Details zu diesen Fragen soll der Zeuge bitte in nichtöffentlicher Sitzung Angaben machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): Wenn er es nicht weiß, dann weiß er es nicht; so habe ich es jetzt verstanden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. Also, er hat es ja schon gesagt: Er weiß das aus dem Vermerk. Da kommt es mir gar nicht drauf an, sondern wir sind jetzt dann wieder im Jahr 2013, als Sie sich entschlossen haben und den Auftrag erteilt haben, da die Selektoren zu überprüfen. Da gab es ja die Diskussion in Anschluss an die Snowden-Papiere, ob da auch deutsche Unternehmen zum Beispiel dabei sind; erinnern Sie sich vielleicht dunkel dran.

Zeuge D. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt geht meine Frage dahin: Haben Sie sich - - Es waren ja Wahlkampfzeiten. Haben Sie sich da zum Beispiel auch das Sommerinterview der Bundeskanzlerin damals angesehen oder angehört?

Zeuge D. B.: Ich kann mich auf jeden Fall nicht an Einzelheiten diesbezüglich erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das gehört sich aber!)

Also, da soll die Bundeskanzlerin gesagt haben, folgenden Satz, wörtlich: „... es gibt keine Industriespionage gegen deutsche Unternehmen.“ - Erinnern Sie sich daran?

Zeuge D. B.: Mag sein, dass sie es gesagt hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mag sein.

Zeuge D. B.: Sie werden es vor sich liegen haben. Das wird stimmen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir kommt es auch gar nicht jetzt so sehr auf den Wortlaut an, sondern dass da in der Diskussion sogar durch die Bundeskanzlerin zum Ausdruck gebracht wurde: Es gab keine Industriespionage, keine deutschen Unternehmen waren dort - -

Und nun: Der BND-Mitarbeiter D. B. wusste ja: „Es gab durchaus so was“, aus dem, was Sie gelesen hatten, und auch, was Sie danach noch, nachdem Sie dann die Selektoren überprüft haben - - Haben Sie da nicht mal Veranlassung gehabt, zu sagen: „Wer hat denn da die Bundeskanzlerin falsch informiert? Jetzt erzählt die solche Sachen, nun auch noch im Wahlkampf - da soll man ja immer nur die Wahrheit sagen -“,

(Heiterkeit)

und dass Sie dann gedacht haben: „Das muss ich doch jetzt mal nach oben melden“ -

RD Philipp Wolff (BK): Das ist eine suggestive Frage!

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - „oder darauf hinweisen“?

RD Philipp Wolff (BK): Das ist eine suggestive Frage, die nicht zulässig ist. Der wusste überhaupt nichts. Sie stellen eine Frage und setzen eine Tatsache voraus, die überhaupt nicht so feststeht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso?



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): D. B. wusste das gar nicht. Oder wusste er das?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eurocopter, hat er doch gesagt. Ist das keine deutsche Firma, kein deutsches Unternehmen?

RD Philipp Wolff (BK): Da geht es ja nicht um Wirtschaftsspionage, was auch immer. Das wusste doch D. B. nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern? Sondern? Warum ist das denn rausgenommen worden? Um was ging es denn?

(Zuruf von RA Johannes Eisenberg)

RD Philipp Wolff (BK): Es geht um Tatsachen, die D. B. kennt.

(RA Johannes Eisenberg: Es steht ja noch nicht mal fest, dass er diese Rede von Frau Merkel kannte!)

- Bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe ihn ja gefragt.

(Weitere Zurufe)

Ich habe ihn gefragt, ob er Eurocopter wusste.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Schöne ist, dass ich so einen Knopf habe, um alle Mikros auszuschalten. Also, ich kann der Sitzung ja kaum noch folgen, wenn alle reden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich weiß nicht, wie das denjenigen geht, die auf der Tribüne sind. - Ich lasse jetzt erst mal dem Kollegen Ströbele die Möglichkeit, die Frage zu stellen, und dann gucken wir mal, ob die beantwortbar ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben - deshalb habe ich ja so angefangen - gesagt, Eurocopter und EADS war Ihnen ein Begriff, dass das da mal aufgefallen ist. Es ist jetzt egal, ob das 2005 oder 2008 oder so gewesen ist. Jedenfalls war das - - wussten Sie das. Und nun erzählen einige Leute, sogar die Bundeskanzlerin: Deutsche Unternehmen waren nicht Gegenstand der Spionage, vor allen Dingen im Zusammenhang auch mit den Snowden-Enthüllungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eben war das Zitat aber ein anderes, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann sehen Sie: Die Frage ist jetzt: Haben Sie da nicht Anlass gesehen, vielleicht nicht gleich im Kanzleramt anzurufen, aber bei Ihren Vorgesetzten und bei Ihrem Präsidenten mal vorstellig zu werden? Da ist doch was gewesen. Verstehen Sie, die Frage kann ich natürlich fast an jeden Mitarbeiter des BND stellen, der diese Eurocopter-Geschichte wusste. Warum hat Sie das nicht angetrieben, mal zu Ihrem Vorgesetzten zu gehen und zu sagen: „Die Politik und die Kanzlerin, unsere oberste Dienstherrin, die erzählen da Sachen, die ja mit unseren Kenntnissen gar nicht zu vereinbaren sind“?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, haben Sie bei der Kanzlerin angerufen?

Zeuge D. B.: Ich habe nicht bei der Kanzlerin angerufen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber bei irgendeinem Vorgesetzten. Sind Sie nicht auf diesen Gedanken gekommen: „Da ist was falsch“?

Zeuge D. B.: Nein, da bin ich nicht darauf gekommen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Drücken Sie mal auf den Knopf!)

Nein, da bin ich nicht darauf gekommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Sie haben gedacht, die hat recht.

(RA Johannes Eisenberg: Er hat sie doch gar nicht gehört!)

- Doch, er - -

(RA Johannes Eisenberg: Nein! Er hat vorhin nur gesagt, wenn Sie das vorliegen haben, wird es schon stimmen!)

- Ja.

(RA Johannes Eisenberg: So ist das!)

- Ja, und er hat die ganze Diskussion nicht mitbekommen,

(Weiterer Zuruf von RA Johannes Eisenberg)

dass da über - - Haben Sie denn den Papieren, den Dokumenten von Edward Snowden - die sind zwar auch geheim, da steht auch „Top Secret“ drauf, aber sind ja im Internet - denn entnommen, dass doch europäische oder deutsche Unternehmen Gegenstand der Begierde der NSA gewesen sind?

Zeuge D. B.: Aus welchem Dokument haben Sie das entnommen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eins ist im *Spiegel* veröffentlicht,

(RA Johannes Eisenberg: In welchem *Spiegel*?)

und eins ist auch das - - Darüber haben ja die ganze - - Deshalb war ja die Diskussion damals.

Zeuge D. B.: Wenn Sie mir das vorlegen, kann ich es gerne beurteilen. Ich weiß nicht. Sie hat so viele - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie hatten aus Ihrer Kenntnis der Papiere nicht die Kenntnis, dass behauptet wurde - -

Zeuge D. B.: Ich hatte nicht die Kenntnisse, dass in den NSA-Papieren - - dass daraus hervorging, dass deutsche Firmen ausspioniert wurden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

(RA Johannes Eisenberg: Er hat nicht die Erkenntnis!)

Zeuge D. B.: Nicht die Kenntnis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Kenntnis hatten Sie nicht?

Zeuge D. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt frage ich mal in die Fraktionen: Gibt es noch Fragen an den Zeugen D. B. in öffentlicher Sitzung? - Ich sehe, das ist insgesamt nicht der Fall.

Gut, wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir - keine Hektik, ein bisschen brauchen wir noch - einen Beschluss zum Abschluss der Öffentlichkeit fassen. Bitte alle sitzen bleiben! Ich schlage folgenden Beschluss vor: Für die weitere Vernehmung des Zeugen D. B. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, da besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sehe ich nicht.

Bevor wir aber in die nichtöffentliche Sitzung eintreten - das habe ich ja eben schon angekün-



Nur zur dienstlichen Verwendung

digt -, möchten wir einen präsenten Zeugen vernehmen, wenn es nichts Entgegenstehendes gibt. Das ist Dr. T.

Ich darf daher Sie erst mal entlassen aus der öffentlichen Zeugenvernehmung. Ich bedanke mich, dass Sie bereitstanden. Bitte halten Sie sich für die gleich im Anschluss stattfindende Vernehmung in eingestufte Form bereit.

Ich bitte den präsenten Zeugen Dr. T., hier nach vorne zu kommen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unterbrechen wir jetzt kurz? Wir müssen das jetzt machen!)

- Nach Dr. T., würde ich sagen.

(Nina Warken (CDU/CSU):
Was müsst ihr jetzt machen? - Gegenruf des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das eben mit dem Vorsitzenden besprochen!)

- Okay, wir brauchen eine Zeit, bis Dr. T. da ist. Wir nutzen das für eine kurze Unterbrechung, bis wir hier so weit sind und der Zeuge Dr. T. da ist. Eine Viertelstunde, reicht das?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

- Wir unterbrechen die Sitzung für eine Viertelstunde und fangen dann - da ist Herr Dr. T. nämlich da - auch mit der Zeugenvernehmung von Dr. T. an. Es ist unterbrochen für eine Viertelstunde. Danke schön.

(Unterbrechung von
18.43 bis 19.00 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, meine Damen und Herren, ich würde gern wieder anfangen, wenn alle, die der Ausschusssitzung folgen möchten, nun wieder in den Sitzungssaal kommen. Ich würde auch unseren nächsten Zeugen schon mal bitten, mit dem Zeugenbeistand nach vorne zu kommen, sodass wir zügig anfangen können. Dann wird auch das Namensschild ausgewechselt.

So, ich hoffe, alle haben mitgekriegt, dass es jetzt weitergeht. Ich eröffne die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses wieder.

Vernehmung des Zeugen Dr. M. T.

Als Nächstes darf ich unseren nächsten Zeugen begrüßen, Herrn Dr. T. Ich freue mich, dass Sie so kurzfristig als präsen-ter Zeuge der Aufforderung gefolgt sind, heute hier zur Verfügung zu stehen. Ich darf mich hierfür herzlich bei Ihnen bedanken. Sie verzichten damit auch auf etwaige Ladungsfristen, sondern Sie stehen als präsen-ter Zeuge uns bereit. Das freut uns ganz besonders.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, da Sie noch nicht bei uns waren, wenn ich es richtig sehe, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertig. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Dr. M. T.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Auch Sie werden von einem Rechtsbeistand begleitet. Der Rechtsbeistand Herr Eisenberg ist uns bekannt aus dem vorherigen Ablauf des Tages.

Herr Dr. T., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die

Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit eben auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also dementsprechend in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung weiterfragen kann. - Haben Sie hierzu noch Fragen?

Zeuge Dr. M. T.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen kurz den geplanten Ablauf vorstellen.

Wir haben uns darauf geeinigt, dass die Fraktionen, jede Fraktion, nur jeweils acht Minuten reihum fragt. Ich werde daher nicht eingangs Fragen stellen. Sie haben aber trotzdem die Möglichkeit, eingangs nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Danach werden



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann die Fraktionen Ihnen jeweils acht Minuten Fragen stellen. - Soweit Fragen Ihrerseits, oder alles klar?

Zeuge Dr. M. T.: Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar. - Ich darf Sie nun zu Anfang bitten, sich mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. Auch in Ihrem Falle genügen die Initialen und die Anschrift Ihres Dienstsitzes.

Zeuge Dr. M. T.: Ich heiße M. T. Ich bin Oberregierungsrat, 44 Jahre alt, und die Anschrift ist in Pullach; Postleitzahl habe ich nicht im Kopf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber die ist uns inzwischen bekannt. - Herzlichen Dank.

Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Möchten Sie dies?

Zeuge Dr. M. T.: Ich möchte mich nicht äußern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zu den Fragen der Fraktionen, und wie wir es vereinbart haben, beginnt die Fraktion Die Linke mit ihren Fragen und hat dafür acht Minuten Zeit. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, Herr Dr. T., wir sind von dem Vorgängerzeugen davon informiert worden, dass Sie möglicherweise der Sachbearbeiter sind, der im August 2013 mit der Prüfung der Selektoren beauftragt wurde. Gehen wir da richtig?

Zeuge Dr. M. T.: Das ist zutreffend.

Martina Renner (DIE LINKE): Sehr schön. - Dann würden wir gerne wissen, wie es zu diesem Auftrag kam, wer ihn ausgesprochen hat und was der Inhalt war.

Zeuge Dr. M. T.: Mein damaliger Unterabteilungsleiter kam auf mich zu mit dem Auftrag, mir

diese Selektorenliste anzuschauen unter dem Aspekt, welche Arten von Kommunikationsverhalten dort enthalten sind, also welche Arten von Selektoren, und ob Aufklärungsschwerpunkte der NSA erkennbar sind, also vor allem in Bezug auf regionale Schwerpunkte.

Martina Renner (DIE LINKE): Aufklärungsschwerpunkte, bezogen auf Regionen?

Zeuge Dr. M. T.: Vorwiegend Regionen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und zu diesem Zwecke - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Oh, Herr Eisenberg; Herr Wolff sieht gar keine Notwendigkeit, auf das Winken von Herrn Eisenberg einzugehen.

RD Philipp Wolff (BK): Ich warte, bis ich interveniere.

Martina Renner (DIE LINKE): Zu diesem Zwecke ist Ihnen als Arbeitsmittel was zur Verfügung gestellt worden? Also, die Liste aus Bad Aibling; Wie muss ich mir das dann vorstellen?

Zeuge Dr. M. T.: Das war eine Datei, die alle diese Selektoren enthielt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Versuchen Sie bitte, möglichst ins Mikro zu sprechen, dass gerade auch die Stenografen die Chance haben, Sie klar und deutlich zu verstehen. - Danke schön.

Zeuge Dr. M. T.: Das war eine Datei, die alle Selektoren enthielt.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die haben Sie auf einem Rechner dann angesehen, Ihrem Dienstrechner?

Zeuge Dr. M. T.: Ich habe das auf einem separaten Rechner außerhalb des normalen Netzes gemacht, einfach aufgrund des großen Umfangs.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Also nicht aufgrund von Sicherheitsgründen, sondern aufgrund der Dateigröße?

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann haben Sie diese Selektoren überprüft. Und wurden dann auch Selektoren detektiert, zu denen Sie Feststellungen getroffen haben? Also, wurden Selektoren sozusagen noch mal in einer neuen Datei ausgesondert aus dieser großen Selektorenliste, die Sie aus Bad Aibling bekommen haben?

Zeuge Dr. M. T.: Ja. Das Vorgehen war so, dass ich versucht habe, die Selektoren zu trennen nach verschiedenen Typen, und ich habe die jeweils in unterschiedliche Dateien ausgelagert.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, aus dieser ehemaligen großen Datei wurden andere Dateien dann extrahiert?

Zeuge Dr. M. T.: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie viele Dateien waren das? - Also, wie viele Dateien haben Sie angelegt nach bestimmten Kriterien aus dieser großen Selektorenliste?

Zeuge Dr. M. T.: Das kann ich aus dem Gedächtnis nicht mehr mit Sicherheit sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber mehr als eine?

Zeuge Dr. M. T.: Es war mehr als eine.

Martina Renner (DIE LINKE): Und neben Selektoren mit regionalen Bezügen - - Also, nach was für Kriterien haben Sie noch aussortiert?

Zeuge Dr. M. T.: Also, die Sortierung war zunächst nicht nach regionalen Bezügen, sondern nach technischen Gesichtspunkten.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nach technischen?)

- Also, welche Arten von Kommunikationsmitteln dahinterstehen.

RD Philipp Wolff (BK): Zu Details der Arten der Kommunikationsmittel und Ähnlichem bitte ich den Zeugen, in nichtöffentlicher Sitzung auszusagen, weil das dann auch Details der Listen beinhaltet.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann sage ich es so: Haben Sie auch eine Datei angelegt mit Selektoren, wo Sie sagen: „Die waren - - „Die standen unter einem besonderen Schutzbedürfnis, also G-10-Schutz oder deutsche Interessen, oder lagen nicht im Aufgabenprofil des BND“? Also, gab es sozusagen negativ aussortierte Selektoren?

Zeuge Dr. M. T.: Das ergab sich im Laufe der Untersuchung. Es war allerdings an - - zunächst nicht so angelegt, weil ich nicht damit gerechnet hatte, auf so was zu stoßen, und in dem Moment, als ich die ersten dieser Art gefunden habe, habe ich dazu auch eine separate Datei angelegt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie noch, wie diese separate Datei hieß?

Zeuge Dr. M. T.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie diese Datei auch ausgedruckt?

Zeuge Dr. M. T.: Ich habe damals zur Unterrichtung meines Unterabteilungsleiters einen Ausdruck angefertigt.

Martina Renner (DIE LINKE): Einen?

Zeuge Dr. M. T.: Einen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurde diese Datei kopiert, oder befand die sich nur auf Ihrem Rechner?

Zeuge Dr. M. T.: Die befand sich nur auf meinem Rechner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, ob diese Datei noch existiert?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. M. T.: Ich habe meine - - Also, ich habe alles durchsucht und sie dabei nicht wiedergefunden. Also, ich gehe davon aus, dass sie nicht mehr existiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann haben Sie alles durchsucht und sie nicht wiedergefunden?

Zeuge Dr. M. T.: Jetzt im März.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind Sie gebeten worden, das zu tun?

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie erklären Sie sich das, dass Sie die Datei nicht mehr gefunden haben?

Zeuge Dr. M. T.: Weil ich nach Abschluss der Untersuchungen, nachdem ich keine weitere Notwendigkeit erkennen konnte, dass ich die noch mal brauchen würde, die entsprechenden Dateien gelöscht habe von meinem Rechner.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie haben diese Datei gelöscht?

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Mit wem außer dem Unterabteilungsleiter haben Sie noch über diese Datei gesprochen? Also, gab es andere Mitarbeiter des BNDs, die mit Ihnen über diese Datei gesprochen haben, oder die, mit denen Sie über diese Datei gesprochen haben? Also, ich frage in beide Richtungen.

Zeuge Dr. M. T.: Das - - Nein, ich habe nur mit meinem Unterabteilungsleiter über diese Datei gesprochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat neben Ihnen noch jemand an dieser Erstellung dieser Dateien aus dieser großen Selektorenliste gearbeitet, oder waren Sie das alleine?

Zeuge Dr. M. T.: Das war ich alleine.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, vorhin meinte Herr D. B., dass es auch noch Helfer gab.

Zeuge Dr. M. T.: Das war nur ganz zu Beginn der Fall, dass zwei Sachbearbeiter gebeten wurden, mich zu unterstützen. In dem Moment, als sich herausgestellt hat, dass die beiden mit den großen Datenmengen nicht wirklich zurechtkamen, habe ich das Weitere dann alleine gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Uns wurde gesagt, dass diese Negativ- - also, diese Ziele, die negativ gestellt wurden, also als nicht rechtmäßig erkannt wurden, dann wieder in das Verarbeitungssystem eingespeist wurden, damit dazu keine Meldungen mehr erstellt werden. War das dann zeitlich, bevor die Datei gelöscht wurde? Weil irgendwie muss es ja dann wieder eine Migration dieser Datei in die Selektorenverarbeitung in Bad Aibling gegeben haben; sonst könnte man diese Selektoren, die als nicht rechtmäßig erkannt wurden, ja nicht negativ stellen.

Zeuge Dr. M. T.: Das kann ich Ihnen nicht mit Sicherheit sagen, weil ich an der - - an den Vorgängen in Bad Aibling nicht beteiligt war.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie so etwas gehört, dass diese von Ihnen als nicht rechtmäßig oder zulässig oder in das Aufgabenprofil des BND passenden Selektoren, identifizierten Merkmale, dann im Erfassungssystem in Bad Aibling deaktiviert wurden? Hat man Ihnen das erzählt?

Zeuge Dr. M. T.: Also, ich habe gehört, dass das veranlasst werden sollte, und bin davon ausgegangen, dass das stattgefunden hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber dazu hätte man doch eine Kopie Ihrer Datei nehmen müssen.

Zeuge Dr. M. T.: Also, nach dem, was ich gehört habe, lief das so ab, dass dort auf der Grundlage des Ausdrucks die Selektoren selbst durchforstet wurden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, Sie haben dann händisch 12 000 Selektoren da eingegeben, obwohl es eine Datei bei Ihnen auf dem Rechner gibt? Also, ich meine, das ist - -

Zeuge Dr. M. T.: Nein, das - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das klingt nach Beschäftigungsmaßnahme für jemanden, der in Ungnade gefallen ist.

Zeuge Dr. M. T.: Nein, ich gehe nicht davon aus, dass das händisch geschehen ist, sondern über Suchabfragen nach bestimmten Kriterien.

Martina Renner (DIE LINKE): Das habe ich jetzt nicht verstanden. Also, man macht eine Datei und sagt: „Diese Selektoren sind nach unserer Auffassung durch einen Prüfvorgang als unzulässig identifiziert“, und hätte jetzt die Möglichkeit, die ins Bearbeitungssystem einzuspielen, damit sie nicht mehr angesteuert werden, und dann macht man einen Ausdruck und trägt den nach Bad Aibling, und dort - - Also, das erschließt sich jetzt überhaupt nicht.

Zeuge Dr. M. T.: Die Antwort auf diese Frage können allerdings nur die Kollegen geben, die tatsächlich die Selektoren entfernt haben; denn ich habe nur die Listen erstellt und die entsprechende Rückfrage nicht bekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müsste die nächste Frage - -

Martina Renner (DIE LINKE): Abschließend: Das heißt wirklich, es wurde keine Kopie, keine - - von dieser Datei angelegt, solange Sie an diesem Rechner saßen. Sicherungskopie, Back-up? Das können Sie ausschließen?

Zeuge Dr. M. T.: Das hat meines Wissens nicht stattgefunden.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, Herr Dr. T., vielleicht eingangs kurz zu Ihrer Person: Ich nehme an, dass Sie technischer Mitarbeiter sind beim BND. Können Sie kurz sagen, in welcher Abteilung Sie tätig sind bzw. was normalerweise Ihre Aufgabe ist, wenn Sie - - außerhalb dieser Prüfungsaufgabe, die Sie hatten?

Zeuge Dr. M. T.: Ja. Ich war im Bereich der sogenannten Technischen Lage tätig. Also, das ist ein Aufgabengebiet, das mit der Selektorprüfung zunächst nichts zu tun hat. Also, das war tatsächlich eine Aufgabe außerhalb meines eigentlichen Aufgabengebiets.

Nina Warken (CDU/CSU): Und dort sind Sie nach wie vor tätig, in Ihrem ursprünglichen Aufgabengebiet?

Zeuge Dr. M. T.: Ja. Ich bin zurzeit zur vorübergehenden Dienstleistung in einen anderen Bereich abgeordnet. Aber ich bin nach wie vor auf dem Dienstposten.

Nina Warken (CDU/CSU): Und der Zeuge D. B. war damals Ihr Vorgesetzter und ist es heute auch noch?

Zeuge Dr. M. T.: War damals mein Unterabteilungsleiter, ist es heute nicht mehr.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie sagen, wer im Moment Ihr Unterabteilungsleiter ist?

Zeuge Dr. M. T.: Ich denke, den Namen darf ich nicht nennen.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

Nina Warken (CDU/CSU): Ist jetzt auch - - Sie hatten dann den Prüfauftrag bekommen von D. B. Er hat uns geschildert, dass er die Selektoren hat überprüfen lassen anhand bestimmter Kriterien. Können Sie eine Zahl nennen, wie viele Kriterien das waren oder - - Waren das eher Oberbegriffe? Waren das Listen, die Sie dann da durchgejagt haben? Wie muss man sich das vorstellen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. M. T.: Man kann das schlecht in einer Zahl sagen, weil - - Also, zunächst waren es technische Kriterien, und -

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was waren es?
Technische?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte den Zeugen beantworten lassen!

Zeuge Dr. M. T.: - dann wurden innerhalb dieser Sortierung nach technischen Kriterien noch weitere Sortierungen vorgenommen.

Nina Warken (CDU/CSU): Was muss ich mir unter „technischen Kriterien“ vorstellen?

Zeuge Dr. M. T.: Die Zuordnung zu verschiedenen Kommunikationsdiensten, also - -

RD Philipp Wolff (BK): Bitte dann die Details, wie vorhin schon gesagt, zu den technischen Kriterien, wie das vonstattenging, in nichtöffentlicher Sitzung.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Zeuge D. B. hat das als eine Art dynamischen Prozess beschrieben. Also, man hat erst mal begonnen und hat dann nach den ersten Ergebnissen, wenn ich es mal so nennen kann, dann weitere - - nach weiteren Kriterien gesucht. Können Sie das so bestätigen, oder können Sie das vielleicht noch ausführlicher uns schildern? Erst gab es die technischen Kriterien. Welche Kriterien waren es dann später, und war das tatsächlich so ein dynamischer Prozess?

Zeuge Dr. M. T.: Das war tatsächlich ein dynamischer Prozess. Das war so, dass die Kriterien, nach denen das zu sortieren war, auch nicht von Anfang an auf der Hand lagen, sondern die mussten im Laufe der Untersuchung zum Teil noch entwickelt werden. Deshalb habe ich zwischen durch meinem Unterabteilungsleiter Bericht erstattet mit den Ergebnissen, die ich bis dahin hatte, und anschließend dann weitergearbeitet.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die weiteren Kriterien haben Sie mit dem Unterabteilungsleiter entwickelt, oder war da noch jemand eingebunden?

Zeuge Dr. M. T.: Nein, das habe ich selbstständig gemacht.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie sind Sie dabei vorgegangen, oder welche Gedanken macht man sich dann, um solche weiteren Kriterien zu entwickeln?

Zeuge Dr. M. T.: Also, es ist so, dass bestimmte Kriterien auf der Hand lagen. Dann habe ich alle Selektoren, die zu diesen Kriterien gepasst haben, eben aussortiert und mir den Rest angeschaut, welche Merkmale und Systematik in diesem Rest noch erkennbar sind, und wenn ich da ein weiteres Kriterium erkannt habe, habe ich nach diesem Kriterium die entsprechend zugehörigen Selektoren aussortiert und dann entsprechend weitergemacht, dann wieder den Rest angeschaut.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie lange dauerte dieser Gesamtprozess der Überprüfung, der Aussonderung?

Zeuge Dr. M. T.: Das werden etwa vier Wochen gewesen sein.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele?)

Nina Warken (CDU/CSU): Wie muss ich mir das vorstellen? Sie haben im Prinzip aus Bad Aibling eine Datenbank bekommen, die dort aber parallel zu Ihrem Prüfvorgang noch aktiv war. Haben Sie dann irgendwie einfach eine Kopie der Datei bekommen? Wurde das irgendwie gedoppelt, und Sie haben dann mit der gearbeitet, und in Bad Aibling lief aber die normale Erfassung mit dieser Datenbank weiter? Muss ich es mir so vorstellen?

Zeuge Dr. M. T.: So war das, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und nachdem Sie erste, sage ich mal, Ergebnisse hatten: Wurden



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann irgendwelche Maßnahmen ergriffen? Wurden dann entsprechende Selektoren auch in Bad Aibling schon aus der Erfassung rausgenommen, oder was waren die konkreten Folgen auf Ihre, auf die von Ihnen gefundenen Ergebnisse?

Zeuge Dr. M. T.: Also, die ersten Ergebnisse enthielten noch gar nichts Auffälliges. Da war noch nichts drin, was irgendwie anstößig gewesen wäre. Insofern war da auch noch keine Veranlassung, in Bad Aibling irgendwelche Konsequenzen zu ziehen, sondern das war erst mal zum besseren Verständnis, und dann bin ich anschließend auf diese auffälligen Dinge gestoßen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und als Sie dann auf diese auffälligen Dinge gestoßen sind: Wurde dann sofort irgendwas eingestellt oder erst am Ende Ihrer Prüfung?

Zeuge Dr. M. T.: Das wurde meines Wissens sofort veranlasst.

Nina Warken (CDU/CSU): Indem man konkret dann die beanstandeten Selektoren rausgenommen hat?

Zeuge Dr. M. T.: Also, ich bin an dem weiteren Prozess nicht unmittelbar beteiligt gewesen. Ich habe diese Dinge meinem Unterabteilungsleiter übergeben, und nach meinem Kenntnisstand hat er die Dienststelle in Bad Aibling informiert.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, das war dann auch im Prinzip ein dynamischer Prozess, oder Sie haben laufend Meldungen gemacht, und dann wurde laufend auch in Bad Aibling - -

Zeuge Dr. M. T.: Das - - Das - -

Nina Warken (CDU/CSU): So gehen Sie davon aus?

Zeuge Dr. M. T.: Das erfolgte in zwei Schritten. Also, auch da hatte ich ein Teilergebnis, das ich übergeben habe, und habe das dann vervollständigt und das Endergebnis dazu wieder übergeben.

Nina Warken (CDU/CSU): Und nach Abschluss Ihrer Prüfung haben Sie dem Vorgesetzten einen Ausdruck, also in Papierform, gegeben? Die Dateien verblieben zunächst auf Ihrem Rechner?

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und sonst ist nichts weiter mit den Dateien passiert? Oder auf welcher Grundlage hat man dann in Bad Aibling die Selektoren rausnehmen können? Hat man dann auch denen eine Liste gemailt, oder konnten die dann anhand Ihrer Ergebnisse irgendwelche Suchbegriffe in die Datenbank eingeben und dadurch dann Selektoren rausfiltern, oder wie ist das dann technisch dort passiert, wenn Sie sagen, Sie haben da gar keine Dateien oder was weitergeleitet?

Zeuge Dr. M. T.: Also, die Ergebnisse hatten eine gewisse Struktur, die es ermöglicht hat, dort in Bad Aibling nach entsprechenden Kriterien die Daten automatisch zu durchsuchen und die Dinge dann aus der Steuerung herauszunehmen. Das heißt, es war nicht erforderlich, jeden einzelnen Selektor händisch zu entfernen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Und Sie gehen davon aus, dass das, was Sie an Ergebnissen gefunden haben, dann auch so komplett umgesetzt und aus der Erfassung rausgenommen worden ist?

Zeuge Dr. M. T.: Das glaube ich. Also, ich - -

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie nicht - -

Zeuge Dr. M. T.: Das kann ich nicht mit Sicherheit sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Dann würde ich an den Kollegen übergeben. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der noch 20 Sekunden hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Dr. T., ich habe nur die Frage: Sie sagten, Sie waren gar



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht - - oder D. B. war gar nicht Ihr Chef; Sie kamen von einer anderen Sache. Wieso wurden Sie denn ausgewählt, diesen speziellen Auftrag auszuführen?

Zeuge Dr. M. T.: D. B. war mein Chef. Der Unterabteilungsleiter ist drei Hierarchieebenen über mir. Das heißt, der hat einen größeren Bereich unter sich, in dem ich eben eine Aufgabe wahrgenommen habe, die nichts mit der Selektorprüfung zu tun hatte, und ich war eben zu dem Zeitpunkt ein Referent, den er für diese Aufgabe für geeignet hielt, und deshalb hat er mir das übertragen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie haben vorher mit den Selektoren faktisch nie was zu tun gehabt? Das war Ihr erster Berührungspunkt, Ihr erster Arbeitsauftrag in diesem Bereich?

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. - Herr Kollege von Notz?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Sagen Sie, Herr Zeuge, war das eine abgeschirmte Operation, diese Prüfung, die Sie gemacht haben, oder war das allgemein im Haus bekannt, was Sie tun?

Zeuge Dr. M. T.: Was verstehen Sie unter „abgeschirmter Operation“?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich bin nicht beim BND. Ich lese jetzt aber ab und zu von dieser Begrifflichkeit „abgeschirmte Operation“. Das sagt Ihnen gar nichts?

Zeuge Dr. M. T.: Im Sinne unserer Begrifflichkeit war das keine Operation.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War es allgemein bekannt, dass Sie das machen?

Zeuge Dr. M. T.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Dr. M. T.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer wusste das denn?

Zeuge Dr. M. T.: Mein Unterabteilungsleiter, mein Referatsleiter, und einzelne Kollegen in meiner näheren Umgebung haben das auch mitbekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vier Leute oder mehrere Kollegen haben das mitbekommen?

Zeuge Dr. M. T.: Das dürften mehrere gewesen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, man könnte ja auch auf den Gedanken kommen, dass der Umstand, dass Sie diesen externen Rechner verwendet haben und dass diese Datei verschwunden ist - - dass man das Verfahren bewusst so gestrickt hat, dass es möglichst spurenlos erfolgen sollte. Kann das ein Grund gewesen sein?

Zeuge Dr. M. T.: Nein. Dazu hatte ich keinen Auftrag, und die Entscheidung, einen externen Rechner zu verwenden, war ausschließlich meine eigene und lag eben daran, dass ich diese großen Datenmengen auf dem normalen Dienstrechner nicht verarbeiten konnte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann haben Sie denn genau diese Prüfung durchgeführt?

Zeuge Dr. M. T.: Ich habe das genaue Datum nicht im Kopf. Den Auftrag habe ich Anfang August bekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Anfang August.

Zeuge Dr. M. T.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wann haben Sie die Ergebnisse geliefert?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. M. T.: Das kann ich, da die entsprechenden Daten nicht mehr vorhanden sind, also elektronisch nicht mehr vorhanden sind, nicht mehr im Einzelnen nachvollziehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eher am 14. August oder eher am 29. August?

Zeuge Dr. M. T.: Eher am 14.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gesagt, es hat vier Wochen gedauert.

Zeuge Dr. M. T.: Die gesamte Analyse. - Diese Selektoren sind mir während der Untersuchung aufgefallen, also deutlich vorm Ende der Analyse.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? Das Letzte habe ich akustisch nicht verstanden.

(RA Johannes Eisenberg:
Deutlich vorher!)

Zeuge Dr. M. T.: Deutlich vor dem Ende der Gesamtanalyse.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deutlich vor dem Ende der Gesamtanalyse. - Sie haben ja vielleicht auch die letzten Tage Zeitung gelesen. Kommt Ihnen dieser Fall, der da beschrieben ist, mit drei Suchbegriffen und 12 000 gefundenen Merkmalen vor wie die Prüfung, die Sie durchgeführt haben, oder haben Sie irgendwie eine andere Prüfung durchgeführt?

RD Philipp Wolff (BK): Zu den Ergebnissen der Prüfung bitte in eingestufte Sitzung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das habe ich ja nicht gefragt. Ich habe nicht gesagt: „Was ist das Ergebnis der Prüfung?“, sondern: Identifizieren Sie diese in der Öffentlichkeit durchgeführte Prüfung, die uns als solche

(Zuruf des Abg. Dr. André Hahn (DIE LINKE))

verkauft worden ist, als Ihre Prüfung, oder ist das eine andere Prüfung?

RD Philipp Wolff (BK): Mit dem Ergebnis der von Ihnen zitierten Prüfung, Herr Abgeordneter. Insofern geht es doch um das Ergebnis der Prüfung.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein!)

Da bitte ich den Zeugen, in eingestufte Sitzung Stellung - -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein; das ist einfach nicht so. Es ist doch wohl eine triviale Frage, ob er die Prüfung, über die er uns hier berichtet, unabhängig von den Ergebnissen, als die Prüfung erkennt, die er selbst durchgeführt hat.

RD Philipp Wolff (BK): Aber er identifiziert sie ja anhand des von Ihnen gerade geschilderten Ergebnisses, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

RD Philipp Wolff (BK): - Herr von Notz.

(Zuruf des Abg. Dr. André Hahn (DIE LINKE))

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tut er das? Das würde ich gern von ihm wissen. - Tun Sie das, identifizieren Sie das - -

(RA Johannes Eisenberg: In nichtöffentlicher Sitzung!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Aha, ja.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und so sind wir wieder beim Ja!)

Jetzt sind wir wieder dabei, dass sozusagen hier offensichtlich unterschiedliche Geschichten durch den Raum flunkern, und ich kann nur sagen: Ich verstehe nicht das Bundeskanzleramt. Also, dass Sie kein Bedürfnis haben, diese Missverständlichkeiten auszuräumen! Es ist also politisch Wahnsinn, ja, dass man das so macht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn ich es richtig sehe, werden Sie uns in eingestufte Sitzung dazu etwas sagen, oder?

RA Johannes Eisenberg: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur, die Diskussion ist öffentlich, ja; sie wird diskutiert mit allen möglichen Leuten. Und ich kann nicht verstehen, wie man das nicht ausräumen will, wenn man lauterer Herzens ist. Das scheint man offenbar nicht zu sein.

(RA Johannes Eisenberg: „Lauteren Herzens“!)

So, wir haben vorhin gehört: „Dieser Rechner wurde abgerufen“; so war die Formulierung, war mir neu.

(Martina Renner (DIE LINKE): Abgezogen!)

- Abgezogen. Abgezogen, wie Truppen. - Wann wurde denn der Rechner abgezogen?

Zeuge Dr. M. T.: Daran kann ich mich nicht erinnern, diese Formulierung benutzt zu haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Sie nicht, der Zeuge vor Ihnen.

(Martina Renner (DIE LINKE): Der Zeuge D. B.!)

Der hat uns ja über dieselben Vorgänge erzählt wie Sie jetzt, und deswegen ist es interessant, ob

Sie das bestätigen können, dass der Rechner irgendwann „abgezogen wurde“, wie Ihr Vorgesetzter das gesagt hat, oder ob das anders war.

Zeuge Dr. M. T.: Ich kann mir nicht erklären, was das bedeuten soll.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, Ihnen weggenommen!)

Zeuge Dr. M. T.: Nein, der wurde mir nicht weggenommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben den Rechner noch?

Zeuge Dr. M. T.: Ja. - Ach so; Entschuldigung, jetzt habe ich den Kontext verstanden. Das war ein Gerät, das mir leihweise zur Verfügung gestellt wurde, das ich tatsächlich in der Zwischenzeit zurückgeben musste, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war das denn? Wann mussten Sie den zurückgeben?

Zeuge Dr. M. T.: Das muss zu Beginn dieses Jahres gewesen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dieses?

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Zu Beginn“ heißt, bis März, oder wann heißt „Beginn“?

Zeuge Dr. M. T.: Vor März. Das ging zurück darauf, dass der Bereich, dem der Rechner gehörte, sein Gerät inventarisiert hat, und zu diesem Zweck habe ich das Gerät abgegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat jemand noch mal geguckt, ob die Datei



Nur zur dienstlichen Verwendung

tatsächlich nicht wiederzufinden ist auf dem Gerät?

Zeuge Dr. M. T.: Ja. Ich habe das selbst geprüft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Aber jemand außer Ihnen?

Zeuge Dr. M. T.: Meines Wissens nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich will noch mal festhalten: Sie können für mich nicht auflösen, ob es sich bei Ihrer Prüfung um die Prüfung handelt - jetzt muss ich, weil ich das ja abstrahiert nicht fragen darf, es konkretisieren -, bei der man von 2 000 Treffern ausgegangen ist, die öffentlich diskutiert wird. Erkennen Sie da die Prüfung, die Sie selbst durchgeführt haben, oder ist das eine andere Prüfung?

(RA Johannes Eisenberg:
Nichtöffentliche Sitzung!)

RD Philipp Wolff (BK): ... (akustisch unverständlich)

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Ja, er sagt, er kann
antworten!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe es nicht gehört.

Zeuge Dr. M. T.: So, wie ich das verstehe, darf ich diese Frage - -

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Nein, er hat gesagt,
er kann antworten!)

RD Philipp Wolff (BK): Er kann jetzt, wenn es in der abstrakten Form geschildert wird - - Wenn es wirklich dabei bleibt, kann darauf eine Antwort erfolgen. Was ich nur vermeiden will, ist, dass wir jetzt konkret in die Ergebnisse der Prüfung einsteigen, und das ist sehr schwierig, Herr von Notz - das verstehen Sie -, wo man die Grenze zieht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich.

(Zuruf des Abg. Dr. André
Hahn (DIE LINKE))

Zeuge Dr. M. T.: Nein, also, die Prüfung mit dem Ergebnis 12 000 Suchbegriffe ist nicht die, die ich durchgeführt habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Und ist diese Prüfung, wo die 12 000 Suchbegriffe aufgefunden wurden - oder wissen Sie es überhaupt? -, vor Ihrer Prüfung, nach Ihrer Prüfung oder parallel zu Ihrer Prüfung erfolgt?

Zeuge Dr. M. T.: Ich habe - -

(RA Johannes Eisenberg:
Das kann er doch nicht
sagen! Er weiß doch nicht,
wann die - -)

Nein, ich habe von dieser Prüfung in den letzten Tagen aus der Presse erfahren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wussten davon gar nichts?

Zeuge Dr. M. T.: Ich wusste davon nichts.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. - Ist in dem Zusammenhang also der Dinge, die Sie taten, dieser Prüfung, der Ergebnisse, der Methoden, die Sie angewandt haben, irgendetwas verschriftlicht worden?

Zeuge Dr. M. T.: Außer den Ergebnissen nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Ergebnisse sind verschriftlicht worden?

Zeuge Dr. M. T.: Also, die Liste mit den beanstandeten Suchbegriffen, die - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ist ausgedruckt worden?

Zeuge Dr. M. T.: Die wurde ausgedruckt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut. - Aber haben Sie einen Bericht geschrieben? Haben Sie gesagt: „Ich habe jetzt vier Wochen hier rumgeackert. Ich sage euch, das ist diffiziles Zeug, und so und so ist die Lage“? Haben Sie so einen Vermerk geschrieben?

Zeuge Dr. M. T.: Nein, ich habe keinen solchen Bericht geschrieben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kommt das? Sie haben einen Prüfauftrag von Ihrem Vorgesetzten bekommen. Es ist noch nicht mal eine abgeschirmte Operation, sondern, ja, mehrere Leute wissen davon. Sie arbeiten daran, es ist ein heikles Thema. Sie schreiben keinen Vermerk?

Zeuge Dr. M. T.: Nein, mein Vorgesetzter war mit dem mündlichen Bericht zufrieden, und dann habe ich keinen Anlass gesehen, einen schriftlichen Bericht zu verfassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat er gesagt, er will nur einen mündlichen Bericht?

Zeuge Dr. M. T.: Nein, ich hatte - - Er hat auch nicht gesagt, dass er keinen schriftlichen Bericht möchte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war reiner Zufall, dass es keinen schriftlichen Bericht gibt?

Zeuge Dr. M. T.: Ich hätte den Bericht verfasst, wenn ich einen Auftrag dazu bekommen hätte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wir müssen jetzt leider wechseln, zur nächsten Fraktion.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Wenn ich eine letzte Anmerkung machen darf: Es ist sehr schwierig, sozusagen diese Dinge aufzuklären im Nachhinein, wenn über so relevante Vorgänge im BND nichts verschriftlicht wird, ja. Dann entsteht Konfusion und irgendwie - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Danke schön. - Jetzt kommen wir zum Kollegen Flisek für die Fraktion der SPD.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge Dr. T., Sie haben gerade gesagt, mit diesen 12 000, da haben Sie nichts mit zu tun gehabt.

Zeuge Dr. M. T.: Nein. Mit einer Untersuchung mit dem Ergebnis, mit 12 000 Suchbegriffen, hatte ich nichts zu tun.

Christian Flisek (SPD): Gut. Haben Sie denn was mit einem Ergebnis von 2 000 zu tun gehabt?

Zeuge Dr. M. T.: Ja, das war meine Untersuchung.

Christian Flisek (SPD): Okay. Also, das kann ich verstehen, weil das wird momentan an einigen Stellen verwechselt, ja, wie die 12 000 und die 2 000 zusammenhängen. Aber diese 2 000, das ist Ihnen bekannt, das ist ein Ergebnis, das Sie sich zu eigen machen können?

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Können Sie mir denn noch mal genau sagen - - Ich meine, der Auftrag kam vom Zeugen D. B., von Ihrem Unterabteilungsleiter?

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Mündlich?

Zeuge Dr. M. T.: Mündlich.

Christian Flisek (SPD): In einer Besprechung, telefonisch, oder wie lief das?

Zeuge Dr. M. T.: Er kam direkt auf mich zu und hat - -

Christian Flisek (SPD): Was hat er Ihnen gesagt? Was war genau der Auftrag?

Zeuge Dr. M. T.: Er hat mir gesagt, ich soll mir diese Liste mit Selektoren geben lassen und sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

daraufhin analysieren, wie ich eingangs gesagt habe, welche Arten von Kommunikationsverhalten darin erkennbar sind und welche Interessenschwerpunkte.

Christian Flisek (SPD): Okay. Also regionale Interessenschwerpunkte, -

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Christian Flisek (SPD): - hatten Sie vorhin gesagt.

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das war der ursprüngliche Auftrag?

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Nicht mehr und nicht weniger?

Zeuge Dr. M. T.: Nicht mehr und nicht weniger.

Christian Flisek (SPD): Dann sind Sie wohin gegangen und haben sich von wem was geben lassen?

Zeuge Dr. M. T.: Ich bin dann auf die Dienststelle in Bad Aibling zugegangen, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. M. T.: - habe die gebeten, mir die Liste mit den Selektoren zur Verfügung zu stellen - -

Christian Flisek (SPD): Haben die das auch sofort gemacht?

Zeuge Dr. M. T.: Die haben das auch sofort gemacht.

Christian Flisek (SPD): Widerstandslos?

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Dr. M. T.: Und dann habe ich mir, als ich gemerkt habe, dass ich mit dem Datenvolumen

auf meinen regulären Dienstrechnern nicht arbeiten konnte, eben diesen - - einen separaten Rechner besorgt.

Christian Flisek (SPD): Und - korrigieren Sie mich - - Also, dass Sie dann sozusagen da problematische Selektoren gefunden haben, war das dann so was wie ein Zufallsfund?

Zeuge Dr. M. T.: Das war ein Zufallsfund.

Christian Flisek (SPD): Können Sie sich noch erinnern? Als Sie da so durchgegangen sind, was ja auch nicht eine unerhebliche Arbeit ist, ja - stelle ich mir zumindest so vor -, dann haben Sie auf einmal - - sind Sie auf die ersten problematischen Selektoren gestoßen.

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Was haben Sie sich denn da gedacht? Ich meine, das müssen Sie ja selber als problematisch bewertet haben, weil das war ja nicht der Auftrag.

Zeuge Dr. M. T.: Nein, das habe ich selbst als problematisch bewertet und habe - -

Christian Flisek (SPD): Nach welchem Kriterium haben Sie das denn bewertet? - Abstrakt, nicht konkret, Herr Wolff.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zeuge Dr. M. T.: Das schien mir politisch sensibel zu sein.

Christian Flisek (SPD): Okay. Das war ja sozusagen das Umfeld Snowden-Veröffentlichung, unmittelbar danach, ja.

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Also, im Prinzip sind Sie darauf gekommen. Sie haben das gesehen und haben gesagt - - Also, Sie hatten sozusagen diese Sensibilisierung gehabt, und Sie haben dann gesagt: „Mensch, hoppla, ob das hier hingehört“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. M. T.: Ja, und dann habe ich gedacht: Wenn da einer ist, sind da vielleicht noch mehr?

Christian Flisek (SPD): Und haben Sie beim ersten gleich mal eine Meldung an den Unterabteilungsleiter gemacht, oder haben Sie dann erst mal weitergearbeitet und gesucht?

Zeuge Dr. M. T.: Ich habe mich dann zunächst auf diesen Punkt konzentriert, und nachdem ich die ersten gefunden hatte, habe ich meinem Unterabteilungsleiter einen Zwischenstand übergeben.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Und die ersten, die Sie gefunden haben, sind die alle nach dem, ich sage mal, nach demselben Kriterium dann sozusagen aufgetaucht, also - ich nehme mal jetzt ein Beispiel - eine Top Level Domain, die Sie als politisch sensibel empfunden haben, wo Sie gesagt haben: „Jetzt gucke ich mal, was gibt’s noch mit dieser Top Level Domain“? - Oder haben Sie das dann auch abgewandelt, ausgeweitet?

Zeuge Dr. M. T.: Das waren alles ähnliche Kriterien, aber wurde im Lauf der Untersuchung etwas ausgeweitet.

Christian Flisek (SPD): Aber nach Ihrem eigenen Ermessen haben Sie das dann gemacht?

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ohne jetzt konkret dann noch mal vom Unterabteilungsleiter - - Wie hat der denn reagiert, als Sie ihm das gemeldet haben?

Zeuge Dr. M. T.: Na, er schien das schon ernst zu nehmen.

Christian Flisek (SPD): Weshalb? Was hat er denn gesagt? Also, hat er gesagt - - Er hätte ja auch sagen können: Das habe ich gar nicht beauftragt; was machen Sie da?

Zeuge Dr. M. T.: Ich kann Ihnen das aus dem Gedächtnis nicht mehr wiedergeben.

Christian Flisek (SPD): Ja, so Pi mal Daumen, nicht Wortlaut; ich brauche ja keinen Wortlaut. Aber war er auch überrascht? Weil Sie waren ja überrascht.

Zeuge Dr. M. T.: Wir haben - - Also, ich meine, er ist kein Mensch, der starke Emotionen zeigt.

(Heiterkeit)

Insofern - -

Christian Flisek (SPD): Das ist eine zutreffende Beschreibung.

(Heiterkeit)

Aber was hat er dann - - Hat er dann irgendeinen Anlass gesehen, ich sage mal, den ursprünglichen Auftrag vielleicht in eine andere Richtung zu lenken? Oder hat er gesagt: „Mensch, jetzt haben wir da was gefunden; wir leben in politisch sensiblen Zeiten; schauen Sie da mal noch mal genauer nach, machen Sie das mal intensiver, arbeiten Sie noch mal zwei, drei Tage länger dran!“?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. M. T.: Diese Frage würde ich lieber nichtöffentlich beantworten.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Dann mal eine andere Frage: Mit wem haben Sie denn darüber geredet? Also mit dem Unterabteilungsleiter D. B.

Zeuge Dr. M. T.: Mit dem Unterabteilungsleiter; mein Referatsleiter war über die Ergebnisse auch im Bilde.

Christian Flisek (SPD): Wer? Entschuldigung.

Zeuge Dr. M. T.: Mein Referatsleiter.

Christian Flisek (SPD): Ihr Referatsleiter. Okay.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist das?)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wer ist das? Sagen Sie nur - - Also, da können Sie auch eine Abkürzung wieder nehmen.

Zeuge Dr. M. T.: H. K.

Christian Flisek (SPD): H. K. - H Punkt K Punkt?

Zeuge Dr. M. T.: H Punkt K Punkt.

Christian Flisek (SPD): Ihr Referatsleiter?

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und wie hat der reagiert? Hat er gesagt: „Das entscheidet alles der Unterabteilungsleiter, was damit zu tun ist“?

Zeuge Dr. M. T.: Ja. Das erschien wohl auch ihm so brisant, dass er der Meinung war, dass man das direkt dem Unterabteilungsleiter geben sollte.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Haben Sie denn dann irgendwann mal eine Rückmeldung bekommen, was der Unterabteilungsleiter damit gemacht hat?

Zeuge Dr. M. T.: Keine direkte Rückmeldung. Ich habe mitbekommen, dass in Bad Aibling eben Konsequenzen veranlasst wurden, aber darüber hinaus nichts.

Christian Flisek (SPD): Also, dass diese Selektoren dann aus dem Profil gestrichen worden sind?

Zeuge Dr. M. T.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Umgekehrt: Jetzt haben wir ja dann - also, Snowden-Veröffentlichung, Sommer 2013 - Anlass, das mal zu machen, mit diesem Ergebnis. Dann gab es den Untersuchungsausschuss, März 2014. Im Prinzip sind Sie ja in Ihrer Annahme voll bestätigt worden, dass das sensibel ist: Jetzt gibt es auch noch einen Untersuchungsausschuss dazu, im Deutschen Bundestag, wo Sie heute Zeuge sind. So.

Haben Sie da mal nachgefragt noch mal beim Unterabteilungsleiter? Haben Sie gesagt: Was ist eigentlich aus diesem Fund, den wir damals da

gemacht haben - - Was ist denn daraus geworden? Ist das mal hochgemeldet worden; gibt es eine Entscheidung im Haus; wie gehen wir damit weiter um?

Zeuge Dr. M. T.: Nein. Ich habe da keine Nachfrage gestellt.

Christian Flisek (SPD): Warum denn nicht? Haben Sie das dann doch nicht mehr für so brisant gehalten, oder - - Oder haben Sie einfach gesagt: „Mein Auftrag ist erledigt“?

Zeuge Dr. M. T.: Ich bin davon ausgegangen, dass das Nötige veranlasst war.

Christian Flisek (SPD): Was wäre denn aus Ihrer Sicht das Nötige gewesen?

Zeuge Dr. M. T.: Das sind Entscheidungen, die oberhalb meiner Ebene getroffen werden.

Christian Flisek (SPD): Na, ich hätte jetzt mal so aus Ihrer Sicht gefragt. Hätten Sie das - - Also nehmen wir mal an, Sie wären Unterabteilungsleiter: Hätten Sie das weitergegeben?

Zeuge Dr. M. T.: Ich bin nicht in der Situation.

Christian Flisek (SPD): Ja, das weiß ich. Darum frage ich ja im Konjunktiv.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. M. T.: Ich möchte nicht spekulieren.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann sind wir auch hier mit acht Minuten durch.

Christian Flisek (SPD): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir hatten zuvor vereinbart, dass jede Fraktion nur acht Minuten fragt und wir dann mit der Zeugenvernehmung im öffentlichen Teil enden. Ich darf mich daher ganz herzlich bedanken, dass Sie uns im



Nur zur dienstlichen Verwendung

öffentlichen Teil die ersten Fragen beantwortet haben.

Wir müssen jetzt einen Beschluss fassen, dass wir Sie auch noch in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Sitzung vernehmen. Ich schlage daher folgenden Beschluss vor: Für die weitere Vernehmung des Zeugen Dr. T. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen. - Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Beteiligung zumindest der Regierungskoalition an der Abstimmung wird für die weitere Vernehmung die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Weitere Vernehmungen haben wir öffentlich nicht. Ich darf mich daher ganz herzlich am heutigen Tage bei der Öffentlichkeit, bei den Journalisten bedanken, dass sie dieser Sitzung beigewohnt haben.

Wir setzen die Vernehmung nichtöffentlich bzw. eingestuft in 20 Minuten im angekündigten Sitzungssaal des Auswärtigen Ausschusses mit dem Zeugen D. B. fort, danach, wenn ich die Reihenfolge richtig erinnere, Dr. T. und dann der Zeuge K. M.

Ich bitte Sie also, sich noch bereitzuhalten für die nachfolgende Vernehmung im eingestuften bzw. nichtöffentlichen Teil. - Danke schön. Die Sitzung ist soweit geschlossen.

(Schluss der öffentlichen
Sitzung: 19.45 Uhr - Folgt
Sitzungsteil Zeugenvernehmung,
Geheim)